



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

BERICHT ZUM INTERNATIONALEN JAHR DER FREIWILLIGEN



IMPRESSUM

Herausgeber:

Geschäftsstelle Internationales Jahr der Freiwilligen im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge. Am Stockborn 1-3, 60439 Frankfurt am Main, Tel. 069/95807-403, Email: kontakt@freiwillig.de, im Auftrage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Michael Kreisel, Leiter der Geschäftsstelle IJF

Bestelladresse

Broschürenstelle des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Telefon: 0228/9302153, Telefax: 0228/9304913

Redaktion

Rita Jäger, Wuppertal

Gestaltung

Karin Pütt, Köln

Titelgestaltung

Ahrens & Behrent, Mentner, Hamburg

Druck

Hassmüller KG, Graphische Betriebe, Frankfurt

Mai 2002

© Geschäftsstelle IJF im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge

Die vorliegende Publikation wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf gedacht

Alle Rechte vorbehalten

Bestelladresse:

Broschürenstelle des BMFSFJ
Rochusstr. 8 – 10
53123 Bonn
Telefon: 0228/ 930-2152, Telefax: 0228/ 930-4913
E-Mail: poststelle@bmfjsfj.bund.de

VORWORT



Das Internationale Jahr der Freiwilligen, das 2001 weltweit begangen wurde, hat deutliche Spuren hinterlassen.

Dieser Bericht zeigt, welche Initiativen und Aktivitäten ausgelöst wurden, welche Anstrengungen auf der staatlichen Ebene in Bund, Ländern und Gemeinden und in den Verbänden und Vereinigungen unternommen worden sind, um ein größeres Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit und Anerkennung zu erreichen für Bürgerinnen und Bürger, die sich freiwillig engagieren.

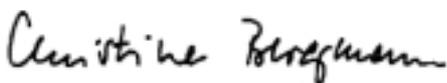
In den Diskussionen und Beratungen wurde deutlich, dass das Jahr 2001 nie als ein isoliertes Ereignis begriffen wurde, sondern als Chance, das bürgerschaftliche Engagement vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Neuorientierung mit neuem Leben zu erfüllen.

Dieser Bericht macht auch deutlich: In dem Jahr hat sich ein Netzwerk für freiwilliges Engagement herausgebildet, das sowohl die unterschiedlichen politischen Ebenen als auch die vielfältigen Verbände- und Vereinsstrukturen umfasst. Hinzu kommt, dass die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ den Bericht und eine große Anzahl von Vorschlägen in diesem Jahr veröffentlichen wird. Damit sind die wichtigsten Grundlagen gegeben, um erfolgreich an einer Gesellschaft weiterzuarbeiten, die ihre Kraft aus dem Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger schöpft.

Ich freue mich, dass zeitgleich mit der Veröffentlichung dieses Berichtes Initiativen für ein bundesweites Netzwerk zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements ergriffen werden, in dem bundesweite Trägerorganisationen bzw. deren Zusammenschlüsse, Stiftungen, Medien, Wirtschaft, Kirchen, Freiwilligenagenturen, sowie Vertretungen von Bund, Ländern und Kommunen auch in Zukunft zusammenarbeiten sollen. Hier zeigt sich der wichtigste Ertrag des Internationalen Jahres der Freiwilligen: Es bildet sich ein gemeinsames Selbstverständnis von Freiwilligenengagement heraus sowie ein kohärentes Konzept einer Politik zur Förderung des freiwilligen Engagements in Bund, Ländern und Kommunen.

Im Sinne des ermöglichenden und aktivierenden Staates wird mein Ministerium dieses sich abzeichnende Projekt fördern und einen Rahmen schaffen, in dem die im IJF erreichten Fortschritte in der Anerkennung und Förderung freiwilligen Engagements nachhaltig gesichert werden.

Ich lade Sie alle ein, diese zukünftigen Schritte in eine lebendige Bürgergesellschaft mit zu gehen.



Dr. Christine Bergmann

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

I N H A L T

TEIL A **BERICHT DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND ZUM IJF 2001**

| | | |
|-----|---|----|
| | DAS INTERNATIONALE JAHR DER FREIWILLIGEN – NACHHALTIGE IMPULSE FÜR EINE POLITIK ZUR FÖRDERUNG DES FREIWILLIGEN ENGAGEMENTS | 11 |
| 1. | ANERKENNUNG, AUFWERTUNG, AKTIVIERUNG | 12 |
| 1.1 | ÖFFENTLICHKEITSKAMPAGNE DES BMFSFJ "WAS ICH KANN, IST UNBEZAHLBAR" | 12 |
| 1.2 | AUFTAKT- UND ABSCHLUSSVERANSTALTUNG ZUM IJF | 14 |
| 1.3 | AKTIVITÄTEN ANDERER BUNDESRESSORTS | 14 |
| 2. | VERNETZUNG UND VERBESSERUNG DER KOOPERATION | 15 |
| 2.1 | NATIONALER BEIRAT | 15 |
| 2.2 | BUND-LÄNDER-BESPRECHUNGEN | 16 |
| 2.3 | ENGAGEMENTFÖRDERUNG IM LOKALEN RAUM | 16 |
| 2.4 | INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT IN SACHEN "VOLUNTEERING" | 16 |
| 3. | VERBESSERUNG DER RAHMENBEDINGUNGEN DES FREIWILLIGEN BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS | 17 |
| 3.1 | RECHTLICHE NEUREGELUNGEN DER BUNDESREGIERUNG | 17 |
| 3.2 | AUSBAU DER FREIWILLIGENDIENSTE | 22 |
| 3.3 | PROJEKTE DES BMFSFJ | 23 |
| 4. | AUSBLICK | 25 |
| 4.1 | EIN NETZWERK ZUR FÖRDERUNG BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS IN GRÜNDUNG | 25 |

TEIL B **BERICHT DER GESCHÄFTSSTELLE IJF** 26

| | | |
|-----|--|----|
| 1. | ZU DEN AKTIVITÄTEN DES NATIONALEN BEIRATS | 26 |
| 1.1 | ZIELSETZUNG UND STRUKTUR DER ARBEITSGRUPPEN | 27 |
| 1.2 | AUFGABE DER STEUERUNGSGRUPPE | 27 |
| 1.3 | TÄTIGKEITEN DER ARBEITSGRUPPEN DES NATIONALEN BEIRATS | 28 |
| 1.4 | RESÜMEE ZUR ARBEIT DES NATIONALEN BEIRATS | 32 |
| 2. | AKTIVITÄTEN DER ORGANISATIONEN DES FREIWILLIGEN ENGAGEMENTS | 32 |
| 2.1 | AKTIVITÄTEN IN EHRENAMT, SELBSTHILFE UND BÜRGERSCHAFTLICHEM ENGAGEMENT | 32 |
| 2.2 | AKTIVITÄTEN DER ORGANISATIONEN DES NATIONALEN BEIRATS | 34 |
| 2.3 | ZUSAMMENFASSUNG | 45 |
| 3. | AKTIVITÄTEN DER LÄNDER UND KOMMUNEN | 46 |
| 3.1 | AKTIVITÄTEN DER BUNDESLÄNDER | 47 |
| 3.2 | AKTIVITÄTEN IN DEN KOMMUNEN | 58 |
| 3.3 | ZUSAMMENFASSUNG | 59 |
| 4. | AKTIVITÄTEN VON ARBEIT UND WIRTSCHAFT | 61 |
| 4.1 | AKTIVITÄTEN IM FELD CORPORATE CITIZENSHIP | 61 |
| 4.2 | AKTIVITÄTEN DER ARBEITGEBERVERBÄNDE | 62 |
| 4.3 | AKTIVITÄTEN DER GEWERKSCHAFTEN | 62 |
| 4.4 | ZUSAMMENFASSUNG | 63 |
| 5. | AKTIVITÄTEN DER ENQUETE-KOMMISSION "ZUKUNFT DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS" | 64 |
| 6. | RESÜMEE AUS DEN BUNDESWEITEN VERANSTALTUNGEN ZUM IJF | 66 |
| 7. | VORSCHLÄGE DES NATIONALEN BEIRATS ZUR NACHHALTIGKEIT DES FREIWILLIGEN ENGAGEMENTS IN DEUTSCHLAND | 67 |
| 7.1 | KONZEPT-ENTWURF: "BUNDESWEITES NETZWERK ZUR FÖRDERUNG DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS" | 68 |

EINLEITUNG



DAS INTERNATIONALE JAHR DER FREIWILLIGEN

Die Generalversammlung der UN erklärte 1997 das Jahr 2001 zum „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ (IJF). 123 Länder hatten sich in einer gemeinsamen Erklärung auf vier Ziele zur Förderung des freiwilligen Engagements verpflichtet:

1. Der wichtige und unverzichtbare Beitrag der Freiwilligenarbeit für die gesellschaftliche Wohlfahrt sollte größere **Anerkennung** finden.
2. Die Aktivitäten von Freiwilligen sollten eine stärkere **Unterstützung** durch Staat, Gesellschaft und Institutionen erfahren.
3. Eine stärkere **Vernetzung** der Aktivitäten sowie der Wissensaustausch sollte die Effektivität der Freiwilligenarbeit erhöhen.
4. Das Zusammenspiel dieser drei Hauptziele sollte die Freiwilligenarbeit insgesamt langfristig **fördern**.

Innerhalb der Vereinten Nationen wurde das UN-Freiwilligenprogramm „United Nations Volunteers“ (UNV) mit der Vorbereitung und Koordinierung des IJF beauftragt. Weltweit gab es dann in 132 Ländern Nationalkomitees zum IJF 2001, davon die meisten in Afrika.

DAS IJF IN DEUTSCHLAND

In Deutschland gibt es keinen einheitlichen Begriff für freiwilliges Engagement wie beispielsweise das englische Wort Volunteering. Bei der Umsetzung

der vier Ziele in Deutschland waren die historisch gewachsenen Bedingungen von Ehrenamt, Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement zu berücksichtigen.

Im Vorfeld des IJF wies Professor Dr. Thomas Rauschenbach auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Vereins (► **Einführung Materialband**) darauf hin, dass mit unterschiedlichen Beschreibungen auch immer verschiedene Lebensentwürfe und Ideologien verbunden sind.

Die Übersetzung in „freiwilliges Engagement“ war Anfang 2000 gleichzeitig eine programmatische Entscheidung für das IJF. Zum einen zeigte der „Freiwilligensurvey 1999“, dass die meisten der Befragten das Wort „Freiwilligenarbeit“ anderen Begriffen vorziehen würden. Zum anderen transportiert „freiwilliges Engagement“ die Botschaft eines modernen und weniger milieugebundenen Engagements.

Die deutsche Fassung des Logos zum IJF würdigte die Vielfalt des freiwilligen Engagements durch die Wahl der Unterzeile „Freiwilliges Engagement, Selbsthilfe, Ehrenamt“.

Vorrangige Ziele bei der Umsetzung des IJF in Deutschland waren:

- die Anerkennung, Aufwertung, öffentliche Aufmerksamkeit und Aktivierung des freiwilligen Engagements,
- die Vernetzung und Verbesserung der Koopera-

tion der vielfältigen Trägerorganisationen und
■ die Verbesserung der Rahmenbedingungen.

Hauptakteure im IJF waren Bürgerinnen und Bürger, Freiwillige und ihre Organisationen. Ohne ihr Engagement hätten die Ziele der bundesweiten Organisationen nicht umgesetzt werden können. Nur mit der Hilfe aller konnte Ende 2001 ein positives Resümee für die Förderung des Ehrenamtes, des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe gezogen werden.

Innerhalb der Bundesregierung war das BMFSFJ zuständig für Vorbereitung und Durchführung des IJF. Das Ministerium hatte im Zuge der Vorbereitung eine Referatsgruppe gebildet. Der Nationale Beirat wurde unter Vorsitz von Bundesministerin Dr. Christine Bergmann im April 2000 in Berlin erstmals einberufen. Im Nationalen Beirat saßen Vertreter der bundesweiten Träger der Freiwilligenarbeit und ihrer Zusammenschlüsse, wie z.B. Wohlfahrts-, Jugend-, Frauenverbände, Freiwilligen-Agenturen und Stiftungen, Kirchen und Medien, Bund, Länder und Kommunen. Der „Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge“ wurde vom BMFSFJ beauftragt, die „Geschäftsstelle IJF“ einzurichten.

Die Geschäftsstelle IJF nahm im Januar 2000 ihre Arbeit für die Vorbereitung und Durchführung des IJF in Deutschland auf. Der Träger der Geschäftsstelle, der Deutsche Verein, bildet als Zusammenschluss von Kommunen und Ländern (als öffentliche Träger der sozialen Arbeit) und der Wohlfahrtsverbände (als freie gemeinnützige Träger) ein bedeutendes Forum für die soziale Arbeit. Beide Säulen der Mitgliedschaft verfügen über ein breit gefächertes Feld freiwilliger Betätigung, so dass der Deutsche Verein auch als Netzwerk von Institutionen angesehen werden kann, in dem freiwilliges Engagement eine zentrale Rolle bei der Aufgabenerfüllung spielt.

Vorrangige Aufgabe war die Geschäftsführung für den Nationalen Beirat und seine Arbeitsgruppen; die Geschäftsstelle IJF organisierte bundesweite Veranstaltungen und andere Aktivitäten der Arbeitsgruppen. Sie wirkte in Abstimmung mit dem BMFSFJ an der bundesweiten Öffentlichkeitsarbeit zum IJF mit. Sie gab das Magazin „Freiwillig!“ heraus, welches das IJF bei Multiplikatoren und Freiwilligen bekannt machte und sie in die sich entwickelnde Diskussion zum freiwilligen Engagement einbezog.

Die Geschäftsstelle sah ihre Aufgabe in der Aktivie-

rung und Unterstützung von Netzwerken und sorgte als Moderator dafür, dass die fachliche Diskussion des Nationalen Beirates mit seinen Arbeitsgruppen oder Veranstaltungen nachhaltig strukturiert und weiter geführt werden konnte.

Der Deutsche Bundestag hatte bereits Ende 1999 entschieden, eine Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ einzurichten. Sie trug im IJF durch zahlreiche öffentliche Anhörungen und Expertengespräche entscheidend zur Diskussion um eine Neubestimmung des Verhältnisses von Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft bei. Deutschland gehörte damit im internationalen Vergleich zu den wenigen Ländern, in denen sich eine parlamentarische Kommission mit den Verbesserungen der Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement beschäftigte.

FREIWILLIGES ENGAGEMENT

Freiwilliges Engagement ist in Deutschland während des IJF eine öffentliche Angelegenheit geworden und Gegenstand vielfältiger Debatten.

Vor allem das Internet wurde für die Verbreitung der Ziele des IJF genutzt. Websites wurden für lokale und landesweite Daten- und Informationsbörsen eingesetzt. In Chat-Rooms wurde über Ehrenamt, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement diskutiert. Ende 2001 hatten sich auf der Website „www.freiwillig.de“ 365 bundesweite Organisationen mit ihren Veranstaltungen eingetragen. Viele Tagungen thematisierten die Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements aus Sicht der jeweiligen Akteure. Debatten zur Bürgergesellschaft und zur Zukunft des Ehrenamtes wurden weiter geführt, dabei standen nachhaltige Infrastrukturförderungen oder neue Kooperationsformen mit der Wirtschaft häufig im Mittelpunkt der Diskussionen. Zudem wurden aus unterschiedlichen Blickwinkeln Ideen entwickelt, wie Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren wollen, angesprochen und in die Institutionen eingebunden werden könnten.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Die vorliegende Dokumentation ist aufgeteilt in den Bericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Teil A) und

- einen Bericht der Geschäftsstelle IJF (Teil B).
- Im Teil A hat das BMFSFJ die Aktivitäten und Maßnahmen zusammen gefasst, mit denen die Bundesregierung zur Förderung des freiwilligen Engagements nachhaltige Impulse im IJF gegeben hat. Es werden Aktivitäten in den Bereichen Anerkennung, Aufwertung und Aktivierung dargestellt; in einem zweiten Teil Verbesserungen in der Vernetzung und Kooperation. Der dritte Teil beschreibt die Verbesserungen der Rahmenbedingungen für freiwilliges bürgerschaftliche Engagement im IJF.
- Im Bericht der Geschäftsstelle werden die Aktivitäten des Nationalen Beirates und der Akteure der drei Sektoren, Organisationen des freiwilligen Engagements, Länder und Kommunen sowie Arbeit und Wirtschaft beschrieben. Die Bundesländer und Organisationen des Nationalen Beirates waren aufgefordert, Beiträge und Bewertungen zum IJF abzugeben. Auf diese Weise ist es gelungen, die vielfältigen Aktivitäten in einer großen Bandbreite aufzuzeigen. Nach der Beschreibung der Aktivitäten der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ wird ein Resümee zu den bundesweiten Veranstaltungen gegeben und der Konzept-Entwurf zur „Gründung eines bundesweiten Netzwerkes zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“ dokumentiert.
- Der angeschlossene Materialband beschreibt die Aktivitäten chronologisch gemäß ihrer zeitlichen Abfolge. Er beginnt mit der Eröffnung des IJF und endet mit der Abschlussveranstaltung. Nach der Darstellung der bundesweiten Kampagnen, Wettbewerbe und Veranstaltungen zum IJF werden exemplarisch Netzwerke und Projekte aus den Bundesländern sowie prämiertes Engagement auf kommunaler Ebene dokumentiert. Sie zeigen die nachhaltigen Entwicklungen, die im IJF ihren Ursprung hatten.
- Perspektiven für freiwilliges Engagement in Deutschland zeigen auch die beiden Bände „Corporate Citizenship in Deutschland“ (Band 3) und „Freiwilliges Engagement – ein Bildungsfaktor“ (Band 4) auf. Diese Publikationen enthalten nachhaltige Überlegungen und Forschungsansätze zu zwei Tagungen der Arbeitsgruppen des Nationalen Beirates.
- Die Bundesregierung, die Ländervertretungen sowie die maßgeblichen gesellschaftlichen Organisationen des bürgerschaftlichen Engagements, aber auch viele regionale und kommunale Initiativen

haben im Jahr 2001 die Herausforderung des IJF angenommen. Es wurden neue Netzwerke geknüpft und gemeinsam an der Verbesserung der Rahmenbedingungen des freiwilligen Engagements gearbeitet. Der vorliegende Bericht zeigt einen großen Teil der Aktivitäten, die während des IJF in Deutschland initiiert und umgesetzt wurden. Gleichzeitig können die folgenden Ausführungen jedoch nur einen kleinen Einblick gewähren, da die Vielfalt der Beteiligungen in ihrer ganzen Fülle hier nicht dokumentiert werden konnte.

- Ende des Jahres konnte die positive Bilanz gezogen werden, dass das Engagement und Ehrenamt in Deutschland gestärkt worden ist. Die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ werden kurz nach diesem Bericht veröffentlicht. Die Bundesregierung wird diese Vorschläge und Empfehlungen prüfen, um weitere Initiativen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Freiwilligen Engagements ergreifen zu können.
- Der Einsatz der vielen Engagierten hat vor allem in Institutionen, Verbänden und Vereinen dazu beigetragen, dass die „Baustelle Bürgergesellschaft“ auf verschiedenen Ebenen weiter bearbeitet werden kann.
- Im IJF wurden nachhaltige Anstöße für die Weiterentwicklung des freiwilligen Engagements gegeben. Es zeigte sich, dass Deutschland im internationalen Vergleich viel im Bereich des freiwilligen Engagements zu bieten hat, und dass die soziale Bürgergesellschaft in Deutschland bereits gelebt wird. ■

DAS INTERNATIONALE JAHR DER FREIWILLIGEN – NACHHALTIGE IMPULSE FÜR EINE POLITIK ZUR FÖRDERUNG DES FREIWILLIGEN ENGAGEMENTS

TEIL A

BERICHT DES BMFSFJ ZUM INTERNATIONALEN
JAHR DER FREIWILLIGEN 2001 (IJF)

Es gibt in Deutschland eine lange und starke Tradition ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern Jugend- oder Frauenarbeit, im Wohlfahrts-, Senioren- oder Familienbereich, im Sport, in der Kultur, in der Feuerwehr, beim Katastrophenschutz oder in der Gesellschaftspolitik. Dem entspricht eine ebenso ausgeprägte Tradition in der Förderung dieses Engagements durch die Bundesregierung in allen Bereichen. Die Kooperation mit den entsprechenden Trägerorganisationen war und ist vom Grundsatz der Subsidiarität geprägt und partnerschaftlich gestaltet.

Im IJF wurden auf Bundesebene erstmals regelmäßig Austausch und Abstimmung zwischen diesen Tätigkeitsfeldern und Politikbereichen vorangetrieben. Das BMFSFJ hat die Chance des IJF offensiv genutzt und regelmäßige Arbeitsstrukturen für die Zusammenarbeit mit den Bundesländern eingerichtet sowie zwischen den Bundesressorts, die innerhalb der Bundesregierung für die verschiedenen Aspekte oder Bereiche des freiwilligen Engagements zuständig sind. Mit dem Nationalen Beirat hat das BMFSFJ eine Kooperationsstruktur für die zivilgesellschaftlichen Akteure des freiwilligen Engagements im IJF einberufen. Von Seiten des

Parlaments hat die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages einen öffentlichen Diskussions- und Arbeitsprozess angestoßen, der über die Tätigkeitsbereiche und Ebenen hinweg die Notwendigkeit einer zusammenhängenden Politik zugunsten des bürgerschaftlichen oder freiwilligen Engagements begründet hat.

Es bildet sich ein **gemeinsames Selbstverständnis eines „Freiwilligensektors“** und ein **kohärentes Konzept einer Politik zur Förderung des freiwilligen Engagements in Bund, Ländern und Kommunen** aus – wesentlich angeregt durch die Impulse des IJF. In dieser Entwicklung liegt aus Sicht des BMFSFJ der wichtigste Ertrag des Internationalen Jahres der Freiwilligen, den es für die Zukunft abzusichern gilt.

Vorrangige Ziele bei der Umsetzung des IJF in Deutschland waren:

- Anerkennung, Aufwertung, öffentliche Aufmerksamkeit und Aktivierung des freiwilligen Engagements.
- Vernetzung und verbesserte Kooperation der vielfältigen Trägerorganisationen,
- Verbesserung der Rahmenbedingungen.

Die erfolgreiche Umsetzung dieser Ziele haben

die Entwicklung einer eigenständigen Politik zur Förderung des freiwilligen Engagements ermöglicht und unterstützt.

1. ANERKENNUNG, AUFWERTUNG, AKTIVIERUNG

Das IJF bot hervorragende Chancen, die bisher oft wenig sichtbare freiwillige Tätigkeit ins Blickfeld öffentlicher Aufmerksamkeit zu rücken, ihre Bedeutung für die Gesellschaft und die Einzelnen öffentlich anzuerkennen und Interessierte für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen. Das BMFSFJ, das innerhalb der Bundesregierung für freiwilliges Engagement federführend ist, hat diese Ziele insbesondere in der Kampagne „Was ich kann, ist unbezahlbar“ aufgegriffen. Andere Ressorts haben in Veranstaltungen und Publikationen diese Anliegen unterstützt.

Eine wichtige Datengrundlage für die Planungen zum IJF stellten die Ergebnisse des **Freiwilligensurvey 1999 „Freiwilliges Engagement in Deutschland“** dar. Die erste bundesweite Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement hat erstmals das hohe freiwillige Engagement in Deutschland in seiner inhaltlichen Vielfalt und im Umfang sichtbar gemacht.

Rund 22 Millionen sind freiwillig engagiert, das sind 34 Prozent aller in Deutschland Lebenden im Alter über 14 Jahre. Die Ergebnisse wurden einschließlich der thematischen Auswertungen zum Vergleich Frauen/Männer, zu Jugend, Senioren, Sport und zur Situation in den neuen Bundesländern als informative Datengrundlage für Aktivitäten und Planungen im IJF auf vielerlei Weise genutzt. Probleme können klarer analysiert und Lösungsstrategien entwickelt werden wie zum Beispiel der relativ geringe Anteil freiwilligen Engagements im sozialen und politischen Bereich oder die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen im Ehrenamt. Insbesondere aber die unerwartet hohe Bereitschaft, sich neu oder zusätzlich zu engagieren (rund 20 Millionen), motiviert zu weiteren Anstrengungen, das Engagementpotential zu erschließen.

Die Ergebnisse haben den Bedarf an und die Bedeutung von Informations-, Beratungs-, und Kontaktstellen im lokalen Raum unterstrichen.

1.1 ÖFFENTLICHKEITSKAMPAGNE DES BMFSFJ „WAS ICH KANN, IST UNBEZAHLBAR“

Die bundesweite Kampagne des BMFSFJ unter dem Motto „Was ich kann, ist unbezahlbar“ (> Materialband Kapitel 2) hatte zum Ziel,

- den Freiwilligen für ihr Engagement zu danken,
- die öffentliche Aufmerksamkeit für dieses Thema und das IJF zu stärken,
- für freiwilliges Engagement zu werben und Menschen hierfür zu begeistern.

Die Kampagne war auf Kooperation mit Trägerorganisationen und Mittleragenturen (Freiwilligenagenturen u. a.) sowie anderen Akteuren im IJF wie Kommunen, Bundesländer und die Medien ausgerichtet. Die Instrumente der Kampagne sollten diese und andere Akteure in ihren lokalen, regionalen oder bundesweiten Aktivitäten unterstützen. Sie fanden dort hohe Resonanz und wurden vielfach aufgegriffen.

Die **Homepage** www.freiwillig.de war ein zentraler Bestandteil der Kampagne. Sie ist zum etablierten Portal für freiwilliges Engagement in Deutschland geworden. Sie diente gleichermaßen als Informations- sowie als Kontaktbörse. Die Akteure, darunter Freiwilligenbörsen und Trägerorganisationen, sind durch diese Website aktiv in die Gestaltung des IJF in Deutschland eingebunden worden. Medien, Organisationen, Initiativen und Vereine, alle Interessierten hatten über diese Homepage Zugang zu den verschiedenen Dienstleistungen und Bestandteilen der Kampagne. Viele nutzten den Auftritt im Internet, um ihre Aktivitäten und Aktionen in diesem schnellen Medium in kürzester Zeit bekannt zu machen. Trotz einer Beschränkung auf bundesweit tätige Organisationen wurden mehr als 360 Veranstaltungen, 66 Projekte und 86 Organisationen eingetragen. Wöchentlich wechselnde Startseiten sorgten für eine kontinuierliche Attraktivität der Seiten. Bis zum Ablauf des IJF gab es mehr als 200 Einträge im E-mail-Verteiler für Journalisten. Im Jahr 2001 wurden insgesamt 2.398.980 Hits oder Zugriffe verzeichnet. Die Website ist zunächst bis Juli 2002 verlängert und soll im Rahmen der Aktivitäten zur Nachhaltigkeit in Zukunft fortgeführt werden.

Die **Motive der Anzeigen- und Plakatserie** stellen fünf Menschen und ihre Motive vor, die die Viel-

falt der Altersgruppen und Einsatzbereiche repräsentieren, in denen bürgerliches Engagement heute stattfindet. Steffi Fuhrberg, 23 Jahre alt, trainiert fünf Stunden in der Woche eine Streetball-Mannschaft, und die 60jährige Hannelore Hoffmann betreut einen Vormittag pro Woche einen Kinderhort, so zwei Beispiele aus der Serie. In Kooperation mit dem Fachverband für Außenwerbung waren diese Plakate im Laufe des Jahres an rund 30.000 Stellen in mehr als 20 deutschen Großstädten bundesweit geschaltet.

„Freiwilliger Einsatz bringt keinen Pfennig, sondern ein gutes Gefühl“, so heißt es in den Anzeigen. Damit sich potentielle Freiwillige von solch einer Motivation anstecken lassen, wurden Anzeigen in Printmedien angeboten. Die Medien unterstützten diese Kampagne durch Pro-Bono-Anzeigen. Tageszeitungen, Publikums- und Fachzeitschriften sowie Publikationen von Organisationen und Verbänden stellten kostenlosen Anzeigenraum zur Verfügung, so erschienen zum Beispiel vier Anzeigen in „Brigitte“, weitere in „Der Fonds“, „Simons Welt“, „Spielen und Lernen“, „Berliner Zeitung“, „Münchner Merkur“, „Westfälische Nachrichten“, „Freie Presse“ und in vielen anderen Printmedien. Die Anzeigenmotive haben über 13,2 Millionen Menschen auf freiwilliges Engagement aufmerksam gemacht.

Ein **Aktionspaket** lieferte bundesweit tätigen Trägerorganisationen freiwilligen Engagements nützliche Materialien für die Umsetzung ihrer Aktivitäten vor Ort. Die Bausteine der CD-ROM wie beispielsweise die Anzeigenmotive oder Stellenanzeigen waren so angelegt, dass sie mit eigenen Logos, Veranstaltungshinweisen oder anderen Eindrücken kombiniert werden konnten. So konnte die Botschaft des Jahres im lokalen oder regionalen Umfeld der Organisationen gestärkt werden. 3.000 Exemplare wurden ausgegeben. Die wichtigsten Bestandteile konnten auch über „www.freiwillig.de“ abgerufen werden.

Das **Informationsfaltblatt** vermittelte in einer Kombination von Flyer und Plakat die Bedeutung des IJF und Basisinformationen dazu. Die Vorderseite machte mit dem weltweiten Logo auf das IJF aufmerksam. Auf der Rückseite erfuhr man grundlegende Informationen und Äußerungen zum IJF. 100.000 Exemplare des Informationsfaltblattes wurden auf Anfrage ausgegeben.

Das **Magazin „Freiwillig!“** wurde von der „Geschäftsstelle Internationales Jahr der Freiwilligen“ her-

ausgegeben. Es richtete sich nicht nur an Multiplikatoren der Freiwilligenarbeit, die hier ein weiteres Forum für ihre Freiwilligenaktivitäten erhielten, sondern auch an alle, die an diesem Thema interessiert waren (Näheres darüber im Bericht der Geschäftsstelle).

Die **Pressearbeit** begleitete die bundesweiten Aktivitäten im IJF: von einer Auftaktpressekonferenz, bei der die Kampagne vorgestellt wurde, über Pressemitteilungen anlässlich der Veranstaltungen des BMFSFJ und der Geschäftsstelle IJF bis hin zu Schwerpunkt-Presstexten, die sich auf einen Themenbereich – wie beispielsweise die Jugend und das ehrenamtliche Engagement – fokussieren.

Stellvertretend für die 22 Millionen freiwillig tätigen Bundesbürgerinnen und Bundesbürger schilderten die Geschichten aus der Serie „Freiwillige im Blick“ Tätigkeiten, Erfahrungen und Beweggründe von einzelnen Personen, beispielsweise warum eine pensionierte Lehrerin erwachsenen Analphabeten das Lesen und Schreiben beibringt.

Die umfangreiche Medienberichterstattung von der regionalen Tageszeitung über Wochenzeitungen, Illustrierte, Fachmedien mit einer Gesamtauflage von 48.465.339 Leserinnen und Lesern bis hin zu Fernseh- (rund 40 Millionen Zuschauer) und Hörfunkbeiträgen zeigten, dass sich große Teile der Bevölkerung für das Thema interessieren.

Über einen Medienverteiler erhielten zudem 200 Journalistinnen und Journalisten und Pressevertreter regelmäßig die neuesten Presstexte zum IJF.

Die **Wanderausstellung „Freiwillig - für mich - für uns - für andere“** zeigt auf 24 Tafeln die Vielfalt der Freiwilligenarbeit. Sie war mit sieben Exemplaren und rund 120 Einsätzen für 2001 ausgebucht, für 2002 gibt es bisher rund 60 Buchungen. Begleitend dazu sind eine Broschüre und ein Videofilm erschienen. Der **Videofilm** zur Wanderausstellung gibt in beispielhaften Szenen Einblicke in den Alltag freiwilligen Engagements; 500 Exemplare wurden auf Anfrage ausgegeben; weitere 750 Exemplare hat das Technische Hilfswerk (THW) für seinen Bedarf produzieren lassen.

Die **Ausrichtung der Kampagne auf Kooperation** mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren des IJF, mit Presse und Medien, mit Ländern und Kommunen wurde angenommen und war der **Schlüssel zum Erfolg**.

1.2 AUFTAKT- UND ABSCHLUSSVERANSTALTUNG

Die **Auftaktveranstaltung** mit Bundespräsident Johannes Rau und mit Bundesministerin Dr. Christine Bergmann am 5. Dezember 2000 in Bonn (► **Materialband Kapitel 1**) sowie die **Abschlussveranstaltung** am 5. Dezember 2001 in Berlin mit ihr und Bundeskanzler Gerhard Schröder (► **Materialband Kapitel 8**) zeigten, welche Bedeutung die Bundesregierung dem IJF zur Förderung des Freiwilligen Engagements und zukünftigen Entwicklung der Zivilgesellschaft beimisst.

Der Auftakt zum IJF fand in Bonn am Sitz von United Nation Volunteers (UNV) statt. UNV war innerhalb der UN für die Vorbereitung und Durchführung des IJF verantwortlich und wirkte mit ihrer Exekutivkoordinatorin Sharon Capeling Alakija sowie den UNV-Ehrenfreiwilligen Jessica Stockmann und Michael Stich mit. Die Interviews der Moderatorin Carmen Thomas mit Freiwilligen und Prominenten zeigten ebenso wie die Tischrunden am Nachmittag zu „Unternehmen und Freiwilligenengagement“, „Möglichkeiten der Anerkennung von Freiwilligenengagement“ und „Frauen und Männer im Ehrenamt“ inhaltliche Akzente des IJF.

Bei einem Markt der Freiwilligen zeigte sich in Bonn wie auch bei der Abschlussveranstaltung in Berlin die Vielfalt des Freiwilligensektors in Deutschland in ihren lokalen/regionalen sowie bundesweiten und internationalen Bezügen.

Der Einladung zur Abschlussveranstaltung im Dezember 2001 in Berlin im „Haus der Kulturen der Welt“ waren mit mehr als 1.600 Freiwilligen und Verantwortlichen aus Politik und Gesellschaft überraschend viele aus dem ganzen Bundesgebiet gefolgt. Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundesministerin Dr. Christine Bergmann und Ministerpräsident Manfred Stolpe zogen Bilanz und zeigten Perspektiven aus dem IJF auf. Patricia Schäfer moderierte das Programm des Festaktes mit Gästen aus Politik, Sport, Kultur, Medien und vielen Freiwilligen. Diskussionsrunden griffen die Themen „Initiativen gegen Rechtsextremismus – viel Feind viel Ehr?“ und das bürgerschaftliche Engagement im lokalen Raum auf. Die türkisch-deutsche Sängerin Aziza präsentierte erstmals den Freiwilligen-song „Für mich – für uns – für andere“, den sie den Freiwilligen in Deutschland gewidmet hat.

1.3 AKTIVITÄTEN ANDERER BUNDESRESSORTS

Von den **Aktivitäten anderer Bundesressorts** zur öffentlichen Anerkennung und Aufwertung freiwilligen Engagements werden im Folgenden einige aufgeführt:

- Der Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien hat das Jahrbuch für Kulturpolitik 2000 gefördert, das als Thema das bürgerschaftliche Engagement behandelt; es wird im Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft herausgegeben.
- Das „Handbuch für Kulturstiftungen“ wurde im IJF 2001 beim Bundesverband deutscher Stiftungen in Auftrag gegeben und wird in 2002 erscheinen. Die Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Stiftungsrechts werden unter Punkt 3 dargestellt.
- Über die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) hat das Bundesministerium des Innern das bürgerschaftliche Engagement als Schwerpunktthema der politischen Bildung im IJF unterstützt durch Publikationen zum Beispiel in „Das Parlament“ oder „Aus Politik und Zeitgeschichte“ oder durch Themenblätter im Unterricht zu „Zivilcourage – eingreifen statt wegschauen!“ oder auch durch Angebote speziell für Jugendliche im Schülerwettbewerb zur politischen Bildung.
- Bei der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) standen sämtliche Veranstaltungen im Jahr 2001 im Zeichen des IJF, darunter Großveranstaltungen wie die Großübung „Lothar“ mit 1200 THW-Helfer/innen im Raum Bielefeld/Hameln.
- Das bundesweite „Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Extremismus und Gewalt“ wurde bereits im Mai 2000 vom Bundesministerium des Innern und vom Bundesministerium für Justiz initiiert. In 2001 haben sich 800 Initiativen aus Ländern und Kommunen dem Bündnis angeschlossen, brachten Ideen und Vorschläge ein oder informierten über ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement für Demokratie und Toleranz im Dienste der Zivilgesellschaft.
- Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat anlässlich der „Internationalen Grünen Woche 2001“ in

Berlin in der Bund-Länder-Gemeinschaftsschau „Leben auf dem Lande“ eine Podiumsdiskussion zum Thema „Freiwilliges Engagement, Selbsthilfe und Ehrenamt“ zum Internationalen Jahr der Freiwilligen durchgeführt. Auf dieser Veranstaltung wurden die ehrenamtlichen Tätigkeiten sowie das freiwillige Engagement vieler Gruppen im ländlichen Raum der Bundesrepublik Deutschland erörtert und herausgestellt.

- Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat das IJF genutzt, um mit Umweltverbänden Gespräche über die Situation des freiwilligen Engagements in ihren Organisationen zu führen und die Konzeptionen neu zu überdenken. Es hat ein Gutachten beim Institut für Ökologie und Naturschutz in Auftrag gegeben mit dem Ziel, konkrete Empfehlungen darüber zu gewinnen, wie Umweltverbände die gesellschaftlichen Entwicklungen und neuen Motive für bürgerschaftliches Engagement in ihrer zukünftigen Arbeit aufgreifen können. Die Ergebnisse sollen im März 2002 vorliegen.
- Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat eine Tagung zum Thema "Eine Welt konkret" gefördert, die die "Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste" (AGdD) in Kooperation mit dem "Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee" (AKLHÜ) im November 2001 in Mülheim/Ruhr veranstaltet hat. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Auszeichnung beispielhafter Projekte ehemaliger Entwicklungshelferinnen und -helfer im Bereich der lokalen Agenda 21, die im Vorfeld im Rahmen eines bundesweiten Wettbewerbs ermittelt worden waren
- Das Bundesministerium der Verteidigung hat das IJF 2001 genutzt, um das freiwillige Engagement von Reservisten in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Reservisten haben bundesweit etwa 120 Veranstaltungen im Rahmen des IJF 2001 durchgeführt oder mitgestaltet, von Diskussionsforen über Benefizkonzerte bis hin zur Teilnahme an Stadtfesten oder ähnlichem. Der 13. Oktober 2001 wurde als „Aktionstag der Reservisten“ mit einer Vielzahl von Veranstaltungen bundesweit in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und anderen Organisationen durchgeführt. Unter dem Motto „Reservisten

sind Freiwillige“ stellten Reservisten dabei in Kooperation mit anderen Freiwilligenorganisationen wie Rotes Kreuz, Malteser und Johanniter, Technisches Hilfswerk, Freiwillige Feuerwehren usw. vor Ort die gemeinsame Schutzaufgabe für die Bevölkerung dar. Dieser Aktionstag soll auch im Jahr 2002 und darüber hinaus durchgeführt werden.

2. VERNETZUNG UND VERBESSERUNG DER KOOPERATION

Das IJF 2001 hat in Deutschland die **Vernetzung** der unterschiedlichen Aktivitäten im **Freiwilligenbereich** und die **Kooperation** der vielfältigen Trägerorganisationen **verbessert**.

2.1 NATIONALER BEIRAT

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat einen Nationalen Beirat zum IJF einberufen, in dem Träger der Freiwilligenarbeit, zum Beispiel Wohlfahrts-, Jugend-, Frauenverbände, Freiwilligenagenturen und Stiftungen, Kirchen und Medien, Arbeitgeber und Gewerkschaften, Bund, Länder und Kommunen erstmals an einem Tisch zusammen kamen, um in 2001 nachhaltige Fortschritte zugunsten der Freiwilligenarbeit zu erreichen. Auch die Entwicklung neuer Partnerschaften mit der Wirtschaft wurde angeregt.

Zur Gesamtkoordination der bundesweiten Aktivitäten im Internationalen Jahr der Freiwilligen hat das BMFSFJ eine **Geschäftsstelle Internationales Jahr der Freiwilligen** beim „Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.“ einrichten lassen. Zu ihren Aufgaben gehörte auch die Geschäftsführung für den Nationalen Beirat und seine Arbeitsgruppen.

Aus der Arbeit des Nationalen Beirats und seiner sieben Arbeitsgruppen sind die Anregungen für eine Reihe von **Veranstaltungen** im IJF entstanden, die das BMFSFJ oder die Geschäftsstelle Internationales Jahr der Freiwilligen durchgeführt haben (> **Materialband Kapitel 3**).

Bei diesen Tagungen kam es zum interdisziplinären Austausch zwischen den verschiedenen Bereichen und Trägerorganisationen freiwilligen Engagements, zum Beispiel zur „Beteili-

gung von freiwillig Engagierten in Organisationen – Herausforderung an ein partnerschaftliches Miteinander“. Ein entsprechender Forderungskatalog der Arbeitsgruppe „Organisationsorte“ enthält Ziele und Aufgaben zur besseren Beteiligung Ehrenamtlicher in Organisationen, gleich ob es um Sport-, Jugend-, Wohlfahrts- oder andere Organisationen geht. (Näheres zu den Veranstaltungen der Geschäftsstelle des IJF siehe Teil B, Bericht der Geschäftsstelle).

Die Tagung „Zivilgesellschaft“ des BMFSFJ im September 2001 in Berlin hat im Dialog von Wissenschaft, Politik und Praxis die Chancen und Grenzen des Konzeptes der Zivilgesellschaft diskutiert und zur Verankerung dieses Leitbildes beigetragen. Die Zivilgesellschaft leiste einen kontinuierlichen und langfristigen Beitrag zur Ausgestaltung der Demokratie. Es müsse aber über Wege nachgedacht werden, nationale und im Zuge der Globalisierung auch internationale Regierungssysteme so zu demokratisieren, dass der Staat Gemeinwohlinteressen effektiver wahrnehme. Die Zivilgesellschaft solle einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung des Sozialstaates leisten, dürfe dabei aber nicht vom Staat allein gelassen werden, so der Tenor der Beiträge dieser Tagung.

2.2 BUND-LÄNDER-BESPRECHUNGEN

Bei regelmäßigen Bund-Länder-Besprechungen wurden Informationen und Erfahrungen in Planung und Durchführung des IJF mit den Bundesländern ausgetauscht. Der 3. Oktober – Tag der Deutschen Einheit – hatte in diesem Jahr den inhaltlichen Schwerpunkt „Freiwilliges Engagement“ und stellte ausgewählte Aktivitäten der Bundesländer bundesweit dar (► Materialband Kapitel 7).

Auch Bundesländer haben im IJF wichtige Schritte zur trägerübergreifenden Vernetzung und zur besseren Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Ressorts auf Länderebene unternommen. Der Erfahrungsaustausch und die Beratung grundsätzlicher Fragen wurden von allen Beteiligten als hilfreich erfahren. Die Bund-Länder-Besprechung zur Förderung freiwilligen und bürgerschaftlichen Engagements sollen auf Wunsch aller Beteiligten auch nach dem IJF fortgesetzt werden.

2.3 ENGAGEMENTFÖRDERUNG IM LOKALEN RAUM

Für die Vernetzung des freiwilligen Engagements im **lokalen Raum** sind Freiwilligen-Agenturen oder ähnliche Einrichtungen von großer Bedeutung. Zur Unterstützung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in diesem Bereich wurde ein Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement entwickelt und herausgegeben sowie ein Wettbewerb durchgeführt. Der Leitfaden trug dazu bei, das Beratungsangebot in Kommunen effektiver auszugestalten. Der Wettbewerb zeichnete innovative Beispiele für eine engagementunterstützende Infrastruktur in Städten, Kreisen und Gemeinden aus (► Materialband Kapitel 8).

Projekte der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen zur bundesweiten Unterstützung der regionalen und lokalen Infrastruktur für das freiwillige Engagement werden durch das BMFSFJ gefördert.

Bei der ersten Fachtagung des BMFSFJ im IJF zum Thema „Die Freiwilligen: Das Sozialkapital des neuen Jahrtausends“ im März 2001 ging es um förderpolitische Konsequenzen aus dem Freiwilligenurvey 1999 (► Materialband Kapitel 3). Zentrales Ziel einer modernen Unterstützungspolitik für mehr bürgerschaftliches Engagement sei es, die **Informations- und Beratungsinfrastruktur** in Kommunen auszubauen. Die Informationsmöglichkeiten über Gelegenheiten und die Zugangswege zum freiwilligen Engagement müssten verbessert werden. Jede Stadt und jeder Landkreis sollte eine zentrale Anlaufstelle, ein Büro für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe aufbauen können, die alle Altersgruppen ansprechen und über alle Engagementbereiche informieren.

2.4 INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT IN SACHEN VOLUNTEERING

Zur besseren **internationalen Vernetzung** in Sachen Freiwilliges Engagement hat das BMFSFJ die Chance des IJF mit folgenden Maßnahmen genutzt:

Im Januar 2001 fand in **Amsterdam** die **Weltfreiwilligenkonferenz** (► Materialband Kapitel 1) statt, ausgerichtet von „International Association for

Volunteer Effort“ (IAVE), dem Internationalen Zusammenschluss der Freiwilligenorganisationen. Das BMFSFJ hat mit einer Delegation von etwa 10 Mitgliedern, zusammengesetzt aus Vertreter/innen von Jugend-, Frauen- und Wohlfahrtsorganisationen, Bundesländern und des BMZ teilgenommen.

Ein Workshop zum Thema „Europäische Freiwilligeneinsätze in russischen Bürgerinitiativen“ wurde vom deutsch-russischen Freiwilligenaustausch in Kooperation mit dem Ost-West-Europäischen Frauennetzwerk (OWEN) durchgeführt.

Die **Kommission für soziale Entwicklung der UN**, eine Unterorganisation des UN-Wirtschafts- und Sozialrates, befasste sich im Rahmen ihrer Sitzung im Februar 2001 in New York unter engagierter deutscher Beteiligung mit Fragen der Rolle der Freiwilligenarbeit bei der sozialen Entwicklung. Im Laufe der Sitzung wurde – unterstützt von Deutschland – eine Resolution zur Freiwilligenarbeit und soziale Entwicklung beschlossen. Im Rahmen dieser Konferenz wurde in einer Sonderveranstaltung die englische Fassung des Freiwilligenurvey und die Arbeit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ vorgestellt, die hier wie zuvor in Amsterdam auf großes Interesse und positive Resonanz stieß.

Beim **Internationalen Symposium zum freiwilligen Engagement in Genf** im November 2001 ging es mit mehr als 500 Vertreter/innen nationaler Komitees aus 107 Ländern um eine erste Auswertung und die nachhaltigen Wirkungen des IJF (▶ **Materialband Kapitel 8**). Die nachhaltig anregenden und positiven Auswirkungen des freiwilligen Engagements für soziale und ökonomische Entwicklung wurde aus allen Ländern anschaulich geschildert, aber sowohl aus Ländern des Nordens als auch des Südens wurden auch die Grenzen beschrieben, insbesondere ausgegrenzte und arme Bevölkerungsgruppen zu erreichen. In einem Statement an die UN-Generalversammlung am 5. Dezember 2001 in New York wurde das IJF als Meilenstein bezeichnet; es habe einen enormen Aufschwung gegeben zur besseren Anerkennung des freiwilligen Engagements, zur internationalen Vernetzung und zum Herausbilden einer weltweiten Bewegung. Manche schätzten das IJF als das Internationale Jahr mit der weltweit größten Resonanz. In Genf haben Geschäftsstelle IJF und BMFSFJ eine Zwischenbilanz zum IJF aus Deutschland und die Öffentlichkeitskampagne des

BMFSFJ präsentiert. Großes Interesse fand die partnerschaftliche Kooperation von staatlichem und nichtstaatlichem Bereich.

Zur **UN-Generalversammlung am 5. Dezember 2001 in New York** haben die Niederlande und Japan eine **Resolution zur Förderung freiwilligen Engagements** eingebracht, Miteinbringer waren Deutschland und zuletzt 126 weitere Länder (▶ **Materialband Kapitel 8**). Es war das erste Mal, dass dieses Thema auf der Tagesordnung einer UN-Generalversammlung stand. Für die Bundesregierung hat die Parlamentarische Staatssekretärin des BMFSFJ, Frau Dr. Niehuis, teilgenommen und ein Statement abgegeben. Die Resolution wurde im Konsens verabschiedet. Die Umsetzung der Resolution soll in der 57. Generalversammlung in 2002 Gegenstand zweier Plenardebatten sein. Damit bleibt das Freiwilligenthema weiterhin auf der Tagesordnung des Plenums der UNO-Generalversammlung.

3. VERBESSERUNG DER RAHMENBEDINGUNGEN DES FREIWILLIGEN BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

Es ist ein besonderes Anliegen der Bundesregierung, die Rahmenbedingungen des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements zu verbessern, um den Zugang zu diesem sozialen Engagement zu erleichtern. Rechtliche und institutionelle Hindernisse, die diesem Engagement entgegenstehen, müssen abgebaut und die Anreize für das persönliche soziale Engagement erhöht werden.

3.1 RECHTLICHE NEUREGELUNGEN DER BUNDESREGIERUNG

VERBESSERTE AUFWANDSENTSCHÄDIGUNGEN FÜR EHRENAMTLICHE TÄTIGKEITEN

Zum Januar 2000 wurde die so genannte **Übungsleiterpauschale** (§ 3 Nr. 26 Einkommensteuergesetz) von zuvor 2.400 DM auf nunmehr 1.848 Euro (3.600 DM) erhöht und in einen **Steuerfreibetrag** umgewandelt. Ferner wurde der Kreis der Begünstigten erweitert. Dazu zählen neben den Übungsleiterinnen und Übungsleitern auch Ausbilderinnen und Ausbilder, Erzieherinnen und Erzieher sowie Betreuerinnen und Betreu-

er. Steuerbegünstigt sind außerdem bestimmte künstlerische Aufgaben sowie nebenberufliche Tätigkeiten in der Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen im Dienst oder Auftrag einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einer gemeinnützigen Körperschaft zur Förderung gemeinwohlorientierter Zwecke.

Damit wurden die Rahmenbedingungen für den ehrenamtlichen Einsatz in gemeinnützigen Vereinen, Verbänden und Organisationen entscheidend verbessert. Die Aufwandspauschalen waren in den letzten zwanzig Jahren nicht mehr erhöht worden.

Durch eine Angleichung des Sozialgesetzbuches ist sichergestellt worden, dass diese **steuerfreien Einnahmen zugleich auch sozialversicherungsfrei** sind.

Die **Lohnsteuer-Richtlinien 2002** ermöglichen erweiterte Steuerfreistellungen auch für diejenigen ehrenamtlich Tätigen, die **Aufwandsentschädigungen aus öffentlichen Kassen** erhalten (§ 3 Nr. 12 Einkommensteuergesetz). Insbesondere Feuerwehrleute und Katastrophenschützer profitieren von dieser Regelung.

Im Rahmen der Neufassung wurde ferner geregelt, den Steuerfreibetrag für die aus öffentlichen Kassen gezahlten Aufwandsentschädigungen auf 154 Euro (300 DM) anzuheben und damit der „Übungsleiterpauschale“ gleichzustellen. Diese Regelung hat wiederum Auswirkungen auf die Sozialversicherungspflicht: Steuerliche Aufwandsentschädigungen sind beitragsfrei in der Sozialversicherung.

Die veränderten Lohnsteuer-Richtlinien sind im Januar 2002 in Kraft getreten.

Eine weitere Rechtsänderung zur Aufwandsentschädigung betrifft die **Künstlersozialversicherung**. Seit 2001 kann der Freibetrag der Übungsleiterpauschale (1848 Euro / 3600 DM jährlich) auch auf die Abgaben an die Künstlersozialkasse angerechnet werden. Das entlastet Organisationen, die häufig Künstlerinnen und Künstler bei ihren Veranstaltungen einsetzen, wie zum Beispiel Volkshochschulen, bei den Sozialabgaben beträchtlich. Unter „www.bma.de“ werden weitere Informationen angeboten.

ABBAU VON BÜROKRATIE

Die Bundesregierung hat sich mit den Spitzenverbänden der Sozialversicherung darauf geeinigt, die Tätigkeiten von Übungsleiterinnen und Übungsleitern im Sport zukünftig nicht mehr grundsätzlich als abhängige Beschäftigung anzusehen. Die entsprechende frühere Regelung wird damit aufgehoben.

Nach den neu vereinbarten Kriterien werden **Übungsleiter** künftig – nach Einzelfallprüfung – **als Selbständige** anzusehen sein. Übungsleiter sind damit bis zu einem Verdienst von 479 Euro (930 DM) und einer Tätigkeit von weniger als 15 Stunden pro Woche nicht mehr beitrags- und meldepflichtig. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie das Training in eigener Verantwortung durchführen, das heißt Dauer, Ort und Inhalt des Trainings selbst festlegen und sich wegen der Nutzung der Sportanlagen selbst mit anderen Beauftragten des Vereins abstimmen.

Diese Neuregelung bringt **zwei entscheidende Vorteile**:

Zum einen besteht für selbständige Übungsleiter keinerlei Pflicht, Sozialabgaben zu leisten. Zum anderen entfällt damit ein – häufig beklagter – beträchtlicher bürokratischer Aufwand, der vielen Vereinen gegenüber den Sozialversicherungsträgern durch den Einsatz geringfügig beschäftigter Übungsleiter entstanden war.

Es wurde eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht, wonach eine bisher erforderliche **Doppelgenehmigung entfällt**. Wenn Jugendorganisationen oder andere Verbände für ihre Fahrten einen Busunternehmer beauftragen, der im Besitz einer Genehmigung nach dem Personenbeförderungsgesetz ist, so müssen sie selbst keine zusätzliche Genehmigung mehr vorlegen; die Transportgenehmigung des Busunternehmers genügt als Garantie für eine sichere Reise.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IM ERWERBSLEBEN: BETRIEBLICHE MITBESTIMMUNG

Die betriebliche Mitbestimmung ist ein wichtiges und bewährtes Instrument, um demokratische, zivilgesellschaftliche Elemente zu verankern. Mit der **Reform des Betriebsverfassungsgesetzes**, die im Juli 2001 in Kraft getreten ist, sind die rechtlichen Rahmenbedingungen für die bürgerschaftliche

Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den betrieblichen Entscheidungsprozessen deutlich verbessert worden. So werden die Aufgaben von Betriebsräten und damit die Einflussbereiche der betrieblichen Mitbestimmung ausgeweitet. Neue Tätigkeitsbereiche bilden insbesondere die Mitwirkung bei der Beschäftigungssicherung durch Vorschläge zur Gestaltung von Arbeitszeit und -organisation oder zu Qualifizierungsmaßnahmen für Kolleginnen und Kollegen. Auch die Förderung des betrieblichen Umweltschutzes oder der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird jetzt stärker in der Betriebsverfassung verankert. Nicht zuletzt sollen die Integration ausländischer Kolleginnen und Kollegen sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb verstärkt werden. Mehr über die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes erfahren Sie unter „www.bundesregierung.de“.

FÖRDERUNG DES FREIWILLIGEN EINSATZES VON ARBEITSLÖSEN

Bezieher/innen von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe verloren nach bisherigem Recht ihren Leistungsanspruch, wenn sie sich fünfzehn Wochenstunden oder mehr bürgerschaftlich engagiert haben (Sozialgesetzbuch III, § 118). Das Gesetz unterstellte, dass solch zeitintensiver Einsatz der angestrebten Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess entgegensteht.

Im Rahmen der Novellierung des Arbeitsförderungsrechts (Sozialgesetzbuch III) durch das so genannte **Job-AQTIV-Gesetz**, das zum Januar 2002 in Kraft getreten ist, wurde diese **Verfügbarkeitsregelung gestrichen** und die Möglichkeit geschaffen, eine ehrenamtliche Tätigkeit auch in einem Umfang von mehr als fünfzehn Wochenstunden auszuüben, ohne dass der Leistungsanspruch entfällt. Voraussetzung hierfür ist, dass das Engagement die berufliche Eingliederung nicht behindert.

Arbeitslose können sich damit grundsätzlich in demselben Umfang wie Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bürgerschaftlich engagieren, ohne dass sich das Engagement nachteilig auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe auswirkt. Diese Regelung fördert die soziale Integration von Arbeitslosen und berücksichtigt darüber hinaus, dass sie als

ehrenamtlich Tätige Qualifikationen erwerben, die den Rückweg in den Arbeitsmarkt ebnen können. Ausführliche Erläuterungen zum Job-AQTIV-Gesetz unter „www.bundesregierung.de“.

FÖRDERUNG DER SELBSTHILFE

Selbsthilfegruppen und -initiativen stellen eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements dar. Aktive setzen sich zugleich für sich selbst und für andere ein, Motive der Selbsthilfe im Eigeninteresse und der Hilfe für andere verbinden sich. Jetzt wurden deutlich verbesserte Fördermöglichkeiten für Selbsthilfegruppen geschaffen: Die gesetzlichen Krankenkassen sollen Selbsthilfegruppen, -organisationen und -kontaktstellen, die sich der Prävention oder Rehabilitation zum Beispiel bei chronischen Erkrankungen oder Behinderungen widmen, mit 0,51 Euro (1 Mark) pro Versichertem, das heißt mit rund 36,3 Millionen Euro (71 Millionen DM) jährlich fördern (Sozialgesetzbuch V, § 20).

Wesentliches Ziel ist die Stärkung der Position der Patientinnen und Patienten im Gesundheitswesen. Die Beratung durch Selbsthilfegruppen und der Austausch mit anderen Betroffenen stärkt die Patientinnen und Patienten und unterstützt sie dabei, bei Therapieentscheidungen des Arztes informiert mitbestimmen zu können.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN DER PFLEGE

Die Pflege von Alten und Kranken ist eine Aufgabe, die nicht nur durch professionelle Leistungen oder häusliche Fürsorge erbracht wird, sondern die ganz wesentlich von der Freiwilligenarbeit lebt. Im Pflegebereich zeigt sich zugleich beispielhaft, wie sich professionelle, familiäre und ehrenamtliche Hilfe ergänzen können.

Im **Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz**, mit dem die häusliche Pflege insbesondere von demenzkranken Menschen gestärkt werden soll und das zum Januar 2002 in Kraft getreten ist, sind auch Regelungen zur finanziellen Förderung von einfacheren Betreuungsangeboten sowie von Modellvorhaben zur Erprobung neuer Versorgungskonzepte und -strukturen enthalten. Durch die Förderung von Modellprojekten werden Möglichkei-

ten geschaffen, das Zusammenwirken von Pflegeversicherung, Familie und freiwilliger Hilfe weiterzuentwickeln. Gefördert werden sollen Projekte wie zum Beispiel ehrenamtliche Betreuungsgruppen, in denen Demenzkranke stundenweise betreut werden und die damit einen Mittelweg zwischen der häuslichen Versorgung und der professionellen Tagespflege bilden. Die Freiwilligen schaffen mit pflegefachlicher Unterstützung eine neue Betreuungsform, die sich in den häuslichen Alltag der Pflegebedürftigen einfügt, die pflegenden Angehörigen zeitlich entlastet, wertvolle Kontakt- und Austauschmöglichkeiten bietet und überdies kostengünstiger arbeitet als professionelle Pflegedienste.

Für diese Modelle in der Pflege werden zukünftig Projektmittel des Bundes in Höhe von 10 Millionen Euro jährlich zur Verfügung stehen. Länder oder Kommunen sollen Zuschüssen in gleicher Höhe geben, so dass insgesamt ein Fördervolumen von 20 Millionen Euro pro Jahr erreicht werden soll.

FÖRDERUNG DER HOSPIZARBEIT

Interessante Strukturen der Kooperation zwischen Staat, Sozialversicherung und Bürgergesellschaft entwickeln sich auch in der Hospizarbeit. Die Hospizbewegung stellt nach ihrer Entstehungsgeschichte und ihrem Selbstverständnis ein ganz besonderes Betätigungsfeld bürgerschaftlichen Engagements dar. Die Freiwilligen begleiten sterbende Menschen in ihrer letzten Lebensphase und geben den Angehörigen psychologische Beratung und Betreuung, und sie sammeln Spenden, um Hospize einzurichten. In Hamburg gibt es zum Beispiel bereits drei stationäre Hospize, in denen Sterbende während der letzten Lebenswochen und -monate ein Zuhause finden können. Finanziert werden sie durch Spenden, Landes- und Bundesmittel.

Die stationäre Versorgung von Sterbenden in Hospizen wird von den gesetzlichen Krankenkassen bezuschusst (Sozialgesetzbuch V, § 39a). Getreu dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ wird nunmehr die gesetzliche Grundlage geschaffen, dass auch die ambulante Hospizarbeit von den Krankenkassen gefördert werden kann. Viele Sterbende wünschen sich, den letzten Lebensabschnitt im eigenen Zuhause zu verbringen. Dazu brau-

chen sie selbst und auch ihre Angehörigen neben der pflegerischen und palliativ-medizinischen auch psychologische Unterstützung, die häufig von Freiwilligen aus der Hospizbewegung geleistet wird. Eine Erweiterung der Förderbedingungen des § 39a Sozialgesetzbuch V soll es ermöglichen, dass auch die ambulante Hospizarbeit zukünftig von den gesetzlichen Krankenkassen finanziell unterstützt wird. Mehr Informationen unter „www.bundesregierung.de“.

ENTLASTUNG DER VEREINE

Erklärtes Ziel ist es, in Deutschland ein vereinsfreundliches Klima zu stärken und Signale für mehr bürgerschaftliches Engagement und Mäzenatentum zu setzen. Gemeinnützige Vereine werden steuerlich erheblich begünstigt. Sie sind grundsätzlich von der Körperschafts-, Gewerbe-, Grund- und Erbschaftsteuer befreit.

Die Steuervergünstigungen für gemeinnützige Körperschaften, wie zum Beispiel Vereine, erstrecken sich grundsätzlich nicht auf wirtschaftliche Betätigungen im Wettbewerb mit steuerpflichtigen Unternehmen, zum Beispiel den Betrieb einer Gaststätte durch einen Sportverein. Insoweit unterliegen auch gemeinnützige Körperschaften grundsätzlich der normalen Besteuerung. Indessen gibt es zu deren Gunsten seit Januar 2000 ein Entgegenkommen: **Keine Körperschaft- und Gewerbesteuer wird erhoben**, wenn die Einnahmen aus ihren steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben einschließlich der Umsatzsteuer insgesamt 30.678 Euro (60.000 DM) im Jahr nicht übersteigen.

Die Arbeit der gemeinnützigen Körperschaften wird auch mittelbar unterstützt. Besondere Bedeutung haben dabei steuerliche Vergünstigungen für Zuwendungen an gemeinnützige Körperschaften und für Einnahmen aus bestimmten nebenberuflichen Tätigkeiten im Dienst oder Auftrag einer gemeinnützigen Körperschaft.

Die Bundesregierung hat seit ihrem Amtsantritt die **steuerlichen Rahmenbedingungen für gemeinnützige Körperschaften spürbar verbessert**:

- Das Spendenrecht wurde - wie schon seit Jahren gefordert - grundlegend überarbeitet und der Abzug von Mitgliedsbeiträgen für viele Zwecke erstmals zugelassen. So sind nun Spenden zum Beispiel auch dann steuerlich

abzugsfähig, wenn sie direkt an Vereine geleistet werden. Bis Ende 1999 mussten Spenden für die meisten gemeinnützigen Vereine in einem komplizierten Verfahren über öffentliche Dienststellen geleistet werden („Durchlaufspendenverfahren“).

- Die Möglichkeit, Mittel an Stelle einer grundsätzlich vorgeschriebenen zeitnahen Verwendung für die steuerbegünstigten Zwecke in eine dauerhafte freie Rücklage einzustellen, wurde ausgeweitet.

Im Rahmen der Änderung des **Investitionszulagengesetzes** im Dezember 2000 wurden weitere Erleichterungen geschaffen. Insbesondere können gemeinnützige Vereine zur Vereinfachung der Steuerveranlagung ihren steuerpflichtigen Gewinn aus Werbung, zum Beispiel bei kulturellen oder sportlichen Veranstaltungen, pauschal mit 15 Prozent der Werbeeinnahmen ansetzen.

Zusätzliche Informationen stehen im Internet unter „www.bundesfinanzministerium.de“ zur Verfügung.

STIFTEN LEICHT GEMACHT – DAS NEUE STIFTUNGSRECHT

Seit Januar 2000 gelten durch das „**Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen**“ erheblich verbesserte steuerliche Abzugsmöglichkeiten für Zuwendungen an gemeinnützige Stiftungen (mehr unter „www.bundesfinanzministerium.de“ und „www.bundesregierung.de“). Stiften ist nicht mehr nur ein Privileg von Reichen. Mit dem neuen Stiftungssteuerrecht wurde der Beginn einer neuen Stiftungsoffensive in Deutschland eingeleitet.

Zuwendungen an eine neu errichtete gemeinnützige Stiftung oder als Zustiftung an eine bereits bestehende werden vom Staat mit Steuervorteilen belohnt. Solche Spenden mindern das steuerpflichtige Einkommen des Stifters als Sonderausgabe.

Das neue Stiftungssteuerrecht erweitert die Möglichkeiten des **Sonderausgabenabzugs** in erheblichem Umfang. Nunmehr können für Zuwendungen an gemeinnützige private Stiftungen wie auch an öffentlich-rechtliche und kirchliche Stiftungen pro Jahr bis zu 20.500 Euro (40.000 DM) als Sonderabzug steuermindernd geltend gemacht werden, unabhängig von der Höhe des individuel-

len Jahreseinkommens. Stiftet jemand noch höhere Summen, so kann er diese nach den fortgeltenden allgemeinen Regeln des Spendenrechts bis zu einer Grenze von fünf Prozent des Jahreseinkommens steuerlich absetzen. Bei Zuwendungen für mildtätige, wissenschaftliche oder als besonders förderungswürdig anerkannte kulturelle Zwecke verdoppelt sich der Spendenrahmen von fünf Prozent auf zehn Prozent der Einkünfte. Großspenden von mindestens 25.565 Euro (50.000 DM) für mildtätige, wissenschaftliche oder kulturelle Zwecke können im Rahmen der jährlichen Höchstgrenzen über eine Laufzeit von bis zu sieben Jahren steuerlich geltend gemacht werden.

Privatpersonen und Personennunternehmen können die erstmalige Vermögensausstattung einer Stiftung im Jahr der Zuwendung und – nach eigenem Ermessen – in den folgenden neun Jahren bis zu einer Höhe von insgesamt 307.000 Euro (600.000 DM) absetzen.

Das **Erbschaftsteuergesetz** stellt Zuwendungen für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke von der Erbschaft- und Schenkungsteuer frei. Nach dem neuen Stiftungssteuerrecht erlischt zudem die Steuer mit Wirkung für die Vergangenheit, wenn ein Erbe oder Beschenkte die durch die Erbschaft oder Schenkung erworbenen Gegenstände innerhalb von 24 Monaten einer Stiftung zuwendet. Bei Erbschaften oder Schenkungen, die in eine gemeinnützige Stiftung fließen, will der Staat also keine Steuergelder einnehmen.

Auch die **gewerbsteuerlichen Vorteile** wurden durch die Stiftungsreform erheblich verbessert. Gewerbetreibende können ihre Gewerbesteuerlast reduzieren, wenn sie aus den Mitteln des Betriebs Ausgaben zur Förderung einer gemeinnützigen Stiftung leisten.

Die neuen steuerlichen Spendenabzugsmöglichkeiten sind bewusst auf Stiftungen beschränkt, gelten also nicht für Zuwendungen an andere gemeinnützige Körperschaften. Durch das Gesetz sollen Stiftungen als eine besonders nachhaltige, auf Dauer angelegte Form der Gemeinwohlpflege gefördert werden.

Neben Stiftungen des privaten Rechts werden auch öffentlich-rechtliche Stiftungen, die gerade im Kulturbereich und hier vor allem in den neuen Ländern anzutreffen sind wie etwa die „Stiftung Weimarer Klassik“ oder die „Stiftung Bauhaus Dessau“ sowie kirchliche Stiftungen begünstigt.

Das neue Stiftungssteuerrecht enthält nicht

nur viele Steuervorteile für stiftungswillige Bürgerinnen und Bürger, es verbessert auch durchgreifend die steuerliche Behandlung der Stiftungen selbst, sofern sie gemeinnützige Zwecke verfolgen. **Gemeinnützige Stiftungen sind** – auch schon nach bisherigem Recht – **von Steuern befreit**, etwa von der Körperschaftsteuer oder der Grundsteuer. Vor allem unterliegen die Erträge aus dem Stiftungskapital, mit denen die Stiftungsarbeit finanziert wird, nicht der Zinsbesteuerung; einbehaltene Kapitalertragssteuern werden steuerbegünstigten Stiftungen erstattet.

Um die Errichtung von Stiftungen zu erleichtern, ist es seit 2000 in den ersten drei Jahren nach Gründung gestattet, erwirtschaftete Erträge zur weiteren Erhöhung des Stiftungskapitals zu verwenden, also nicht für die geplante Stiftungsarbeit auszugeben. Diese **neu geschaffene Ansparmöglichkeit** dient der Sicherung des Aufbaus besonders von kleineren Stiftungen. Es soll ihnen erlauben, sich in der Anfangszeit auf das Einwerben weiteren Stiftungskapitals und den Aufbau der Stiftungsstrukturen zu konzentrieren. Insbesondere **Bürgerstiftungen**, die sich derzeit in vielen Kommunen als Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern mit dem gemeinsamen Ziel der Förderung regionaler Gemeinwohlanliegen gründen, brauchen zu Beginn eine solche Konsolidierungsphase.

Nach der Fortentwicklung des Stiftungssteuerrechts folgt als zweiter Reformschritt eine weitere Stärkung des Stiftungswesens durch eine Verbesserung des **Stiftungsprivatrechts**, also der Regeln für die Gründung und die Aufsicht über Stiftungen. Hierzu hat eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe nach über einem Jahr Beratung konkrete Vorschläge vorgelegt. Mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Modernisierung des Stiftungsrechts werden dem gemeinwohlorientierten Stiftungswesen neue Impulse gegeben.

Vorrangiges Ziel ist es, durch eine bundeseinheitliche Regelung die rechtlichen Anforderungen für die Errichtung einer Stiftung für potentielle Stifter transparenter und einfacher zu gestalten. Dadurch soll die Stifterfreiheit gestärkt und dem Stifterwillen ein besonderes Gewicht bei stiftungsrechtlichen Vorschriften gegeben werden.

Das Gesetz wurde im April 2002 vom Deutschen Bundestag beschlossen.

Die **Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“** des Deutschen Bundestages wird nach einer gründlichen Bestandsaufnahme und Analyse sowie der Auswertung eines umfassenden Rechtsgutachtens Gesetzesinitiativen vorschlagen und Handlungsempfehlungen erstellen, die der Stärkung und Weiterentwicklung des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements dienen sollen. Die Bundesregierung wird diese Vorschläge und Empfehlungen prüfen, um weitere Initiativen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Freiwilligen Engagements ergreifen zu können.

3.2 AUSBAU DER FREIWILLIGEN-DIENSTE

Wer zu ehrenamtlicher Initiative anregen und dafür Menschen dauerhaft gewinnen will, muss bei den jungen Menschen anfangen. Insofern nehmen die Freiwilligendienste bei der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Förderung bürgerschaftlichen Engagements eine Schlüsselstellung ein: Junge Menschen zeigen in vorbildlicher Weise Solidarität und üben sich frühzeitig in der Rolle als aktive Bürgerinnen und Bürger.

Das **Freiwillige Soziale Jahr** gibt es seit 1964, das **Freiwillige Ökologische Jahr** seit 1993. Die beiden „klassischen“ Dienste hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend kürzlich durch Modellprojekte auch für neue Aufgabenbereiche geöffnet, so zum Beispiel gemeinsam mit der Deutschen Sportjugend für den Sport und zusammen mit der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung für den kulturellen Bereich. So können Jugendliche seit September 2001 im Rahmen des **Modellprojektes „Rein ins Leben!“** in Museen, Theatern oder soziokulturellen Zentren ein Freiwilliges Soziales Jahr leisten. Diese Erweiterung der klassischen Einsatzfelder wie Krankenhäuser, Kindergärten oder Altenheime um den Bereich der Kulturarbeit soll Jugendlichen die Möglichkeit geben, interkulturelle Erfahrungen zu sammeln.

Über 1000 Plätze wurden im **Freiwilligen Sozialen Trainingsjahr** als Gemeinschaftsinitiative mit der Bundesanstalt für Arbeit geschaffen. In der Novellierung des Zivildienstgesetzes ist vorgesehen, dass anerkannte Kriegsdienstverweigerer künftig anstelle des Zivildienstes auch ein Frei-

williges Soziales oder Freiwilliges Ökologisches Jahr neuer Prägung leisten können.

Jugendliche, die den Freiwilligendienst im Ausland oder eine Tätigkeit im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes wahrnehmen, erhalten zukünftig Kindergeld; ein wichtiger Schritt zur finanziellen Besserstellung der Freiwilligendienste. Bei der 2. Fachtagung des BMFSFJ zum IJF zur Zukunft der Freiwilligendienste im Juni 2001 in Berlin haben Träger mittelfristiger Freiwilligendienste, Fachleute und Politiker zukunftsweisende Ansätze zur Ausgestaltung nationaler und internationaler Freiwilligendienste ausgetauscht und die Auswirkungen mit Trägern und Freiwilligen diskutiert (► Materialband Kapitel 3). Neben dem Blick in die Zukunft von Freiwilligendiensten wurden auch die verschiedenen rechtlichen Aspekte und Auswirkungen der geplanten Novellierung der gesetzlich geregelten Freiwilligendienste erörtert.

Im Dezember 2001 wurde eine Gesetzesinitiative zur Neuregelung des Freiwilligen Sozialen Jahres und des Freiwilligen Ökologischen Jahres in den Bundestag eingebracht. Wesentliche Inhalte dieser Novelle sind:

- die Ausweitung der Förderung der Freiwilligendienste auf das außereuropäische Ausland unter Gewährung der vollen sozialversicherungsrechtlichen Absicherungen für die Freiwilligen,
- die Aufnahme von Regelungen zur pädagogischen Betreuung für den Freiwilligendienst im Ausland,
- die Regelung des Zulassungsverfahrens für Träger von Auslandsdiensten in Länderzuständigkeit,
- die Flexibilisierung der Dauer des Dienstes durch eine Verlängerungsoption,
- die Erweiterung der Einsatzfelder im Bereich des freiwilligen sozialen Jahres,
- die Herabsetzung des Mindestalters durch Aufnahme der Formulierung „Erfüllung der Vollzeitschulpflicht“,
- die Möglichkeit der Ausstellung eines Zeugnisses mit Aufnahme berufsqualifizierender Merkmale nach Ableistung des Freiwilligendienstes,
- sowie die Einführung der Möglichkeit, anstelle des Zivildienstes ein freiwilliges soziales oder ein freiwilliges ökologisches Jahr von 12monatiger Dauer zu leisten.

Nach Durchlaufen des parlamentarischen Verfahrens können diese Neuregelungen zur Attraktivitätssteigerung der gesetzlich geregelten Freiwilligendienste im Juni 2002 in Kraft treten.

3.3 PROJEKTE DES BMFSFJ

Um die Verbesserung von Rahmenbedingungen geht es auch bei folgenden Projekten des BMFSFJ:

WETTBEWERB FÜR KOMMUNEN

Mit einem Wettbewerb wurden innovative Beispiele für eine Engagement unterstützende Infrastruktur in Städten, Kreisen und Gemeinden ermittelt (► Materialband Kapitel 5). Die Preisträger wurden am 3. Oktober in Mainz von Bundesministerin Dr. Bergmann ausgezeichnet: München, Halle, Heidelberg, Aalen und Parchim, sowie der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Wesel.

EUROPÄISCHES VOLONTARIAT ÄLTERER MENSCHEN

Ein europäisches Austauschprogramm für ältere Ehrenamtliche soll neue Erfahrungen und Anregungen für die eigene Arbeit erbringen und den Transfer von Wissen über erprobte Praktiken im eigenen Land ermöglichen (► Materialband Kapitel 3). Bis Mitte 2002 wird der Einsatz von 150 älteren Volontärinnen und Volontären in acht Ländern der Europäischen Union – Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Luxemburg, Österreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich – vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet. Der mehrwöchige Einsatz der ausländischen Volontärinnen und Volontäre in Deutschland und den anderen beteiligten Ländern begann im September 2001. Auf der Grundlage der gewonnenen Ergebnisse in allen acht Ländern wird dann zu prüfen sein, ob der Ansatz eines europäischen Austauschprogramms für ältere Freiwillige für eine längerfristige Etablierung geeignet ist.

Das Modellprojekt zur Förderung des freiwilligen Engagements Jugendlicher baut auf der Vernetzung von Schulen, nachbarschaftlichem Umfeld, lokalen Trägern sowie den Verwaltungen auf, um lokale Ideen und Kreativität mit der Bereitschaft zu freiwilligem Engagement zu verbinden und eine neue Kultur bürgerschaftlicher Verantwortung und Partizipation junger Menschen zu schaffen. Das Projekt knüpft dabei an die Arbeit von Schülerclubs an.

NETZWERKE UND SOZIALES EHRENAMT IN STRUKTURSCHWACHEN LÄNDLICHEN REGIONEN

Dieser Programmbaustein im Rahmen des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ ist zur Stärkung bestehender und zum Aufbau neuer und innovativer Strukturen in 13 Landkreisen bestimmt, um die Entwicklung, Förderung und den Ausbau bürgerschaftlicher und ehrenamtlicher Netzwerke mit und für benachteiligte Jugendliche zusätzlich zur bestehenden verbandlichen Jugendarbeit in diesen Räumen voranzubringen. Mit den Landkreisen wurden dabei – ausgerichtet auf die jeweiligen Bedürfnisse der Beteiligten vor Ort – Konzeptionen zur ehrenamtlichen Netzwerkbildung entwickelt.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT VON MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN, RECHERCHE UND TAGUNG 2002

Es wurde eine Recherche zu Erhebungen und Praxismodellen zum freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten in Auftrag gegeben. Deren Ergebnisse sollen im Juni 2002 auf einer Tagung zum bürgerschaftlichen und freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten und seiner Bedeutung für die Zivilgesellschaft diskutiert werden.

DSB-KAMPAGNE PRO EHRENAMT

Eine Öffentlichkeitskampagne des DSB dient der Förderung des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements

mit Hilfe von Großflächenplakaten, Stadtfesten und Modellmaßnahmen bei einzelnen Ortsverbänden (► **Materialband Kapitel 4**).

WWW.SENIOREN-INITIATIVEN.DE

Im Auftrag des BMFSFJ hat das Institut für Soziale Infrastruktur (ISIS) in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) in zwei Phasen einen Informations- und Ideenpool für Initiativen älterer Menschen mit dem Titel „www.senioren-initiativen.de“ implementiert. Mit Hilfe dieser Internetseite sollen die guten Ideen und erfolgreichen Arbeitsformen verschiedener ehrenamtlicher Initiativen besser bekannt gemacht und verbreitet werden, so dass Initiativen und interessierte Einzelpersonen in einen Erfahrungsaustausch eintreten können.

ERFAHRUNGSWISSEN FÜR INITIATIVEN

Da eine Förderung des freiwilligen Engagements nur dann eine nachhaltige Wirkung haben kann, wenn die Potentiale älterer Menschen auch nach dem IJF gesellschaftlich eingebunden und damit genutzt werden, implementiert das BMFSFJ ein Multiplikatorenprogramm mit dem Titel „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI). Zielsetzung des Programms ist es, das Erfahrungswissen älterer Menschen in unserer Gesellschaft zu stärken und vermehrt einzusetzen. Hierdurch soll auch die Weitergabe von Wissen zwischen den Generationen gefördert werden. Das Programm ist ein Beitrag zur Neuformulierung der gesellschaftlichen Stellung älterer Menschen und die Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Leistung.

UNTERNEHMEN UND FREIWILLIGES ENGAGEMENT „CORPORATE CITIZENSHIP“

Auf Anregung der AG Wirtschaft des Nationalen Beirats wurden in einer Dokumentation Beispiele gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen zum Beispiel durch Projekteinsätze in sozialen Aufgabenfeldern zusammengetragen, um Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Freiwilligen-sektor bekannt zu machen und zu verbreitern.

4. AUSBLICK

Das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001 wird erst dann ein voller Erfolg, wenn es gelingt, die Fortschritte zugunsten des freiwilligen Engagements nachhaltig zu sichern. Dazu und zur Weiterentwicklung des freiwilligen Engagements sieht das BMFSFJ folgende Aufgaben und Ziele als vorrangig an:

- Kooperationsstrukturen zur Vernetzung der Akteure im Freiwilligensektor auf Bundesebene ebenso wie in Bundesländern und Kommunen zu schaffen,
- das Leitbild engagementfreundlicher Organisationen in möglichst allen gesellschaftlichen Einrichtungen einzuführen und umzusetzen,
- Schulen, Hochschulen und das Bildungswesen stärker als bisher zur Förderung und Anerkennung freiwilligen Engagements zu bewegen,
- die Förderung freiwilligen Engagements durch und in Unternehmen dauerhaft und breiter zu verankern,
- sowie die öffentliche Aufmerksamkeit und Anerkennung für freiwilliges Engagement in den Medien über das IJF hinaus zu erhalten und insbesondere im Fernsehen zu verstärken.

4.1 EIN NETZWERK ZUR FÖRDERUNG BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS IN GRÜNDUNG

Im Sinne des ermöglichenden und aktivierenden Staates will das BMFSFJ einen Rahmen schaffen, in dem die im IJF erreichten Fortschritte in der Anerkennung und Förderung freiwilligen Engagements sowie bei der Vernetzung der Akteure im Freiwilligensektor nachhaltig gesichert werden.

Als ersten Schritt unterstützt das BMFSFJ die Gründung eines bundesweiten Netzwerkes, in dem die wesentlichen Akteure des Freiwilligensektors zusammenarbeiten und die Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements begleiten (► Teil B, Bericht der Geschäftsstelle, Kapitel 7). Im Wesentlichen sollten die Kräfte mitwirken, die im bisherigen Nationalen Beirat zum IJF vertreten waren. Zusätzlich sollen die Bereiche, die bisher nicht mitwirkten, eingebunden werden, dies sind die Familienselbsthilfe mit der „Bundesarbeitsgemeinschaft Mütter- und Familienselbsthilfe e.V.“ und die Menschenrechtsarbeit mit dem „Forum

Menschenrechte“, ein Zusammenschluss von 40 Menschenrechtsorganisationen. Auch in Zukunft sollten zivilgesellschaftliche Akteure und öffentliche Hand, Bund, Länder und Kommunen in einem solchen Netzwerk partnerschaftlich zugunsten des freiwilligen Engagements zusammenwirken.

Die Internetadresse „www.freiwillig.de“, die als Austausch- und Informationsbörse für freiwilliges Engagement zur Zeit von BMFSFJ und BPA fortgeführt und herausgegeben wird, sollte mittelfristig von diesem Netzwerk verantwortet werden. Die Aufgaben, Ziele und der Aufbau des Netzwerkes sind in den Beschlüssen des Nationalen Beirats zur Nachhaltigkeit IJF vom März 2002 enthalten, die im Wortlaut in diesem Bericht abgedruckt werden (► Teil B, Kapitel 7). ■

BERICHT DER GESCHÄFTSSTELLE IJF

TEIL B

1. ZU DEN AKTIVITÄTEN DES NATIONALEN BEIRATES

Die Vereinten Nationen hatten zur Begleitung der Aktivitäten IJF die Einrichtung eines Nationalen Komitees oder Beirates empfohlen. Diese Empfehlung wurde in Deutschland dazu genutzt, die ver-

schiedenen Vertreter und Institutionen des freiwilligen Engagements erstmals an einen Tisch zu rufen, um nachhaltige Fortschritte zugunsten der Freiwilligenarbeit zu erreichen.

Der Nationale Beirat hat im Rahmen des IJF sechsmal getagt (April, Juni, November 2000 sowie März, September 2001 und März 2002).

Mitglieder des Nationalen Beirates zum IJF waren:

- AKTION GEMEINSINN
- ARD
- BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN ARBEITGEBERVERBÄNDE
- ARBEITSKREIS LERNEN UND HELFEN IN ÜBERSEE
- BUNDESVEREINIGUNG DER KOMMUNALEN SPITZENVERBÄNDE
- ARBEITSKREIS DER BUNDESZENTRALEN TRÄGERVERBÄNDE UND ZENTRALSTELLEN DES FREIWILLIGEN SOZIALEN JAHRES
- DEUTSCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTHILFEGRUPPEN
- DEUTSCHER BEHINDERTENRAT
- DEUTSCHER BUNDESJUGENDRING
- ARBEITS- UND SOZIALMINISTERKONFERENZ DER BUNDESLÄNDER
- DEUTSCHER FEUERWEHR-VERBAND
- DEUTSCHER FRAUENRAT
- AUSLÄNDERBEAUFTRAGTE DES BUNDES
- BERTELSMANN STIFTUNG
- BUNDESANSTALT TECHNISCHES HILFSWERK
- BUNDEARBEITSGEMEINSCHAFT DER SENIORENORGANISATIONEN
- BUNDEARBEITSGEMEINSCHAFT DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE
- BUNDEARBEITSGEMEINSCHAFT DER FREIWILLIGENAGENTUREN
- BUNDESVERBAND DEUTSCHER ZEITUNGSVERLEGER
- DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
- DEUTSCHER KULTURRAT
- DEUTSCHER NATURSCHUTZRING
- DEUTSCHER SPORTBUND
- ENQUETE-KOMMISSION „ZUKUNFT DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS“ DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
- KATHOLISCHES BÜRO DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ
- KIRCHENAMT DER EVANGELISCHEN KIRCHE DEUTSCHLANDS
- STIFTUNG MITARBEIT
- ZDF

Aufgabe des Nationalen Beirates war es insbesondere, die Ziele des IJF über die Verbände, Organisationen und Institutionen in der Gesellschaft umzusetzen. Der Nationale Beirat sollte Empfehlungen für Initiativen geben, damit das Potenzial für freiwilliges Engagement erschlossen werden kann. Zum Abschluss des IJF sollten nachhaltige Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen Engagements in Deutschland vorgeschlagen werden.

1.1 ZIELSETZUNG UND STRUKTUR DER ARBEITSGRUPPEN

Der Nationale Beirat hat in der zweiten Sitzung sieben Arbeitsgruppen eingerichtet zu den Schwerpunkten Öffentlichkeitsarbeit, Staat, lokaler Raum, Arbeit und Wirtschaft, Organisationsorte der Freiwilligenarbeit, Bildung und Ausbildung sowie Internationale Aspekte.

Die Arbeitsgruppen sollten sich mit den institutionellen Strukturen sowie mit den gesellschaftlichen Haltungen und Rahmenbedingungen beschäftigen, die die Chancen für freiwilliges Engagement fördern beziehungsweise behindern. Es sollten Vorschläge erarbeitet werden, wie die Vielfalt der vorhandenen Aktivitäten der Freiwilligenarbeit sichtbar gemacht werden kann und Beispiele für die Erschließung und Vernetzung des Engagement-Potenzials entwickelt werden. Schließlich sollten Veranstaltungen konzipiert sowie Initiativen und Projekte vorgeschlagen werden, die die Freiwilligenarbeit in Deutschland nachhaltig fördern können. Damit sollte auch die Debatte zur Zukunft des freiwilligen Engagements in Deutschland verstärkt werden.

Als Querschnittsthemen legte der Nationale Beirat die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit von freiwilligem Engagement, die Förderung einzelner Zielgruppen, die Berücksichtigung internationaler und interkultureller Aspekte, Modelle und Konzepte sowie die Auseinandersetzung mit dem Geschlechterverhältnis in Tätigkeiten des freiwilligen Engagements fest.

Die Arbeitsgruppen waren durch die Geschäftsstelle IJF in die Öffentlichkeitsarbeit eingebunden (z.B. in die Gestaltung und Aktualisierung des Internet-Auftrittes). Die inhaltliche Struktur wurde aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger entwickelt und in Beziehung zu Handlungsfeldern gesetzt, in denen sich freiwilliges Engagement

vollzieht. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der einzelnen Arbeitsgruppen wurden vorrangig aus dem Nationalen Beirat gewählt. Zudem wurden gezielt Einzelpersonen eingeladen, deren Fachkompetenz benötigt wurde. Jeweils ein Mitarbeiter der Geschäftsstelle IJF begleitete die Arbeitsgruppen und betreute zudem die Tagungen, Kongresse und Veröffentlichungen.

1.2 AUFGABE DER STEUERUNGSGRUPPE

Die Leiterinnen und Leiter der Arbeitsgruppen trafen sich im IJF und in 2002 in regelmäßigen Abständen in einer Steuerungsgruppe. Der Steuerungsgruppe gehörten auch das BMFSFJ an sowie die Geschäftsstelle IJF und zeitweilig ein Vertreter der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ an. Moderiert wurde die Gruppe von Professor Dr. Thomas Rauschenbach (Universität Dortmund).

Ihre Aufgaben waren die Koordinierung der Aktivitäten und der Ergebnisse der Arbeitsgruppen sowie die Vorbereitung der jeweiligen Sitzungen des Nationalen Beirates. Als fortlaufendes Gremium begleitete die Steuerungsgruppe die Vorschläge und Konzeptionen der Arbeitsgruppen zu bundesweiten Veranstaltungen.

Gegen Ende des IJF wurde zusätzlich konzeptionell an Vorschlägen für nachhaltige Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen Engagements in Deutschland gearbeitet. Im September 2001 hatte der Nationale Beirat die Steuerungsgruppe mit der Entwicklung eines Konzept-Entwurfs zur Gründung eines „Bundesweiten Netzwerkes zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“ beauftragt.

Der Konzept-Entwurf wurde im März 2002 dem Nationalen Beirat vorgestellt und entsprechend der Diskussion und Beschlussfassung des Beirates überarbeitet (► Kapitel 6 dieses Berichtes). Die Steuerungsgruppe wurde mit der Vorbereitung einer Gründungsversammlung für ein „Bundesweites Netzwerk zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“ betraut; für die im Juni 2002 in Berlin zur Gründung eingeladen wurde.

1.3 TÄTIGKEITEN DER ARBEITS-GRUPPEN DES NATIONALEN BEIRATES

DIE AG BÜRGERINNEN UND BÜRGER - ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Vorrangige Aufgabe war die Begleitung der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere der Öffentlichkeitskampagne des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zum IJF. In diesem Zusammenhang wurden auch die Konzepte zur Wanderausstellung, zur Website und zum Magazin „Freiwillig!“ beraten.

Die Arbeitsgruppe legte die Ziele der Kampagne wie folgt fest:

- Aufmerksamkeit für das IJF herzustellen und es bekannt zu machen,
- die Bedeutung von freiwilligem Engagement für die Gesellschaft anzuerkennen,
- zum freiwilligen Engagement zu motivieren, das Engagementpotenzial auszuschöpfen,
- die Vielfalt von freiwilligem Engagement öffentlich bewusst zu machen und
- ein modernes, zukunftsträchtiges und attraktives Image von Ehrenamt, Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement zu unterstützen.

Zur Nachhaltigkeit schlug die Arbeitsgruppe vor, über das IJF hinaus den Internet-Auftritt „www.freiwillig.de“ fortzuführen und als Austausch- und Informationsbörse für freiwilliges Engagement zu etablieren. Die Website sollte als Portalfunktion für Freiwilligenorganisationen ausgebaut werden und als inhaltliche Diskussionsplattform zur Verfügung stehen. Des Weiteren sollten zum Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember jeden Jahres die Aktivitäten präsentiert und Material für interessierte Organisationen zur Verfügung gestellt werden. In Ergänzung zur Website sollte regelmäßig ein Print-Medium erscheinen, wie beispielsweise das Magazin „Freiwillig!“. Zudem sollte die Wanderausstellung auch nach dem IJF weiter ausgeliehen werden. Um die genannten Aktivitäten durchführen zu können, hat die AG weiter vorgeschlagen, auf Bundesebene einen „Runden Tisch“ zur Vernetzung von freiwilligem Engagement einzurichten.

Leitung: Dr. Hans-Jürgen Arlt, Bundesverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

DIE AG BÜRGERINNEN UND BÜRGER – STAAT

Die Arbeitsgruppe betrachtete den Staat selbst als Gegenstand bürgerschaftlichen Engagements, denn der „Staat“ beeinflusse über die Handlungsebenen Bund, Länder und Kommunen das freiwillige Engagement unter anderem durch Gesetze, Verordnungen, Förderprogramme und Finanzierungsregelungen. Der „aktivierende Staat“ müsse bestrebt sein, die Bürgerinnen und Bürger anzuregen, in qualifizierter und nachhaltiger Weise Aufgaben im Rahmen einer sich weiter entwickelnden Bürgergesellschaft zu übernehmen. Das Interesse ehrenamtlich Tätiger beschränke sich jedoch nicht nur auf die Weiterentwicklung ihres gesellschaftlichen Umfeldes; sie wollten auch an staatlichen Entscheidungen partizipieren.

Die Arbeitsgruppe ging unter anderem folgenden Fragen nach:

- Wie können die Rollen und Funktionen der Politik und ihrer Institutionen ausgerichtet werden, damit der Raum für bürgerschaftliches Engagement erweitert wird?
- Welche Rahmenbedingungen benötigen Bürgerinnen und Bürger, um an staatlichen Entscheidungen und Aktivitäten mitwirken zu können?
- Welche Chancen zur Partizipation bestehen bereits heute?

Dieser Gruppe fiel es schwer, ein eigenständiges Profil zu entwickeln. Zum einen waren die Aufgabenstellungen nicht hinreichend präzise und zum anderen gab es inhaltliche Überschneidungen mit den thematischen Schwerpunkten und Aktivitäten der Enquete-Kommission. Dieser Sachverhalt trug besonders in der Anfangsphase zur unbefriedigenden Beteiligung der gemeldeten Mitglieder an den Arbeitssitzungen bei. Die zum Jahresende 2001 geplante Veranstaltung „Bürgerinnen und Bürger gestalten Gesellschaft“ konnte aus organisatorischen Gründen nicht durchgeführt werden. Für die Zukunft schlug die Arbeitsgruppe vor, dass Workshops oder Arbeitstreffen organisiert werden, damit „Bürgerbeteiligung“ stärker in die öffentliche Diskussion gebracht und das Thema fachlich weiter entwickelt werden könne.

Leitung: Karl Bronke, Senat für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales der Freien Hansestadt Bremen.

Aufgabe der Arbeitsgruppe war die Beschreibung von unterstützenden Rahmenbedingungen für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement im lokalen Raum. Dabei sollte deutlich werden, dass die bestehenden und zu entwickelnden Modalitäten der Vernetzung, Unterstützung und Vermittlung den gewachsenen Traditionen der Kommunen entsprechen müssten.

Es wurde das Eckpunktepapier „Ehrenamtliches bzw. bürgerschaftliches Engagement im lokalen Raum“ (► **Materialband Kapitel 3**) erstellt, um eine Diskussion über die Bedeutung des lokalen Raums anzustoßen. Dieses wurde an die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ weiter geleitet und in der Website „www.freiwillig.de“ veröffentlicht. Zudem wurde das Symposium „Bürgerschaftliches Engagement im lokalen Raum – Perspektiven für Bund, Länder, Gemeinden“ initiiert, das im April 2001 in Frankfurt stattfand (► **Materialband Kapitel 3**).

Ein Ergebnis des Symposiums war, dass es künftig eine „netzwerkfördernde Politik“ und eine „Repolitisierung“ im lokalen Raum geben müsse: Die Attraktivität einer Kommune steige mit dem Umfang der Freiwilligentätigkeit. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass aktive Koordination und Netzwerkarbeit für die Förderung des freiwilligen Engagements in den Kommunen wichtig seien. Auf den unterschiedlichen Ebenen müsse der Klärungsprozess von „altem“ und „modernem“ Ehrenamt moderiert werden. Dafür sei notwendig, dass die Verwaltungen der Kommunen und Gemeinden die Förderung des freiwilligen Engagements als ihre eigene Aufgabe ansähen. Ressortübergreifendes Denken und Handeln sei dafür unabdingbar, da freiwilliges Engagement sehr vielfältig sei und weit über den sozialen Bereich hinausreiche.

Die Arbeitsgruppe beteiligte sich ferner mit Beispielen freiwilligen Engagements aus den Bundesländern, Kreisen und Kommunen am Fest der Freiwilligen in Berlin, sie gestaltete dort eine Diskussionsrunde zum Thema „Gemeinsam die lokale Ebene für bürgerschaftliches Engagement stärken“. Sie resümierte, dass es darum gehe, das Thema „freiwilliges Engagement“ in den Kommunen zu integrieren. Dies sei ein Prozess, der eine Netzwerkbildung voraussetze, die auf Bundes-

wie auf Landesebene begleitet werden müsse. Die Arbeitsgruppe schlug daher vor, nach 2002 innerhalb der Gründung eines bundesweiten Netzwerkes eine ähnliche Organisationsform wie die der Geschäftsstelle IJF einzurichten.

Leitung: Dr. Konrad Hummel, Sozialministerium
Baden-Württemberg

Die Gruppe befasste sich vorrangig mit den Fragen, welche Bedeutung bürgerschaftliches Engagement für die Erwerbsarbeit hat, wie Unternehmen für eine Förderung bürgerschaftlichen Engagements ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen werden können und wie die Kooperationen zwischen den verschiedenen Beteiligten aussehen könnten.

Es sollten vor allem Wege aufgezeigt werden, die eine Kooperation der unterschiedlichen Interessengruppen aus der Wirtschaft, den Organisationen des Dritten Sektors (Wohlfahrtsverbände, Umweltverbände, Initiativen etc.) sowie den Kommunalverwaltungen erleichtern könnten. Um die Vielfältigkeit der bestehenden Unternehmenspraxis zu beschreiben, wurde die Dokumentation „Praxisbeispiele von unternehmerischem BürgerInnen-Engagement mittels Personaleinsatz bis zu Projekteinsätzen in sozialen Aufgabenfeldern als Teil der Personalentwicklung“ angeregt, die vom BMFSFJ in Auftrag gegeben und veröffentlicht wurde.

Im Oktober 2001 wurde eine Tagung zum unternehmerischen, bürgerschaftlichen Engagement veranstaltet mit dem Titel: „Corporate Citizenship in Deutschland: Zwischenbilanz und Perspektiven“ (► **Materialband Kapitel 3**). Dort sollte der aktuelle Stand zum „Corporate Citizenship“ in Deutschland mit den unterschiedlichen Interessensgruppen bilanziert werden. Zudem sollte der Dialog verstetigt, sowie weiter führende Aktivitäten diskutiert werden.

Die Ergebnisse wurden in der Broschüre „Corporate Citizenship in Deutschland“ festgehalten und vertiefend behandelt. Darin wurden auch die derzeit offenen Fragen und erforderlichen Aktivitäten aufgelistet, die von den Mitwirkenden der Arbeitsgruppe und in vielen anderen Zirkeln gesammelt wurden. Anhand der Zusammenstellung der Zeitungs- und Zeitschriftenartikel zum

Thema kann die Diskussion während des IJF über das Thema „Corporate Citizenship“ verfolgt werden. Mit einer kommentierten Literaturliste und einer Adressenliste von Netzwerken und Agenturen bietet die Broschüre einen Überblick zum Thema und die Möglichkeit, aktuelle Fragestellungen in Kürze nach zu lesen.

Auch diese Arbeitsgruppe empfahl für die Zukunft eine ähnliche Einrichtung fort zu führen wie die der Geschäftsstelle IJF, damit ein Austausch der Akteure über Entwicklungen und Strategien in diesem Feld sicher gestellt werden könne. Als wichtige Maßnahme wurde darüber hinaus auch die Weiterentwicklung der Website „www.freiwillig.de“ zum Thema „Corporate Citizenship“ angesehen. Neben Veranstaltungstipps und Fachmaterialien könne die Site auch Hilfe bei der Suche nach geeigneten Projekten oder Mittlerorganisationen für einzelne Unternehmen bieten. Eine solche Anlauf-, Vermittlungs- und Beratungsstelle erfordere jedoch unbedingt die Beteiligung der Freiwilligen-Agenturen sowie der professionellen Vermittlungsagenturen. Des Weiteren gelte es, Lücken in der quantitativen und qualitativen Forschung zu schließen, um so Impulse für ein verstärktes Engagement in die Unternehmen zu senden.

Leitung: Peter Kromminga, Zentrales Kontakt- und Servicebüro der Bundesinitiative „Unternehmen: Partner der Jugend“ (UPJ).

DIE AG BÜRGERINNEN UND BÜRGER - ORGANISATIONSORTE DER FREIWILLIGENARBEIT

In der AG wurde über die Öffnung, Modernisierung und Vernetzung von Organisationen reflektiert. Zudem wurde untersucht, wie mehr Menschen für das Ehrenamt, die Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement gewonnen werden könnten. Vereine, Verbände, Kirchen seien beispielsweise Organisationen, die Freiwilliges Engagement sinnvoll bündeln, organisieren und sichern könnten. Wesentliche Themen waren die Zusammenarbeit von Hauptamtlichen und Freiwilligen, von nicht-staatlichen und staatlichen Organisationen sowie die Suche nach einer Engagement unterstützenden Organisationsentwicklung. Die AG erstellte ein Positionspapier mit Forderungen zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements, welches an Initiativen, Vereine, Organisationen sowie Bund, Ländern und Gemeinden gerichtet war. Dieses

Positionspapier wurde ebenfalls der Enquete-Kommission zur Verfügung gestellt und auf der Website „www.freiwillig.de“ veröffentlicht.

Im August 2001 fand in Bad Boll die von der Arbeitsgruppe organisierte Tagung „Beteiligung von freiwillig Engagierten in Organisationen - Herausforderung an ein partnerschaftliches Miteinander“ (▶ **Materialband Kapitel 3**) statt. Dort wurde vorrangig danach gefragt, wie Organisationen und Verbände die Ehrenamts- und Anerkennungskultur verbessern könnten. Wichtig sei, die Mitwirkungsmöglichkeiten der freiwillig Engagierten in den Organisationen zu verbessern und die Zusammenarbeit von bezahlten und nicht-bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern. Die Weiterführung der Arbeit nach dem IJF wurde in gleicher Weise gefordert wie auch von den anderen Arbeitsgruppen.

Leitung: Manfred Spangenberg, Deutscher Sportbund.

DIE AG BÜRGERINNEN UND BÜRGER - BILDUNG / AUSBILDUNG

Diese Gruppe beschäftigte sich mit der Förderung des freiwilligen Engagements Jugendlicher. Auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschungsergebnisse (Infratest-Burke, Shell-Jugendstudie u.a.) und der Einschätzung gesellschaftlicher Möglichkeiten und künftiger Notwendigkeiten wurden unterschiedliche Aktivitäten entwickelt.

Die Arbeitsgruppe wies darauf hin, dass das Engagement Jugendlicher stärker in der Öffentlichkeit bekannt, gewürdigt und anerkannt werden müsse. Wie beispielsweise durch den Heinz-Westphal-Preis, der jährlich vom Bundesjugendring und dem BMFSFJ vergeben wird. In der Jugendarbeit, aber auch in der Schule, habe freiwilliges Engagement einen noch zu geringen Stellenwert. Durch eine Vorlage im Schulausschuss der Kultusministerkonferenz (KMK) wurde diese Auffassung auf der Verwaltungsebene implementiert. Zudem konnte erreicht werden, dass im Jahr 2001 das jährlich stattfindende Fest beim Bundespräsidenten unter das Motto des freiwilligen Engagements gestellt wurde. Ferner wurde ein Konzept für ein Gespräch zwischen Jugendlichen und Politikern auf kommunaler Ebene entwickelt. Die Arbeitsgruppe empfahl die Aufrüstung des Internet-Auftritts des Bundesjugendringes um den Teilbereich „Förderung des freiwilligen Engagements“, damit

Jugendverbände und das freiwillige Engagement von Jugendlichen im Sinne der Zielsetzungen des IJF stärker vernetzt werden können.

Bei der Fachtagung „Freiwilliges, ehrenamtliches Engagement – ein Bildungsfaktor?“ wurde im Oktober 2001 in Hannover (► **Materialband Kapitel 3**) die Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeiten für die Sozialisation und Bildung junger Menschen betont. Es müssten in der Schule und Jugendarbeit verstärkt Möglichkeiten des freiwilligen Engagements geschaffen werden. In schulischen Curricula und pädagogischen Berufsausbildungen müsse die Förderung von freiwilligem Engagement gezielte Berücksichtigung finden, da Bildungsprozesse zugleich auch Selbstbildungsprozesse darstellten, die abhängig von Eigenmotivation, Selbsttätigkeit und Engagement seien. Dieser Gedanke wird in einer Veröffentlichung der Geschäftsstelle IJF zur Tagung weiter entwickelt (► **Band 4, Freiwilliges Engagement – ein Bildungsfaktor**).

Resümierend wurde angemerkt, dass die unterschiedlichen Arbeitsweisen von Schule und Kultusministerien auf der einen Seite und Jugend- und Jugendverbandsarbeit auf der anderen Seite die Arbeit der Arbeitsgruppe beeinflusst haben. Die AG machte deutlich, dass die Jugendarbeit wieder verstärkt an Fach- und Hochschulen zur Geltung kommen müsse – auch dies mit dem Ziel, freiwilliges Engagement zu fördern. Zudem sei es erforderlich auch Jugendlichen, die sich nicht in Vereinen und Verbänden engagieren, Handlungsfelder aufzuzeigen.

Leitung: Frieder Bechberger-Derscheid, Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz.

DIE AG BÜRGERINNEN UND BÜRGER – INTERNATIONALE ASPEKTE DER FREIWILLIGEN- ARBEIT

Die Arbeitsgruppe sollte internationale Aspekte in die nationale Diskussion zum bürgerschaftlichen Engagement einbringen und das IJF kritisch begleiten. Ein Blick über die Grenzen zu anderen Ländern könne zur Reflektion der eigenen Praxis, Konzepte und Strukturen anregen.

Um die weit gefächerten Arbeitsbereiche abzudecken, wurden drei Arbeitsschwerpunkte gebildet:

1. Soziales Engagement im Ausland / Internationale Freiwilligen- und Gemeinschaftsdienste, Entwicklungsdienste.
2. Modelle von freiwilligem Engagement in anderen Ländern und Anregungen sowie Möglichkeiten der Übertragung auf die deutsche Praxis.
3. Internationale Aspekte der Freiwilligenarbeit in Deutschland: Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten und ihren (Selbsthilfe-) Organisationen.

Auf Anregung der Arbeitsgruppe wurde die Website „www.freiwillig.de“ um den Aspekt „Internationale Freiwilligenarbeit“ erweitert. Ferner wurde eine Stellungnahme zur Novellierung des „Freiwilligen Sozialen Jahres“ an den Nationalen Beirat, das BMFSFJ und die Enquete-Kommission herangezogen. Zudem wurde vorgeschlagen, Vertreterinnen und Vertreter von MigrantInnen-Organisationen in den Nationalen Beirat zu berufen und ihr freiwilliges Engagement innerhalb eines Workshops zu behandeln. Das BMFSFJ hat eine Recherche zum Thema vergeben und für 2002 ist eine Veranstaltung zu dieser Thematik geplant.

Die dritte Tagung des Nationalen Beirates in Leipzig im Juni 2001 mit dem Titel „Modelle von freiwilligem Engagement älterer Menschen aus anderen Ländern“ (► **Materialband Kapitel 3**) wurde von dieser AG durchgeführt. Großes Interesse fand die Pilotphase des Europäischen Volontariats älterer Menschen (► **Materialband Kapitel 3**), die ausführlich vorgestellt wurde. Die Vertreterinnen und Vertreter der zentral- und osteuropäischen Länder betonten, welche sozialen Vorteile ehrenamtliches Engagement von Seniorinnen und Senioren für beide Seiten habe: Für die Helfer, die ihre Ressourcen einbrachten und für die Hilfebedürftigen, die Unterstützung erhielten. Die Tagung knüpfte an das „Internationale Jahr der Seniorinnen und Senioren“ an. Die Beiträge sollen in die Überarbeitung des Weltaltensplans einfließen.

Die Arbeitsgruppe empfahl, künftig verstärkt auf internationale Entwicklungen einzugehen und diese öffentlich zu machen sowie Ansätze des sozialen Engagements im Ausland stärker zu fördern. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung (ältere Migrantinnen und Migranten sind die am stärksten wachsende Gruppe innerhalb Deutschlands!) und um die Integration der Migrantinnen und Migranten zu fördern,

gelte es, das ehrenamtliche Engagement dieser Gruppe zu unterstützen und einzubinden.

Leitung: Heidi Thiemann, Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee.

1.4 RESÜMEE ZUR ARBEIT DES NATIONALEN BEIRATES

Der Nationale Beirat hat das IJF engagiert begleitet und die Entscheidungsträger und die Geschäftsstelle beraten. Die Arbeitsgruppen haben mit ihren Positionspapieren, Anregungen und Veranstaltungen wesentlich zum Gelingen des IJF beigetragen. Im Rahmen der Sitzungen wurden Gesetzesinitiativen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements diskutiert und Anregungen für die weitere Bearbeitung gegeben. Die Ergebnisse aus der Arbeit der Enquete-Kommission wurden erörtert und unterstützt.

Beratend wirkte der Nationale Beirat bei der Auftakt- und Abschlussveranstaltung, sowie den Fachtagungen des BMFSFJ mit. Er unterstützte die Öffentlichkeitsarbeit und begleitete kritisch die Medienkampagne. Grundlage dafür bildeten die Statusberichte der Agentur Ahrens und Behrent.

Von zentraler Bedeutung war die Diskussion über die Nachhaltigkeit der Ziele des IJF, die insbesondere durch die Arbeit der Steuerungsgruppe konzeptionell vorangebracht wurde. Ein wesentliches Ergebnis war die Entscheidung zur Gründung eines bundesweites Netzwerkes zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. In der letzten Sitzung im März 2002 hatte der Nationale Beirat die Konzeption beschlossen und die Steuerungsgruppe beauftragt, mit der Geschäftsstelle IJF die Gründung im Juni 2002 in Berlin vorzubereiten. Der Nationale Beirat hat somit für die Weiterentwicklung der fachlichen und politischen Diskussion zum bürgerschaftlichen Engagement wesentlich beigetragen.

2. AKTIVITÄTEN DER ORGANISATIONEN DES FREIWILLIGEN ENGAGEMENTS

2.1 AKTIVITÄTEN IN EHRENAMT, SELBSTHILFE UND BÜRGERSCHAFTLICHEM ENGAGEMENT

Die Aktivitäten zum IJF waren breit gefächert und weisen deutlich über den zeitlichen Rahmen des Aktionsjahres hinaus.

Im lokalen Raum nutzten viele Vereine und Initiativen das IJF, um ihre Aktivitäten vorzustellen. Vom „Naturschutztag“ über ein „Frühlingsfest“ bis hin zum „Tag der Helfer“ – Vereine und Initiativen stellten im Jahr 2001 ihre Veranstaltungen unter das Motto „freiwilliges Engagement“. Mit Tagen der offenen Tür, Freiwilligenfesten, Aktionswochen oder Ausstellungen, Infoständen und Plakataktionen warben Vereine für Ehrenamt und Freiwilligentätigkeit und zeigten die Vielfalt von Ehrenamt, Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement auf.

Organisationen des freiwilligen Engagements warben in Fortbildungen, Qualifizierungsangeboten und Sommerakademien für freiwilliges Engagement. Es wurden Handbücher, Leitfäden und Studien zu unterschiedlichen Aktionsfeldern heraus gegeben. Mitteilungsblätter informierten innerhalb der Organisationen über Aktivitäten, und Verbandszeitschriften gaben Themenhefte zum Ehrenamt heraus. Vielerorts wurden Auszeichnungen, Plaketten und Ehrungen an Freiwillige verliehen, die die Vielfalt des freiwilligen Engagements sichtbar machten.

Vielfalt gab es auch bei den Kampagnen (► **Materialband Kapitel 4**). Große Verbände hatten häufig ihre eigenen Slogans und Logos. Verbindendes Element war das internationale Logo des IJF. Vor allem kleinere Organisationen übernahmen das deutsche Logo für ihre Veranstaltungen. Hundertfach wurden das Logo und das Aktionspaket von der Geschäftsstelle IJF an Vereine, Initiativen und Verbände versandt.

Diskutiert wurde in Bezug auf Ehrenamt, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement auch, dass die Menschen heute ein anderes Verhältnis zu freiwilligem Engagement haben als vor 30 oder gar 100 Jahren.

Professor Dr. Thomas Rauschenbach spricht in diesem Zusammenhang von einem Werte- und Strukturwandel (► **Materialband Einführung**). Ehren-

amtliche Arbeit sei seit dem letzten Jahrhundert eng mit der Vereins- und Verbände-Entwicklung verknüpft. Dem gegenüber grenzten sich in den 80er Jahren Selbsthilfegruppen als organisationsfern und expertenskeptisch ab. In der jüngeren Debatte wird die Wiederbelebung der zivilgesellschaftlichen Idee als bürgerschaftliches Engagement verstanden.

Bürgerschaftliches Engagement wurde im IJF verstärkt unter dem Gesichtspunkten von Bürgerbeteiligung, Mitwirkung und Partizipation diskutiert. Die Bürgergesellschaft stand dabei für eine Gesellschaft, die durch mehr demokratische Teilhabe und Eigenverantwortung für das Gemeinwesen geprägt ist.

Allgemein war in den meisten Veranstaltungen Konsens, dass eine polarisierende Diskussion über „neues“ und „altes“ Ehrenamt für die Debatte zur Zukunft des freiwilligen Engagements in Deutschland nicht dienlich sei. Innovationen und Impulse im IJF gingen sowohl vom sogenannten „traditionellen Ehrenamt“ als auch von den neuen Formen des Engagements aus.

Traditionell geschieht freiwilliges Engagement in Deutschland zu einem großen Teil in und durch Verbände und Organisationen. Das folgende Kapitel zeigt die Aktivitäten der Organisationen des Nationalen Beirates im IJF auf.

Im IJF zeigte sich, dass in der Öffentlichkeit auf vielen Gebieten weiterhin Informationsbedarf zu den Tätigkeitsfeldern der Verbände und Organisationen besteht. So ist beispielsweise in der Öffentlichkeit kaum bekannt, dass mehr als eine Million Menschen unentgeltlich bei der freiwilligen Feuerwehr aktiv sind – darunter rund 61.000 Frauen. Durchschnittlich alle 28 Sekunden rückt eine der 25.000 Freiwilligen Feuerwehren in Deutschland aus, jährlich absolvieren sie mehr als 1,1 Millionen Einsätze bei Bränden und Verkehrsunfällen, beim Rettungsdienst oder Umwelt- und Katastrophenschutz. Die Feuerwehren sind darüber hinaus erfolgreiche Träger der Jugendarbeit: Mit 251.000 Jungen und Mädchen in 16.600 Gruppen hat sich die Zahl der Mitglieder in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Auch zeigte das IJF, dass in der Öffentlichkeit die Selbsthilfe nicht so sehr mit freiwilligem Engagement in Verbindung gebracht wird. Die Selbsthilfebewegung besteht seit den 70er Jahren und ist seither stetig gewachsen. Selbsthilfe-Kontaktstellen sind die Bindeglieder zwischen der Selbsthil-

fe-Bewegung und dem professionellem Versorgungssystem. Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft der Selbsthilfegruppen schätzt, dass im Jahr 2001 in Deutschland rund 2,5 bis 3 Millionen Menschen in 70.000 bis 100.000 Selbsthilfegruppen und Selbsthilfevereinigungen engagiert waren. Bemerkenswert ist dabei, dass sich die Anzahl der Selbsthilfegruppen in den vergangenen 15 Jahren mehr als verdoppelt hat.

In den vergangenen Jahren sind Mittler wie Selbsthilfe-Kontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligen-Agenturen und Selbsthilfe-Netzwerke hinzugekommen. Sie sehen ihre Hauptaufgabe darin, Bürgerinnen und Bürger mit Interesse an freiwilligem Engagement oder an Selbsthilfe über Tätigkeitsfelder und Organisationsmöglichkeiten zu informieren, zu beraten und in ihrem Engagement zu unterstützen, beispielsweise durch Fort- und Weiterbildung, durch Erfahrungsaustausch sowie durch Öffentlichkeitsarbeit.

Selbsthilfe-Kontaktstellen sind in den 80er Jahren erstmals entstanden und fördern freiwilliges Engagement in den Bereichen Gesundheit und Soziales. Im Bundesgebiet bestehen 252 Selbsthilfe unterstützende Einrichtungen, die inklusive der Außenstellen in 280 Orten Deutschlands ein Angebot für bestehende Gruppen und für Selbsthilfeinteressierte bereit halten.

Seit 1997 gibt es einen Gründungsboom von inzwischen etwa 200 Freiwilligen-Agenturen und vergleichbaren Einrichtungen. Freiwilligen-Agenturen unterstützen vor allem Bürgerinnen und Bürger bei der Aufnahme freiwilliger Tätigkeiten. Ziel der Freiwilligen-Zentren ist es, die Aktivierung und Selbstaktivierung der Menschen auf breiter Basis zu fördern.

Seniorenbüros unterstützen seit Anfang der 90er Jahre ältere Menschen im Anschluss an die Erwerbsphase bei der Aufnahme freiwilliger Tätigkeiten. Zurzeit existieren mehr als 150 Seniorenbüros in Deutschland.

Selbsthilfe-Kontaktstellen, Freiwilligen-Agenturen wie Seniorenbüros leisteten im IJF wichtige Vermittlungs- und Aktivierungsarbeit. Die meist kleinen Institutionen sind häufig sehr engagiert für innovative Initiativen für die Förderung des freiwilligen Engagements im lokalen Raum eingetreten. Beispielhaft werden im Materialband zu diesem Bericht die Initiativen der Seniorenbüros im IJF beschrieben (► Materialband Kapitel 4).

2.2 AKTIVITÄTEN DER ORGANISATIONEN DES NATIONALEN BEIRATES

In diesem Kapitel werden die Aktivitäten der Organisationen des Nationalen Beirates vorgestellt und beschrieben.

Die Initiative „Danke den Ehrenamtlichen im Sport“ wurde zum 50-jährigen Jubiläum des **Deutschen Sportbundes (DSB)** gestartet (► **Materialband Kapitel 4**). Die Initiative betont, dass nur durch die Arbeit der mehr als 2,6 Millionen Ehrenamtlichen der Betrieb in den rund 87.000 Sportvereinen und zahlreichen Verbänden aufrechterhalten werden könne. Mehr als 22.000 Sportvereine erhielten ein „Danke-Paket“ mit Material, das sie in der Pflege und Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit unterstützen sollte. Darüber hinaus enthielt das „Danke-Paket“ Informationen, wie Vereine den Erfahrungsschatz von Seniorinnen und Senioren für die ehrenamtliche Mitarbeit nutzen können. Großplakate und Zeitungsanzeigen mit sechs unterschiedlichen Motiven stellten das ehrenamtliche Engagement heraus.

Im folgenden Jahr legte der DSB in Kooperation mit der Commerzbank den Schwerpunkt der Initiative auf die Führungskräfte in Sportvereinen. In dem Internet-Portal „www.ehrenamt-im-sport.de“ finden Vorstandsmitglieder wichtige Informationen und konkrete Arbeitshilfen, um ihren Verein zukunftsfähig zu gestalten. Diese Zusammenarbeit mit der Commerzbank zum Wohle gesellschaftlicher Entwicklung wird der DSB auch über das Jahr 2002 hinaus fortführen. Anfang 2002 wurde in Frankfurt am Main der Förderpreis „Pro Ehrenamt“ verliehen, der in den Kategorien Politik, Wirtschaft und Medien Initiativen auszeichnet, die insbesondere die Verbesserung der Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement fördern.

Die Förderung des ehrenamtlichen Engagements junger Menschen war im organisierten Sport auf vielen Ebenen ein aktuelles Thema. Der Allgemeine Deutsche Hochschulsportverband setzte sich auf einem Symposium mit „Motivation und Perspektiven studentischen Engagements im Sport“ auseinander. Die Deutsche Sportjugend stellte auf einer weiteren Konferenz Ende September verschiedene Modelle zur Gewinnung und Motivation junger Freiwilligen vor.

Bei den Aktivitäten des **Deutschen Caritas Verbandes (DCV)** ist vor allem die Europäische Freiwilligenuniversität (EFU) hervorzuheben, die 1993 von den Mitgliedsorganisationen der europäischen Freiwilligenvereinigung „Association pour le Volontariat à l'acte gratuit en Europe“ (AVE) gegründet wurde. Das vierte Treffen fand im Juni 2001 in Freiburg statt und wurde gemeinsam vom DCV, dem Caritas Verband der Erzdiözese Freiburg, der Katholischen Fachhochschule und dem Fachbereich Pädagogik und Katechetik der Universität Freiburg organisiert. Es nahmen 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 26 Ländern teil. Dort wurde herausgestellt, dass angesichts der steigenden Komplexität der Freiwilligentätigkeit ein strukturiertes und qualifiziertes Bildungsangebot immer wichtiger werde. International diskutiert wurden auch die Themen: Freiwilliges Engagement von Firmen, von Menschen mit Behinderungen, im lokalen Raum, in Osteuropa sowie Freiwilligendienste. Deutlich wurde, dass qualifizierte Freiwilligentätigkeit stärker mit dem System beruflicher sozialer Dienste kombiniert werden müsse. Dabei wurde eine wissenschaftliche Begleitforschung zur Praxis der Freiwilligentätigkeit gefordert. Mehrsprachige Veröffentlichung: „Freiwil提高tigkeit gestaltet Europa: Kooperation in Theorie und Praxis“ (Freiburg 2001).

Einen Beitrag zur Stabilisierung von Engagement fördernden Einrichtungen leistete der Deutsche Caritas Verband durch die Gründung des „Verbundes Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritas Verband“. Der Schlussbericht zur Modellphase wurde im August 2001 in der Schriftenreihe des BMFSFJ (Bd. 203) publiziert. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass die Zentren neue Engagementfelder in der Gesellschaft erschließen und Freiwillige gewinnen, die sich weit über den Kreis des Caritas Verbandes hinaus in verschiedenen Verbänden und Institutionen engagieren.

Als erste deutsche Organisation ist der Deutsche Caritas Verband mit dem „Verbund Freiwilligen-Zentren“ Mitglied in der „International Association of Volunteer Effort“ (IAVE), dem internationalen Zusammenschluss der Freiwilligenorganisationen. Damit verstärkt der DCV die Kontakte zu Freiwilligen-Zentren in anderen Ländern, bringt die deutsche Freiwilligentätigkeit in den internationalen Diskurs ein und beteiligt sich an internationalen Projekten zur Weiterentwicklung der Freiwilligentätigkeit.

Bei den Veranstaltungen **katholischer Verbände** im IJF gab es je nach Veranstalter unterschiedliche Schwerpunkte.

Es fanden verschiedene Fachforen statt, wie beispielsweise im September 2001 die Fachtagung „Bürgerschaftliches Engagement der Jugend – Katholische Träger als Akteure in der Zivilgesellschaft“ vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend. Im November 2001 begingen die „Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Beratung“ und die „Evangelische Konferenz für Telefonseelsorge und offene Tür“ in Mainz gemeinsam den Tag der Ehrenamtlichen in der Telefonseelsorge.

Im katholischen Bereich war zum IJF eine rege Publikationstätigkeit zu beobachten. Die Publikation „Ehrenamt im Mittelpunkt“ (Caritas Konferenzen), „Freiwillig aktiv!“ (Bund der Deutschen Katholischen Jugend), „Salto rationale Themenheft Ehrenamt“ (Bund der Deutschen Katholischen Jugend im Erzbistum Köln) sind hierfür als Beispiele zu nennen.

Den Akteuren im kirchlichen Bereich gelang es im IJF, dem Ehrenamt in der Praxis und in der öffentlichen Diskussion einen neuen Auftrieb zu geben. Die katholischen Verbände wiesen darauf hin, dass das IJF die Akteure darin bestätigte, dass Träger des freiwilligen Engagements über eine Projektförderung hinaus verlässliche und kontinuierliche Förderung und Unterstützung bedürfen, damit Infrastrukturen erhalten bleiben, die freiwilliges Engagement ermöglichen.

Viele Organisationen nutzten das Medium Internet in zunehmendem Maße. So stellte der **Paritätische Wohlfahrtsverband** (der PARITÄTISCHE) die „Freiwilligencharta“ auf seiner Website zur Diskussion. Selbsthilfeorganisationen und andere Einrichtungen, aber auch einzelne Interessierte waren aufgerufen, sich an der Debatte zu beteiligen und auf die endgültige Gestaltung der Charta Einfluss zu nehmen. Die Charta, die Ende 2001 verabschiedet wurde, enthält eine Liste von zehn Anforderungen, die Organisationen erfüllen sollten, in denen sich Freiwillige engagieren. Dazu gehören unter anderen die Zusammenarbeit von Freiwilligen und Professionellen, die detaillierte Gestaltung der Einsatzfelder, eine verbindliche Klärung der Rahmenbedingungen und Mitwirkung sowie die Fortbildung, der Versicherungsschutz und qualifizierte Nachweise.

Die Landesverbände und viele bundesweite oder

regionale Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN waren im IJF sehr aktiv. Eine Broschüre informierte über die Aktivitäten und die im Verband organisierten Einrichtungen für freiwilliges Engagement: Freiwilligen-Agenturen, Selbsthilfe-Kontaktstellen und Seniorenbüros. Gemeinsam mit der Stiftung Mitarbeit und dem Landesverband NRW hat der PARITÄTISCHE die Publikation „In guter Gesellschaft – Szenarien aus Selbsthilfe und Bürgerengagement“ heraus gegeben, in der Probleme in der Praxis des freiwilligen Engagements thematisiert und Lösungen erörtert werden.

Zusammen mit dem ISAB Institut wurde im Oktober 2001 eine Fachtagung zur Weiterentwicklung der Engagement unterstützenden Infrastruktur in Kommunen durchgeführt. Bei einer gemeinsamen Tagung mit der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen“ wurde die Etablierung nachhaltiger Finanzierungsstrukturen für Freiwilligen-Agenturen, -Börsen und -Zentren thematisiert. Der PARITÄTISCHE forderte im IJF Länder und Kommunen auf, Förderstrategien zu entwickeln, die den Ausbau einer Beratungsinfrastruktur für freiwilliges Engagement ermöglichen und bestehenden Einrichtungen eine sichere finanzielle Grundlage bieten können.

Die **Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)** nahm das IJF zum Anlass, im Juni 2001 in Hannover eine zweitägige Konsultation zum Thema „Ehrenamt“ durchzuführen. Eingeladen waren Vertretungen aller Gliedkirchen der EKD und der kirchlichen Werke und Verbände. Es wurde nach Begriff, Geschichte und den gesellschaftlichen Bedingungen für das Ehrenamt gefragt. Die vorliegenden Leitlinien und Empfehlungen im Raum der EKD wurden analysiert und ein Prozess der Leitbildformulierung für die ganze EKD eingeleitet.

Ein großes Ereignis in den Landeskirchen war das „Fest der Ehrenamtlichen“ der Hannoverschen Landeskirche, bei dem 10.000 Ehrenamtliche im August in Hannover auf dem ehemaligen EXPO-Gelände zusammen kamen. Unter dem Motto „Zur Hoffnung berufen“ wurde gemeinsam gefeiert, gesungen, gebetet, Kontakte geknüpft und nachgedacht. Die Landesbischöfin dankte den Ehrenamtlichen für ihr außerordentliches Engagement.

Das **Diakonische Werk der EKD** und die diakonischen Landesverbände unterstützten ihre Einrichtungen und Dienste bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen des ehrenamtlichen Engagements durch die Kampagne „Handeln Ehrensache!“ (► **Materialband Kapitel 4**). Die Kampagne richtete sich zunächst an den Verband und seine Gliederungen. Ziel war es, die Bedeutung des freiwilligen Engagements hervorzuheben, Tipps für die Veränderung und Weiterentwicklung von Strukturen zu unterbreiten und für einen partnerschaftlichen Umgang mit heutigen und zukünftigen Freiwilligen zu werben. Die zweijährige Kampagnenlaufzeit 2001 und 2002 sollte verdeutlichen, dass es sich um eine langfristige und kontinuierliche Aufgabe handelt. Die Kampagne fand in den Einrichtungen der Diakonie – sowohl bei Haupt- als auch bei Ehrenamtlichen – großes Interesse.

In der zweiten Phase wendete sich die Kampagne an Ehrenamtliche und an jene, die sich für freiwilliges Engagement interessieren. Auf der Website der Kampagne „www.handeln-ehrensache.de“ konnten Informationen abgerufen oder Materialien bestellt werden. Von Mitte November bis Mitte Dezember 2001 fand eine bundesweite Telefonaktion zum Thema Ehrenamt statt. Zudem wurde ein dreistufiges Curriculum für die Qualifizierung von Hauptamtlichen entwickelt, in dem sie für den Umgang mit Freiwilligen geschult werden sollten. In einer Modellphase soll dies nach dem IJF erprobt werden. Die Kampagne endet mit einer Abschlussveranstaltung im Juni 2002 in Magdeburg.

In vielen diakonischen Landesverbänden wurden regionale Veranstaltungen – oft gemeinsam mit den evangelischen Landeskirchen – durchgeführt: Bei Kongressen und Feierveranstaltungen, etwa in Bayern, der Pfalz, der Kirchenprovinz Sachsen oder Westfalen, nahmen jeweils bis zu 1.000 Menschen teil – überwiegend Ehrenamtliche. Viele Jahresfeste, Tage der offenen Tür, Publikationen und die generelle Öffentlichkeitsarbeit in Einrichtungen und Diensten wurden dem Thema freiwilliges Engagement gewidmet. Vor allem aber wurden Dankesfeste und Fortbildungsmaßnahmen für Ehrenamtliche organisiert sowie die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt in Kirchengemeinden, Einrichtungen und diakonischen Diensten thematisiert.

Das Motto „Handeln Ehrensache!“ samt Logo wurde dabei flächendeckend verwendet und trug so zu einer umfangreichen Verbreitung der Kampagne

„Handeln Ehrensache!“ bei. Die Diakonie stellte innerhalb ihrer Kampagne fest, dass der Kernpunkt der Problematik kirchlicher Ehrenämter die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen sei. Das Ehrenamt habe sich im Hinblick auf die kirchliche Motivation verändert, aber es hat vom Umfang her keinesfalls abgenommen. Die offizielle Kirchenstatistik weist fast eine Million ehrenamtlich tätiger Personen in der Kirche und etwa 400.000 in ihrer Diakonie auf. Mit der Aus- und Fortbildung beginnend und fortgesetzt mit der Bereitstellung von Personal und Ressourcen wurde daran gedacht, in Zukunft mehr Raum zu schaffen für die Gewinnung, Anleitung, Begleitung und vor allem Ermutigung der Ehrenamtlichen.

Aus vielen Kirchengemeinden, evangelischen Einrichtungen und Diensten wurde berichtet, dass die Bedeutung und Wichtigkeit des ehrenamtlichen Engagements in seiner besonderen Weise für die tägliche kirchliche und soziale Arbeit neu erfahren und bewusst gemacht wurde und dass die Zusammenarbeit vor Ort mit anderen Verbänden, Selbsthilfegruppen, Vereinen, der Kommune und Engagement unterstützenden Organisationen wie etwa Freiwilligen-Agenturen aufgenommen oder verstärkt wurde.

Die **Arbeiterwohlfahrt (AWO)** hat im IJF ihren Sozialbericht unter den Titel „Ehrenamt im Wandel“ gestellt. Der Bericht gibt Entwicklungsansätze für verbandliche Reformprozesse. Von den Aktivitäten der Arbeiterwohlfahrt ist vor allem die Aktion „1000 x ist was passiert“ (► **Materialband Kapitel 4**) hervorzuheben. Sie hat gezeigt, dass die ehrenamtliche Arbeit in Traditionsverbänden den Kontakt zu modernen Engagementformen nicht verlieren müsse.

Gesucht wurden 1.000 Aktivitäten mit und von Freiwilligen, Bewährtes und Neues, mit der Absicht, sie sowohl im Verband als auch in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Gefragt waren laufende Projekte ebenso wie solche, die erst geplant sind. Es sollten überschaubare Vorhaben mit konkreter Aufgabenbeschreibung sein, in denen auch die gestellten Anforderungen an Freiwillige deutlich werden. Nicht wenige Gliederungen der AWO haben anlässlich dieser Aktion dazu erstmals Überlegungen angestellt.

Weit über 200 Projekte sind eingereicht worden. Fünf beispielhafte Projekte wurden anlässlich

des Parlamentarischen Abends 2001 der Arbeiterwohlfahrt in Berlin mit jeweils einem Smart-Auto ausgezeichnet.

Auch die Europatagung „Sozialer Kitt für Europa“, eine Gemeinschaftsveranstaltung der Arbeiterwohlfahrt, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung, war mit ihrer Thematik als Beitrag zum IJF gedacht. Die Botschaft: Es muss langfristig zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa kommen. Dabei sei bürgerschaftliches Engagement kein Ersatz für sozialstaatliche Sicherungen auf niedrigstem Niveau. Dieser Kitt würde in Europa nichts zusammen halten, geschweige zusammen wachsen lassen. Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa brauche auch den sozialen und zivilen Dialog. Er beinhalte unterschiedliche Formen wie Bürgerinnen und Bürger ihr Zusammenleben gestalten und demokratische Teilhabe organisieren. Diese Unterschiedlichkeit gelte es nicht zu vereinheitlichen, sondern sie bedürfe der Förderung und Unterstützung unter Wahrung der kulturellen Traditionen.

Auf der Suche nach neuen Organisationsformen hat die AWO eigene Erfahrungen mit der Arbeitsweise von Freiwilligen-Agenturen gesammelt. In Bielefeld entwickelte sich daraus eine Freiwilligenakademie, deren Struktur und Arbeitsweise als modellhaft für die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der AWO gilt. Ob verbands-eigene Freiwilligen-Agenturen sinnvoll sind oder einen von Eigeninteressen geprägten Wildwuchs und die Zersplitterung der Engagement-Landschaft fördern, hängt nach Einschätzung der AWO von örtlichen Bedingungen ab. Angesichts begrenzter Mittel müssten immer die Möglichkeiten von Netzwerken mit der Kommune und anderen Organisationen am Ort geprüft werden. Das schließe ebenso Überlegungen zu integrierten Anlaufstellen für Selbsthilfekontakte und Seniorenbüros sowie für Nachbarschafts- und Mütterzentren ein.

Nach Einschätzung der AWO hat das IJF bei vielen noch einmal in Erinnerung gerufen, dass der Sozialstaat unter veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen nicht ohne aktives BürgerInnen-Engagement gelingen kann. Ohne eine am Gemeinwohl orientierte Bereitschaft der Menschen könnten ökonomische und soziale Belange nicht in Balance kommen.

Die Bürgergesellschaft sei jedoch kein Interessen geleitetes Forum für Mittelschicht-Eliten. Es gehe

in Zukunft darum, gerade jene gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen, die auf Grund ihrer Lebenslage nicht aus eigener Kraft ihre Teilhabe organisieren und sichern können. Welche Erfahrungen Freiwillige mit ihrer Engagement-Bereitschaft machen und welches Vertrauen sie dabei in die Gestaltbarkeit des Gemeinwesens gewinnen, sei wichtiger Maßstab für eine bürgerschaftliche Entwicklung.

Während des IJF wurde immer wieder deutlich, dass die Entwicklung des BürgerInnen-Engagements kompetente Unterstützung und Begleitung benötigt. Die **Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa)** wies darauf hin, dass Freiwilligen-Agenturen diese Aufgabe in besonderer Weise erfüllten. Der Erhalt und Ausbau dieser Entwicklungsagenturen des freiwilligen BürgerInnen-Engagements stelle nachhaltig sicher, dass die vielen positiven Impulse im IJF aufgegriffen und fortgeführt würden.

Freiwilligen-Agenturen leisten einen wirkungsvollen Beitrag zur Förderung des freiwilligen Engagements in unserer Gesellschaft. Sie tun dies durch ein breites Spektrum an konkreten Dienstleistungen: Durch adäquate Informationen, professionelle Beratung für die Freiwilligen und die Freiwilligenorganisationen, „passgenaue“ Vermittlung, umfangreiche Formen der Qualifizierung, gezielte Öffentlichkeitsarbeit und politische Lobbyarbeit tragen sie dazu bei, dass alle Beteiligten ihren Beitrag zu einer Bürgergesellschaft leisten können. Im IJF traten Freiwilligen-Agenturen durch unzählige lokale Projekte in Erscheinung und trugen dazu bei, dass im lokalen Raum über neue Modelle des freiwilligen Engagements diskutiert wurde.

Die bagfa setzte sich im IJF für ein Förderprogramm des Bundes zur Sicherung der Basisfinanzierung der Agenturen ein. Im Juni 2001 veranstaltete die bagfa gemeinsam mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband eine Perspektiv-Tagung. Dort wurde eine umfassende, politische Initiative zur finanziellen Absicherung der Infrastruktur-Einrichtungen gefordert. Es gäbe inzwischen ein beachtliches Netz solcher Einrichtungen, doch bei den meisten sei die Existenz aufgrund ungesicherter und unzureichender Projektfinanzierungen bedroht. Die erfolgreich arbeitenden Freiwilligen-Agenturen müssten nachhaltig und langfristig finanziert werden.

Die Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e. V. (DAG SHG) hat das IJF für weiter führende Fach- und Förderdebatten genutzt.

Die Jahresarbeitstagung der DAG SHG im Juni 2001 stand unter dem Motto „Selbsthilfe in der Zivilgesellschaft“. Dort wurde herausgestellt, dass Selbsthilfe ein wesentliches zivilgesellschaftliches Aktionsfeld mit weitreichenden individuellen, sozialen und gesellschaftlichen Wirkungen sei, das sich von anderen Formen bürgerschaftlichen Engagements in Ehrenamt und Freiwilligenarbeit unterscheidet. In der öffentlichen Wahrnehmung werde oft nur der Nutzen für die unmittelbar Betroffenen gesehen und nicht der für die Gesellschaft. Dabei seien in diesem Bereich vielfältige Ansätze einer lebendigen Bürgergesellschaft sichtbar. Zivilgesellschaft lebe vom Engagement der Menschen, und in der Selbsthilfe engagierten sich Menschen weit über ihre persönliche Betroffenheit hinaus. So zeigten Selbsthilfegruppen, dass die Selbstsorge auch Voraussetzung und Grundlage für die praktische Solidarität sei. Von dieser Tagung wurde eine Dokumentation erstellt. Auf örtlicher Ebene stellten viele Selbsthilfekontaktstellen ihre „Selbsthilfegruppen-Tage“ unter das Dach des IJF und machten so ihr Engagement sichtbar. Lokale Publikationen und regionale Zeitschriften nahmen das IJF als Schwerpunktthema auf und nutzten es als Möglichkeit für verstärkte öffentliche Resonanz. Vielfach gelang auf lokaler Ebene im Rahmen gemeinsamer Aktionen und Veranstaltungen der Brückenschlag zwischen der Selbsthilfe und anderen Formen bürgerschaftlichen Engagements.

Auf Bundesebene sahen Vertreterinnen und Vertreter der Selbsthilfe Erfolge des IJF abwartender. So wurde die Umsetzung der Selbsthilfeförderung durch die gesetzlichen Krankenkassen ebenso wie die Uneinheitlichkeit und mangelnde Sicherheit der Förderung durch die öffentliche Hand (Bundesländer und Kommunen) als zu zögerlich gesehen.

Die DAG SHG setzte sich daher im IJF für die Umsetzung einer von Bund, Ländern und Kommunen abgestimmten Förder-Strategie zum freiwilligen Engagement ein sowie für den Ausbau einer stabilen Selbsthilfe-Infrastruktur in Form lokaler oder regionaler Selbsthilfe-Kontaktstellen, deren Förderung zusammen mit den Sozialversicherungen als eine Gemeinschaftsaufgabe zu begreifen sei.

Kritisch angemerkt wurde auch, dass die Selbsthilfe – ungeachtet ihrer klaren Präsenz im Logo des IJF – in der öffentlichen Darstellung und Thematisierung wie etwa in den überregionalen Medien oder bei zentralen Fachkonferenzen oft nur am Rande auftauchte.

Vielfältig waren auch die Aktionen der „**Bundesanstalt Technisches Hilfswerk**“ (THW) im IJF. Das THW würdigte die Leistungen seiner Ehrenamtlichen mit der Adaption der bundesweiten Öffentlichkeitskampagne „Was ich kann, ist unbezahlbar“. Der Aufruf der THW-Leitung zur Mitarbeit und Unterstützung des IJF erreichte rund 70.000 Ehrenamtliche in 665 Ortsverbänden und 850 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das THW hat insbesondere bei der Auftaktveranstaltung zum IJF in Bonn aktiv mitgewirkt, sowohl bei Veranstaltungen und Wettkämpfen als auch bei Ausstellungen. Darüber hinaus wurde bei allen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen des THW – vom Tag der offenen Tür im Ortsverband bis hin zu bundesweiten Wettkämpfen – das IJF herausgestellt. Dafür stellte das THW den Mitgliedern 800 CD-ROMs mit dem Aktionspaket zur IJF-Kampagne, 800 IJF-Poster sowie 800 Kopien des Begleitfilms zur Wanderausstellung „Freiwillig – für mich – für uns – für andere“ zur Verfügung.

Deutschlands älteste überparteiliche Bürgerinitiative, die „**Aktion Gemeinsinn e. V.**“, hat seit ihrer Gründung 1957 Bürgerinnen und Bürger zu aktivem, persönlichem Engagement für „Gemeingeist und Bürgersinn“ ermutigt. So führt der Verein mit Unterstützung der Werbewirtschaft und der Medien jährlich Kampagnen mit Anzeigen, Broschüren und Veranstaltungen durch, um gemeinsames Handeln auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu fördern. Rechtzeitig zu Beginn des IJF stellte die Aktion Gemeinsinn eine vollständig aktualisierte Version ihres „Vademecum des Ehrenamtes“ mit über 700 Adressen ins Netz.

Im März beschäftigte sich ein dreitägiger, internationaler Workshop der Aktion Gemeinsinn mit dem Länder übergreifenden Erfahrungsaustausch zur Infrastruktur und Funktion von freiwilligem Engagement, der im November mit einer Tagung fortgesetzt wurde.

Das Kampagnenthema der Bürgerinitiative lautete im IJF „Durch Veränderungsbereitschaft zu mehr Gemeinsinn“. Alle Gemeinschaften wurden aufge-

rufen, zusammen aktiv für positive Veränderungen in der Gesellschaft zu arbeiten. Im Juli 2001 wurde in Berlin das Diskussionsforum „Corporate Citizenship oder bürgerschaftliches Engagement deutscher Firmen“ mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der deutschen Wirtschaft veranstaltet. Im Mittelpunkt stand: „Was können deutsche Firmen tun, um das gemeinschaftliche Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – aber auch der Bürgerschaft insgesamt – zu fördern und zu stärken“. Hierzu wurde eine Broschüre herausgegeben.

Die Aktion Gemeinsinn empfahl, die Bezeichnung „Bürgergesellschaft“ der Bezeichnung „Zivilgesellschaft“ im deutschsprachigen Raum vorzuziehen.

Die 57 Frauenverbände und Organisationen des **Deutschen Frauenrates** haben im IJF mit vielfältigen Aktivitäten auf die Bedeutung des freiwilligen Engagements von Frauen hingewiesen. In den Mitgliedsverbänden und Organisationen übernehmen zahlreiche Frauen unentgeltlich unterschiedliche Funktionen in den verschiedenen Bereichen des ehrenamtlichen Engagements. Der Frauenrat bündelt die Aktivitäten und insbesondere die politischen Positionen seiner Mitgliedsverbände. Ihre unterschiedlichen Hintergründe und Erfahrungen bieten zudem die Möglichkeiten, auch einander entgegenstehende Meinungen auszutauschen, zu diskutieren und die gemeinsamen Positionen in der politischen Arbeit, in Gesprächen mit Parteien, Fraktionen und Ministerien oder auch mit eigenen Veranstaltungen öffentlich zu machen.

Eine Umfrage bei den Mitgliedsverbänden im Herbst 2001 ergab, dass die Verbände Bildungs- und Qualifikationsmaßnahmen für Frauen in unterschiedlichen Funktionen durchführen und sich selbst als Reflexionsebene für die Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit in der Gesellschaft verstehen. Eine Gemeinsamkeit der Mitgliedsverbände ist, dass die ehrenamtliche Arbeit als qualifizierte und qualifizierende Tätigkeit betrachtet wird, die für eine demokratische Gesellschaft unerlässlich ist.

In Diskussionen zeigte sich immer wieder, dass die verbale Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements weit höher sei als die tatsächliche. Mit der Novellierung des Arbeitsförderungsrechtes (SGB III) sei zwar die Forderung des Frauenrates

erfüllt worden, dass ehrenamtliches Engagement von mehr als 15 Stunden nicht mehr zu einer Benachteiligung durch die Arbeitsverwaltung führt, die bisher davon ausging, dass die Betroffenen dann dem Arbeitsmarkt nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stünden. Eine andere, ebenfalls schon lange erhobene Forderung des Frauenrates, sei hingegen bislang nicht erfüllt worden: Nach wie vor werde aus den Formulierungen des Einkommensteuergesetzes – Stichwort „Übungsleiterpauschale“ – nicht deutlich, dass ehrenamtliche Tätigkeit auch außerhalb des Sportbereiches oder des sozialen Engagements, steuerrechtlich anerkannt werden müsse. Für den Frauenrat als politische Lobby-Organisation sei dabei besonders kritikwürdig, dass das politische Ehrenamt außerhalb der Parteien in der Gesellschaft wenig Anerkennung finde und auch bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen kaum berücksichtigt werde. Dies wurde auch im Rahmen des IJF kritisiert, in denen das politische Ehrenamt in Verbänden und Organisationen und deren Mitwirkung an der Gestaltung der Demokratie kaum zur Sprache gekommen sei.

Der Frauenrat hob im IJF besonders die Tagung „Macht unsichtbare Qualifikation sichtbar“ im September 2001 positiv hervor, auf der das qualitative und quantitative Ausmaß ehrenamtlichen Engagements verdeutlicht wurde. Der „Trägerkreis Ehrenamt“, dem zehn Verbände angehören, hatte das Projekt „Macht unsichtbare Arbeit sichtbar“ gestartet. Frauen und Männer waren eingeladen, den Zeitumfang und die Inhalte ihrer ehrenamtlichen Arbeit zu dokumentieren. Die Ergebnisse dienten dabei sowohl der Öffentlichkeitsarbeit als auch der persönlichen wie verbandlichen Reflexion. Hauptziel der Tagung war, mit Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Trägerinnen und Trägern von Weiterbildungseinrichtungen darüber ins Gespräch zu kommen, wie im Ehrenamt erworbene Qualifikationen beim (Wieder-)Einstieg in die Erwerbsarbeit eine angemessene Anerkennung finden könnten. Gerade für Frauen, die häufig wegen der Erziehungsarbeit oder der Pflege kranker oder älterer Familienangehöriger ihre Erwerbsarbeit unterbrechen, seien entsprechende Neuregelungen von hoher Bedeutung.

Der Deutsche Frauenrat ist der Überzeugung, dass mit dem Abschluss des IJF die Bemühungen für bessere Rahmenbedingungen der ehrenamtlichen Arbeit nicht abgeschlossen sein dürften und dass

dieses Thema mit hoher Priorität auf der politischen Tagesordnung bleiben müsse.

Der **Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee (AKLHÜ)** brachte im IJF die entwicklungspolitische Dimension des freiwilligen Engagements in die öffentliche Diskussion. In Mülheim an der Ruhr wurde im November 2001 in Kooperation mit der „Arbeitsgemeinschaft der Dienste“ (AGdD) und Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Carl-Duisberg Gesellschaft eine Veranstaltung initiiert, bei der die Freiwilligenarbeit in Deutschland und den Entwicklungsländern vorgestellt wurde. Im Vorfeld wurde der Wettbewerb „Initiativen für die Eine Welt – Ehemalige Entwicklungshelferinnen und Helfern in der lokalen AGENDA 21“ ausgeschrieben. Ziel war die Ermittlung und Auszeichnung innovativer Beispiele des Engagements ehemaliger Entwicklungshelferinnen und Helfer im Rahmen der lokalen Agenda 21. Von 23 eingereichten Projektinitiativen wurde drei „best-practice-Beispiele“ mit Preisen von 1.500 Euro ausgezeichnet.

Mit dem Deutschen Roten Kreuz initiierte der Arbeitskreis im IJF zudem den „Gesprächskreis Internationale Freiwilligendienste“ (GIF). Mit dem GIF, der sich drei bis vier mal im Jahr trifft, ist erstmals ein Forum des Austausches zwischen den Trägerorganisationen der nationalen und internationalen Freiwilligendienste entstanden, das auch als Plattform für gemeinsame Lobbyarbeit genutzt werden kann.

Für den Arbeitskreis nahm im IJF die kritische Begleitung der Novellierung des Freiwilligen Sozialen und des Freiwilligen Ökologischen Jahres breiten Raum ein. Gemeinsam mit vielen Trägern der Freiwilligendienste im Ausland kritisierte der Arbeitskreis bei parlamentarischen Anhörungen und in Fachgesprächen, dass die Novellierung keine gesetzliche Absicherung der Arbeit der Internationalen Freiwilligendienste ermögliche und damit das Angebot an Projektplätzen im außereuropäischen Ausland nicht ausgebaut werden könne.

Sowohl die **Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO)** als auch die ihr angeschlossenen 77 Verbände haben durch viele interessante Veranstaltungen, attraktive Projekte und zahlreiche Publikationen auf das ehrenamtli-

che Engagement von Seniorinnen und Senioren in der Gesellschaft aufmerksam gemacht.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft wendete sich in einem Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden der Parteien, die Bundesseniorenministerin sowie den Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ mit der Bitte, ihren Antrag auf Erweiterung der gesetzlichen Unfallversicherung für Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler im sozialen Bereich zu unterstützen. Der Wettbewerb „Solidarität der Generationen“ hat nachahmenswerte Modelle für die freiwillige Zusammenarbeit von Alten und Jungen bekannt gemacht. Auf der SenNova 2001 zeichnete Dr. Norbert Blüm die Preisträger-Projekte aus.

Die BAGSO gab den 144-seitigen „Leitfaden zur Arbeit mit Freiwilligen“ heraus, der innerhalb kürzester Zeit vergriffen war. Eine weitere Publikation war: „Senioren als Mentoren für junge Berufseinsteiger“, in der eine neue Projektsparte im freiwilligen Handlungsfeld „Alt hilft Jung“ vorgestellt wurde. Zudem wurde die zweitägige Fachtagung „Seniorenverbände im Modernisierungsprozess“ organisiert, die sich mit dem Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft und dessen Konsequenzen für die künftige Arbeit mit älteren Menschen befasste. Hierbei ging es vor allem darum, wie sich Seniorenverbände auf diese Veränderungen einstellen und ihre weitere Existenz sichern können.

Auch die Seniorenbüros haben viele Veranstaltungen organisiert. Die bundesweite Aktionswoche „Innovative Initiativen im IJF“ im September 2001 machte durch die verschiedenen Aktivitäten und Aktionen vor Ort auf den hohen Stellenwert des freiwilligen Engagements aufmerksam (► **Materialband Kapitel 4**). Vor dem Hintergrund der guten Erfahrungen mit dem Europäischen Freiwilligendienst für junge Menschen hat die **„Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros“** mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission und den Regierungen von acht europäischen Ländern ein europäisches Austauschprogramm für ältere Freiwillige durchgeführt.

Im Rahmen des Projektes „Europäisches Volontariat älterer Menschen“ waren 140 ältere Volontärinnen und Volontäre für einige Wochen in einem anderen Land der Europäischen Union tätig. Das Austauschprogramm hat einen wichtigen Beitrag zum grenzüberschreitenden Austausch von Fachwissen geleistet und die praktische Arbeit gemein-

nütziger Organisationen um zukunftsweisende Aspekte bereichert sowie die europäische Vernetzung von Nicht-Regierungsorganisationen erleichtert. (► Materialband Kapitel 3)

Der **Deutsche Naturschutzring (DNR)** hat als Hilfestellung für die über fünf Millionen Mitglieder der dem DNR angeschlossenen Natur- und Umweltschutzorganisationen im IJF in zweiter Auflage das Handbuch „Der Naturschutzhelfer“ herausgegeben. Der Naturschutzbund machte in seinen Veröffentlichungen vor allem deutlich, wie eng die Verknüpfung von Ehrenamt und politischer Beteiligung sei. Und so wurde das Ehrenamt als Stärkung der Demokratie und Ausweitung der Beteiligungsrechte der Bevölkerung im IJF präsentiert. Umweltschützer engagierten sich auch im IJF für Korrekturen von Fehlentscheidungen staatlicher und privater Stellen.

Auf große Resonanz stieß der Kongress „Nachhaltige Regionalentwicklung im ländlichen Raum“ im Januar 2002 in Hinterzarten als zentraler Beitrag des DNR und des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg zum IJF. Ein Tagungsbericht hierzu ist beim DNR erhältlich. Erwähnenswert sind ferner die vom DNR und seinen Mitgliedsverbänden NABU und BUND herausgegebene Studie „Zivildienst im Naturschutz“ sowie das Positionspapier „Förderung des ehrenamtlichen Engagements durch Generationen übergreifende Freiwilligendienste“.

Als für die Zukunft von größter Wichtigkeit wird das Projekt „Zukunftspiloten“ betrachtet. Jugendliche werden hier in einem 18-monatigen nebenberuflichen Lehrgang auf zukünftige haupt- oder ehrenamtliche Führungsaufgaben im Natur- und Umweltschutz vorbereitet.

Der DNR plädierte im IJF dafür, dass die steuerfreie Pauschale für Übungsleiter von Sportvereinen auch für vergleichbare Tätigkeiten im Natur- und Umweltschutz gewährt werden müsse. Ihm sei wichtig, dass der Eigenanteil von gemeinnützigen Projekten künftig als geleistete ehrenamtliche Arbeit angerechnet wird. Auch müssten Beteiligungsformen für Bürgerinnen und Bürgern verwirklicht werden, damit sie an Entscheidungen in Umweltangelegenheiten teilhaben könnten.

Die rund 200 Bundesverbände des **Deutschen Kulturrates**, die alle künstlerischen Sparten und Bereiche des kulturellen Lebens abdecken, werden vor-

rangig durch das bürgerschaftliche Engagement ihrer Mitglieder getragen. Die Behandlung dieses Themas hat im Deutschen Kulturrat bereits eine lange Tradition. Schon Anfang der 80er Jahre setzte sich der Spitzenverband der Kulturverbände insbesondere für verbesserte Rahmenbedingungen im Steuerrecht ein, um damit das private Engagement für Kunst und Kultur attraktiver zu machen und zu fördern.

Auch im IJF wurden diese Forderungen konsequent wiederholt und weiter geführt. Es gab eine Reihe von Projekten und Veranstaltungen. In erster Linie setzte sich der Kulturrat auf Bundesebene für die Verbesserungen der Rahmenbedingungen ein.

Im Dezember 2001 bezogen sich die steuerpolitischen Vorschläge auf verbesserte Rahmenbedingungen für Vereine sowie auf steuerliche Erleichterungen für Stiftungen, die Kunstgegenstände als Spende entgegennehmen. Gefordert wird auch, dass den Vorständen von Stiftungen nicht länger Vorsatz unterstellt wird, wenn Spendenquittungen falsch ausgestellt wurden. Infolgedessen dürfe auch der Vorstand nicht unbegrenzt haftbar gemacht werden. Ferner müsse es Beauftragte für Gemeinnützigkeitsfragen bei den Finanzämtern geben.

Seit Beginn der 14. Legislaturperiode hat sich der Deutsche Kulturrat für die Reform des Stiftungssteuer- und des Stiftungszivilrechtes eingesetzt. Da die Reform des Stiftungssteuerrechtes von der Bundesregierung bereits im Jahr 2000 abgeschlossen wurde, konzentrierte sich der Deutsche Kulturrat im IJF auf die Reform des Stiftungszivilrechtes. Erreicht werden soll unter anderem eine deutliche Vereinfachung bei der Neugründung von Stiftungen. In Zukunft soll ein eigens eingerichteter Fachausschuss des Deutschen Kulturrates Fragen des bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich behandeln.

Der **Deutsche Feuerwehrverband (DFV)** hat mit seinen Aktivitäten in Politik und Wirtschaft für das ehrenamtliche Engagement geworben, um die Vernetzung des Ehrenamtes zu intensivieren und um Verbesserungen für seine Mitglieder durchzusetzen. Er tat dies unter dem Gesichtspunkt der Interessenvertretung für die ehrenamtlichen Feuerwehrleute, deren Engagement mit hohem Risiko, nicht planbarer zeitlicher Belastung und großer Verlässlichkeit verbunden ist. Der Präsident und der Vizepräsident des DFV haben Gesprä-

che mit Bundestagsabgeordneten geführt, die Fraktions-Arbeitsgruppen und die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ konstruktiv und kritisch begleitet sowie im Nationalen Beirat mitgewirkt.

Gemeinsam mit anderen Spitzenverbänden gehört der DFV in Berlin dem „Verbändeforum Ehrenamt“ an, das auch im IJF konkrete Empfehlungen für die Politik erarbeitet und in den Gremien vertreten hat.

Die Freiwilligen Feuerwehren haben im IJF eine Reihe von Veranstaltungen unter das Motto Ehrenamt gestellt. Im besonderen Fokus stand die Deutsche Jugendfeuerwehr, die für ihren 17. Deutschen Jugendfeuerwehrtag in Saarlouis Bundesministerin Dr. Christine Bergmann als Schirmherrin und interessierten Gast gewinnen konnte. Bei der Abschlussveranstaltung zum IJF im „Haus der Kulturen der Welt“ in Berlin stellte die Deutsche Jugendfeuerwehr ihre Arbeit beispielhaft als Teil des großen ehrenamtlichen Aufgabenspektrums der Feuerwehren vor.

Als Erfolg seiner Anstrengungen wertet der Deutsche Feuerwehrverband, dass die Bundesregierung Aufwandsentschädigungen für die Tätigkeit in der Feuerwehr zum Teil von Steuern und Sozialabgaben befreit und damit eine Reihe von Feuerwehr-Angehörigen finanziell entlastet hat. Diese Regelung wurde bereits im Jahr 2002 wirksam. Von der Politik erwartet der DFV nicht nur die Anerkennung der besonderen ehrenamtlichen Leistungen in der Gefahrenabwehr, sondern künftig wieder mehr Gehör für das Ehrenamt insgesamt. Das neue, oft kurzfristige und projektbezogene Ehrenamt müsse unter dem Dach der Träger des Ehrenamtes in die vorhandenen, dauerhaft tragfähigen Strukturen eingebunden werden.

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist das Kernanliegen der **Stiftung Mitarbeit**. Sie unterstützt seit vielen Jahren insbesondere kleinere Initiativen und Selbsthilfegruppen mit Beratung, Information, Fachtagungen, Seminaren, Publikationen und Starthilfeszuschüssen sowie mit Vernetzungshilfen und anderen Serviceleistungen.

Die Stiftung hat sich daher auch beim IJF engagiert und vor allem lokale Aktivitäten und Veranstaltungen mit eigenen Beiträgen unterstützt. Dabei wurde auf die Notwendigkeit einer besseren gesellschaftlichen Anerkennung des Ehrenamtes

hingewiesen sowie das Fehlen einer Engagement fördernden Infrastruktur angemahnt.

Zu den zentralen Aktivitäten, die initiiert wurden, gehörten das nach dem Vorbild des Dänischen Zentrums für freiwillige soziale Arbeit entwickelte Projekt „Theater der Freiwilligen“, der Reader „In guter Gesellschaft: Szenarien aus Selbsthilfe und BürgerInnen-Engagement“ (in Kooperation mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband) sowie das „Handbuch Unternehmenskooperation“ (in Kooperation mit der Bundesinitiative Unternehmen: Partner der Jugend).

Im November wurde der neue „Wegweiser Bürgergesellschaft „www.buergergesellschaft.de“ ins Internet gestellt, der in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle „Moderner Staat - Moderne Verwaltung“ des Bundesinnenministeriums konzipiert wurde. Der Wegweiser soll ein nachhaltiges Serviceinstrument werden und bietet Informationen, Praxishilfen und weiter führende Hinweise.

Die prägende Kraft in den Jugendverbänden des **Deutschen Bundesjugendrings** geht von den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus. Über 90 Prozent der Arbeit in Jugendverbänden wird von ihnen geleistet. Somit ist es kein Wunder, dass das Thema Ehrenamtlichkeit ein wichtiges Arbeitsfeld in der Jugendverbandsarbeit darstellt – auch ohne das IJF. Selbstverständlich war auch, in den unterschiedlichen Gremien im IJF intensiv mit zu arbeiten.

Darüber hinaus wurden mit eigenen Veranstaltungen jugendverbandsspezifische Zeichen gesetzt. An dieser Stelle kann nur ein kleiner Ausschnitt der Aktivitäten auf der Bundesebene dokumentiert werden.

Die repräsentative Erhebung des BMFSFJ zum freiwilligen, ehrenamtlichen Engagement in Deutschland ist angesichts des Umfangs und der bisher einmaligen Vorgehensweise zur Erschließung der Thematik im Rahmen einer repräsentativen Erhebung eine wertvolle Grundlage für die aktuelle Diskussion.

Eine besondere Bedeutung für die Jugendarbeit kommt den Ergebnissen des Untersuchungsteils „Jugend und freiwilliges Engagement“ zu. Diese wurden im März 2001 auf dem Fachtag „Wie engagieren sich Jugendliche“ mit der Autorin Sybille Picot (München) vertieft. Die Untersuchung hat in mehrfacher Weise die bisherigen Erfahrungen der Jugendverbände bestätigt. Die

positiven Ergebnisse der Studie für die Jugendarbeit dürften aber nicht dazu führen, dass die Probleme des ehrenamtlichen Engagements in der Jugendverbandsarbeit übersehen werden. Im Anschluss an die Fachtagung wurde eine Stellungnahme zur Studie erarbeitet und veröffentlicht.

Im Januar 1999 wurde die Jugendleiter/in-Card (Juleica) als Nachfolgerin des Jugendgruppenleiterausweises eingeführt. In der Vereinbarung der Obersten Landesjugendbehörden heißt es dazu: „Der Inhaber bzw. die Inhaberin der Card muss eine ausreichende praktische und theoretische Qualifizierung für die Aufgabe als Jugendleiterin bzw. Jugendleiter erhalten und in der Lage sein, verantwortlich Aktivitäten mit Kindern und Jugendlichen zu gestalten und eine Gruppe zu leiten.“ Die Gestaltung der Ausbildungsvoraussetzungen obliegt den Bundesländern. Die Juleica ist deshalb mehr als ein Ausweis, sie ist ein Qualifikationsnachweis für erworbene Kompetenzen.

Bei der Fachtagung: „Ausbildung für's Engagement“ wurde die Bedeutung der Qualifikation für die Arbeit deutlich. Es zeige sich, dass es neben den pädagogischen auch viele rechtliche Anforderungen gäbe. In Arbeitsgruppen wurden verschiedene Qualifizierungskonzepte vorgestellt und vertieft. Deutlich wurde, dass eine breite Grundausbildung für alle Jugendleiterinnen und Jugendleiter wichtig sei, die einen möglichst bundesweiten Standard besitzt.

Im Dezember 2000 wurde der Heinz-Westphal-Preis als gemeinsamer Preis des Deutschen Bundesjugendrings und des BMFSFJ zum ersten Mal verliehen. Die Preisverleihung fand im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung des IJF in Bonn statt (► **Materialband Kapitel 5**). Die Bundesministerin Dr. Christine Bergmann und die Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings, Gaby Hagmans, überreichten die Auszeichnung an die drei Preisträger und an drei Ehrenpreisträger, welche durch die Jury aus über 100 Bewerberinnen und Bewerber ausgewählt wurden.

Der Deutsche Bundesjugendring stellte fest, dass das IJF wichtige Impulse für das ehrenamtliche Engagement geliefert habe. Es bleibe jedoch abzuwarten, ob diese Aktivitäten Eintagsfliegen blieben oder zu einem festen Bestandteil der gesellschaftlichen und politischen Anerkennungskultur würden. Der Deutsche Bundesjugendring wird den Heinz-Westphal-Preis weiterhin ausschreiben und

betreuen, mit seinen Mitgliedsorganisationen Schwerpunkte bei der Qualifizierung von Ehrenamtlichen setzen sowie die Rahmenbedingungen für die Jugendleiter/in-Card weiter verbessern.

Der „Arbeitskreis der bundeszentralen Trägerverbände und Zentralstellen des Freiwilligen sozialen Jahres“ sieht die Freiwilligendienste als Garanten für eine lebendige Demokratie und eine sozialverantwortliche Gesellschaft. Sie seien auch ein Ausdruck sozialen Bewusstseins und bürgerchaftlichen Denkens. Trotzdem hätten die Freiwilligendienste im IJF nur eine interessante Nebenrolle gespielt, da die Aktiven des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) nicht im eigentlichen Sinne ehrenamtlich Engagierte seien.

Die Aufmerksamkeit, die den Freiwilligendiensten im IJF gewidmet wurde, hätte mit der Verabschiedung des neuen FSJ-Gesetzes zu einem positiven Ergebnis geführt. Es sei gelungen, das FSJ-Gesetz so zu reformieren, dass die Definition von Freiwilligendiensten erhalten geblieben sei. Zudem sei mit dem neuen Gesetz eine Grundlage geschaffen worden, die Freiwilligendienste als Lerndienste weiter zu entwickeln. Es sei erreicht worden, das Angebot in moderatem Umfang zu flexibilisieren, dies betreffe die Einsatzgebiete und die Dauer des Engagements. Zu kritisieren sei, dass eine sinnvolle auf Europa übertragbare Variante des FSJ nur sehr begrenzt gelungen sei.

Trotzdem beurteilt der Bundesarbeitskreis, der sich mit der Teilnahme an der Anhörung des zuständigen Bundestagsausschusses, durch Stellungnahmen seiner Mitglieder sowie durch viele politische Kontakte aktiv am Gesetzgebungsverfahren beteiligt hatte, das vorliegende Gesetz positiv. Das IJF habe die entscheidende politische und öffentliche Aufmerksamkeit gebracht, die notwendig war, das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Die Bundesregierung habe zugesagt, sich für eine stärkere Förderung des FSJ einzusetzen. Allerdings reichten die Rahmenbedingungen nicht aus, die Anzahl der Freiwilligen im FSJ und vor allem den Ausbau eines FSJ im Ausland in notwendiger Weise voran zu bringen, so der Bundesarbeitskreis.

Im IJF hat der Bundesarbeitskreis FSJ keine eigenen Veranstaltungen durchgeführt. Die Mitgliederorganisationen führen jedoch regelmäßig Jahrestagungen zum FSJ durch. Die Themen des IJF wurden dabei aufgegriffen. Die Mitglieder

haben an der Fachtagung des BMFSFJ zu den Freiwilligendiensten im Sommer 2001 in Berlin teilgenommen und aktiv in der Steuerungsgruppe zur Vorbereitung dieser Tagung mitgewirkt. Zudem hatten der Bundesarbeitskreis und die einzelnen Mitglieder die Möglichkeit, an einer Anhörung der Enquete-Kommission zu den Freiwilligendiensten mitzuwirken.

Das FSJ sei nach wie vor mit rund 13.000 Freiwilligen jährlich der größte Freiwilligendienst und obwohl die Nachfrage seit einigen Jahren stagniere, gäbe es noch immer mehr Anfragen als Plätze zur Verfügung stünden.

Der **Deutsche Behindertenrat (DBR)** wies im IJF auf die Unentbehrlichkeit des freiwilligen Engagements hin. Seine Mitgliedsverbände profitieren in hohem Maße an ehrenamtlichem und freiwilligem Engagement, das vorwiegend im Bereich der Hilfe zur Selbsthilfe gegenüber behinderten Menschen stattfindet.

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (BAGH)** ist die Dachorganisation von nahezu 100 Selbsthilfe-Organisationen behinderter und chronisch kranker Menschen auf Bundes- und Länderebene und Mitgliedsorganisation des DBR. Gemeinsam mit dem „Trägerkreis Ehrenamt“ haben DBR und BAGH im September 2001 die Studientagung „Macht unsichtbare Qualifikation sichtbar“ durchgeführt, welche die Zusammenhänge zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit in den Mittelpunkt stellte. In Arbeitsgruppen wurde unter anderem thematisiert, dass emotionale Intelligenz, soziale Kompetenzen und Team bewusstes Denken Qualifikationen sind, die ehrenamtlich Engagierte für den Arbeitsmarkt interessant machen. Zur Sprache kam auch, dass ehrenamtliche Arbeit als Brücke zur Erwerbsarbeit dienen kann und welche Bedeutung ehrenamtliche Arbeit mit Blick auf den Arbeitsmarkt und aus sozialpolitischer Sicht hat.

In einer weiteren Arbeitsgruppe zum Thema „Verbesserung der Alltagskompetenz behinderter Menschen“, wurde die Selbsthilfe behinderter und chronisch kranker Menschen als eine besondere Form freiwilligen sozialen Engagements diskutiert. Mit der Interessenvertretung gegenüber Staat und Gesellschaft werde die eigene Kompetenz weiter entwickelt, nach außen getragen, in die Gesellschaft eingebracht und zugleich die

Emanzipation gestärkt. Die Selbstbestimmung der Betroffenen und die Verantwortung für die Gruppe behinderter und chronisch kranker Menschen werde damit gefördert und deren Gleichstellung forciert.

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion wurden die vielfältigen Aspekte der Qualifizierung durch Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und Ehrenamt mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Kirche, Gewerkschaften und Verbänden hervor gehoben. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen, beispielsweise durch Anrechnung der Freiwilligenarbeit in Ausbildung und Erwerbsleben, durch Berücksichtigung in der Rentenversicherung und Angebote von Fortbildungsmaßnahmen wurden diskutiert und sollen in einer weiteren Veranstaltung vertiefend erörtert werden.

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, ebenfalls Mitglied des DBR, hat im IJF die bundesweite Kampagne „Berufsvorbereitendes Soziales Jahr“ (BSJ) gestartet. Aufbauend auf den positiven Erfahrungen mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) setzt sich die Initiative für eine Weiterentwicklung der Freiwilligendienste ein. Auf allen Ebenen wurden neue Konzepte des Engagements junger Freiwilliger diskutiert. Beteiligt haben sich daran auch 130 Standorte der Lebenshilfe. Es wurde ein Rahmenkonzept mit bundeseinheitlichem Profil entwickelt, und die Website „www.bsj-lebenshilfe.de“ gab Informationen zur Kampagne.

Der **Verband für interkulturelle Arbeit (VIA)** hat sich das Ziel gesetzt, die Kooperation mit Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten zu stärken. Deren Partizipationsmöglichkeiten sollen durch Information und Aufklärung gefördert werden. Im IJF startete der Verband das Projekt „Wissensmanagement im Netz – Förderung von Migranten-Selbstorganisation und Multiplikatoren“. Das Projekt soll über das Leben in Deutschland mit den gesetzlichen Bestimmungen und sozialpolitischen Zusammenhängen informieren und Hilfestellung geben (www.via-bundesverband.de).

Die Situation ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger wurde im IJF durch die politische Diskussion um die Zuwanderung in den Blickpunkt gerückt. Behörden, Verbände und Organisationen beteiligten sich an der Diskussion, entwickelten Konzepte und führten Fachtagungen (► **Materialband Kapitel 3**) durch.

Der Bereich der Migration ist geprägt von unterschiedlichen, kulturell bedingten Sichtweisen und Interessenlagen. Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten findet hauptsächlich in der Selbsthilfe, in Vereinen und Selbstorganisationen, Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden und Kommunen sowie Ausländerbeiräten statt. Das BMFSFJ hat im IJF eine Recherche zum freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse werden im Sommer 2002 veröffentlicht.

2.3 ZUSAMMENFASSUNG

ERFOLGE

Als allgemeiner Erfolg wurde gewertet, dass das IJF den Freiwilligen und ihren Organisationen die Gelegenheit gab, ihre vielfältigen Aktivitäten und Aktionsfelder des Ehrenamtes, des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe darzustellen und zu würdigen.

Verbände, Vereine und Initiativen werteten die stärkere öffentliche Präsenz des freiwilligen Engagements als Erfolg. So berichteten die bundesweiten Medien verstärkt über Ehrenamt, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement. Bei „Ehrenamtstagen“, organisiert von den Ländern oder Kommunen, konnten sich vor allem kleinere Initiativen und Organisationen öffentlich präsentieren. Die lokale Presse berichtete meist ausführlich über derartige Events und über engagierte Menschen. Damit wurde freiwilliges Engagement für eine breite Öffentlichkeit sichtbar.

Für die Organisationen des freiwilligen Engagements war der breite gesellschaftliche Diskurs zur Bedeutung des freiwilligen Engagements und seinen Rahmenbedingungen wichtig. Erste Verbesserungen der Rahmenbedingungen des freiwilligen Engagements (vgl. Kapitel 3 im Bericht des BMFSFJ) wurden positiv zur Kenntnis genommen. Auch wurde positiv aufgenommen, dass die Politik diese umgesetzten Verbesserungen nicht als Schlusspunkt bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sieht.

Die Politik gab unterschiedlichen Vorhaben für die Zukunft Priorität. Beispiele hierfür sind: die Vereinfachung von bürokratischen Vorschriften für Organisationen, die Stabilisierung der Fördermittel für gemeinnützige Organisationen, die Rege-

lung des Versicherungsschutzes für ehrenamtlich Engagierte, die Berücksichtigung des bürgerschaftlichen Engagements in Organisationen bei der Vergabe öffentlicher Mittel als geldwerte Leistung, die Förderung der Freiwilligen-Agenturen und der Ausbau der Freiwilligendienste.

Viele Organisationen werten es positiv, dass die notwendigen Organisationsveränderungen in Bezug auf freiwilliges Engagement forciert wurden. Dabei wurden insbesondere immer wieder die Zusammenarbeit zwischen hauptamtlich und ehrenamtlich Tätigen angesprochen und neue Modelle erörtert.

Das IJF trug zudem entscheidend dazu bei, dass Qualifizierung als eine Form der Anerkennung stärker in das Bewusstsein von Organisationen des freiwilligen Engagements gerückt wurde. Viele Veranstaltungen im IJF hatten auch Fortbildungscharakter oder wiesen auf die Wichtigkeit von Qualifizierung hin. Kampagnen würdigten die Tätigkeit von Freiwilligen (► Materialband Kapitel 4).

Die Organisationen berichteten, dass die stärkere Beachtung und Förderung der Anerkennung von Freiwilligen erheblich zur Partizipation und Teilhabe beitrage. Diese Effekte seien sehr hoch einzuschätzen.

Vereine, Verbände und Organisationen machten auch auf die Fortschritte bei der Vernetzung aufmerksam, und es wurden wichtige Schritte zur Verbesserung der lokalen Vernetzung sowie der innerhalb großer Organisationen entwickelt. Ehrenamtliche und engagierte hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben bei diesen Prozessen aber auch von den zahlreichen Praxisempfehlungen profitieren können. Zudem konnte im IJF auch der internationale Erfahrungsaustausch intensiviert werden.

SCHWIERIGKEITEN UND DEFIZITE

Einige Organisationen des freiwilligen Engagements bewerteten die große Anzahl sowie die zeitlichen und thematischen Überschneidungen der Veranstaltungen kritisch. Einige geplante bundesweite Tagungen mussten wegen mangelndem Teilnehmerinteresse ausfallen. Es wurde ferner kritisiert, dass die Diskussion über die Motivation für bürgerschaftliches Engagement im IJF zu stark in den Vordergrund gerückt wurde und zu wenig

Wert auf die Präsentation konkreter Einsatzmöglichkeiten und deren Rahmenbedingungen gelegt wurde. Vertreterinnen und Vertreter der Selbsthilfeorganisationen sahen ihre Tätigkeit nicht ausreichend in der öffentlichen Darstellung des freiwilligen Engagements repräsentiert.

Als Problem erkannten manche Organisationen, dass in Bereichen des traditionellen Ehrenamtes zu wenig Bereitschaft zur kritischen Reflexion bestehe. Bedauert wurde, dass auf der Bundesebene im IJF wenig Fortschritte in der nachhaltigen Absicherung von Vermittlungsstrukturen (Freiwilligen-Agenturen etc.) erreicht werden konnten und dass noch zu wenig Organisationen und Aktionsfelder von Steuervergünstigungen profitieren können.

ZUKÜNFTIGE AKTIVITÄTEN

Projekte und Initiativen der Organisationen des freiwilligen Engagements reichen weit über das IJF hinaus. Auch die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ werden die Organisationen des freiwilligen Engagements über das Jahre 2002 hinaus beschäftigen. Viele hoffen, dass nach dem Bericht der Kommission die gesetzlichen Regelungen auf Bundes- und Landesebene geändert und so innovative Entwicklungen in den eigenen Organisationen eingeleitet werden können. Die Beteiligten der Arbeitsgruppe „Organisationsorte der Freiwilligenarbeit“ haben ein gemeinsames Papier erstellt, in dem Forderungen und notwendige Maßnahmen dargestellt sind (► **Materialband Kapitel 3**).

Innerhalb der Organisationen werden die Themen „Anerkennung und Partizipation“ als wichtig für die Zukunft angesehen. Sie sehen es als ihre Aufgabe an, den Interessen und Gestaltungswünschen engagierter Menschen bei ihrer Arbeit stärker entgegen zu kommen.

Die Vernetzung und Kooperation sollte in den kommenden Jahren auch innerhalb der Verbände oder Dachorganisationen weiter ausgebaut werden. Die Gewinnung und langfristige Bindung von Jugendlichen für die Mitarbeit in Initiativen, Verbänden und Organisationen sind weitere Aufgabenkomplexe der Zukunft. Hier werden sicherlich auch neue Formen der Zusammenarbeit mit Schulen und Ausbildungsstätten eine Rolle spielen. Von einigen Befragten wurde das verstärkte Engagement im Schul- und Jugendbereich zur Förderung der Nachhaltigkeit angemahnt.

Als wichtige Aufgabe bleibt für die Organisationen, ihre Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich zu verbessern oder sie zumindest auf dem erreichten Niveau zu halten. Entstandene Kontakte, insbesondere zur örtlichen Presse, sollten daher unbedingt weiter gepflegt werden. Alle Beteiligten des IJF wiesen darauf hin, dass die Förderung des freiwilligen Engagements auch finanzielle Mittel erfordere, nicht zuletzt für die Qualifizierung der ehrenamtlich Tätigen, aber auch für die Vernetzung. Dieser Umstand müsse beispielsweise bei Entgeltvereinbarungen mit Kostenträgern Berücksichtigung finden.

Eine bessere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Bundes- und Länderressorts wird als weiterhin dringlich angesehen. Die Organisationen fordern, dass Förderstrategien von Bund, Ländern und Kommunen (und bei Selbsthilfe auch Sozialversicherung) besser abgestimmt werden müssten und eine hohe Beteiligung der Organisationen des freiwilligen Engagements erreicht werden sollte. Die Bedenken kleinerer Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements, dass sie nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt werden, sollten unbedingt ernst genommen werden.

Offen bleibt die Frage, wie eine stabile Infrastruktur für Beratung, Vermittlung, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung vor Ort erreicht werden kann. Dieser Frage muss in den kommenden Jahren weiter nach gegangen werden. Da bürgerschaftliches Engagement häufig im lokalen Raum angesiedelt ist, müssen auch dort die entsprechenden Netzwerke aufgebaut und gepflegt werden. Nur vor Ort kann unter Beteiligung von Politik und Verwaltung der notwendige Wandel von Haltungen und Arbeits- und Entscheidungsabläufen stattfinden.

3. AKTIVITÄTEN DER LÄNDER UND KOMMUNEN

Alle Bundesländer haben sich mit eigenen Aktivitäten am IJF beteiligt. Mit großem Interesse und Engagement haben die Länderregierungen und Ministerien das IJF begleitet und nicht nur eigene Veranstaltungen auf den Weg gebracht, sondern darüber hinaus auch die Initiativen in ihren Kommunen und Gemeinden begleitet, gefördert und unterstützt.

3.1 AKTIVITÄTEN DER BUNDESLÄNDER

In **Baden-Württemberg** ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements seit mehr als zehn Jahren wichtiger Bestandteil der Landespolitik, seit sechs Jahren Aufgabe einer interministeriellen Arbeitsgruppe. Die „Geschäftsstelle bürgerschaftliches Engagement“ beim Sozialministerium organisierte und vernetzte auch im IJF die Aktivitäten. Mit der „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements“ und dem Landesnetzwerk konnten Strukturen regionaler Akteure mit klaren Aufgabenprofilen entwickelt werden. Seit wenigen Jahren formieren sich Bürgerschaftsinitiativen in der „Arbeitsgemeinschaft bürgerschaftliches Engagement / Seniorengeniessen e.V.“ (ARBES e.V.).

Das Land startete im IJF die Kampagne „Weil es uns gefällt“ (► **Materialband Kapitel 4**), in der die Zusammenarbeit der Institutionen sowie die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt standen. Gleichzeitig wurde für die Vernetzung im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements geworben. Hierzu wurde neben dem Internet-Auftritt „www.buergerengagement.de“ eine eigene Website „www.ijf.de“ eingerichtet.

Die Landesregierung förderte mit zwei Millionen Mark lokale Anlaufstellen und Mentorenausbildungen für bürgerschaftliches Engagement. Hierzu gibt es ein Städte- und Landkreisnetzwerk. Auch der Gemeindetag bildete im September 2001 ein Gemeindenetzwerk, ebenso die Fachkräfte im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (FALBE).

Die Veranstaltungen in Baden-Württemberg unterstützen die Aktivitäten im IJF, beispielsweise die 3. Sommerakademie in Bad Herrenal mit dem Thema: „Bürgerschaftliches Engagement lebt von der Vielfalt“, das 6. Bürgermeisterseminar in Bad Urach „Freiwilligendienste vor Ort“ oder die Mandatsträgerschulung in Bruchsal mit dem Thema: „Lokale Komitees und Koordinierung im Freiwilligenjahr“. Die Aktivitäten wurden in einem Handbuch veröffentlicht. In mehr als 50 Städten und Kreisen wurden Veranstaltungen und vor allem Würdigungen für freiwillig Engagierte organisiert. Zudem wurde für 2002 ein Jahreskalender Bürgerland erstellt.

Das IJF hat in Baden-Württemberg zu einer neuen Anerkennungskultur und stärkeren lokalen Vernetzung geführt. Die Aktivitäten werden in 2002

fortgeführt. In Ulm beginnt im Juni die „Karawane Bürgerland 2002“, die anlässlich des Landesjubiläums durch 50 Städte führt.

Der **Bayerische Landtag** hat im IJF mit der Einrichtung des „Bürgerkulturpreises“ ein deutliches Signal für die Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements gesetzt. Die Bayerische Staatsregierung hat das Aktionsprogramm „Wir für uns“ (► **Materialband Kapitel 4**) durchgeführt, um deutlich zu machen, dass bürgerschaftliches Engagement Ausdruck aktiver Beteiligung des Einzelnen am Gemeinwesen sowie eines neuen Verständnisses der Bürgerinnen und Bürger ist, sich als gestaltender und verantwortlicher Teil der Gesellschaft zu verstehen.

Mehr als dreißig Veranstaltungen und Aktionen wurden dafür organisiert, um insbesondere kommunale Entscheidungsträger zu motivieren und eigene Aktionen zu initiieren. Es gab Aktionstage zu den Themen Wirtschaft, Jugend und Senioren sowie einen „Tag der Helfer“ in der Fußgängerzone Münchens. Ein zweitägiges wissenschaftliches Symposium „Bürgerschaftliches Engagement – Soziales Kapital fördern und nutzen“ fand im Juli im Münchener SiemensForum statt. Verschiedene Gruppen der Freiwilligen wurden in Staatsempfangen und in der großen Abschlussveranstaltung des Ministerpräsidenten am 5. Dezember geehrt. An den beiden Landeswettbewerben „Nicht allein im Pflegeheim“ und „Jugend engagiert“, letzterer in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Jugendring, beteiligten sich weit über 500 Gruppen und Initiativen; insbesondere die Bereitschaft junger Menschen zum bürgerschaftlichen Engagement wurde nachdrücklich belegt.

Die bayerische Staatsregierung informierte 3.000 kommunale Entscheidungsträger und Multiplikatoren in Verbänden und Initiativen regelmäßig mit einer „Infobox“. Vereine, Verbände, Gruppen und Institutionen konnten ihre Veranstaltungen in den Kalender der Website „www.wir-fuer-uns.bayern.de“ einstellen. Bis zum Abschluss des Aktionsjahres waren dort über 400 Veranstaltungen und Aktionen registriert. Im IJF wurde die breite Thematik des bürgerschaftlichen Engagements als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verdeutlicht, ohne sich auf Teilbereiche, wie das klassische Ehrenamt oder Selbsthilfe zu beschränken. Das ursprüngliche Budget von 2,5 Millio-

nen Mark wurde auf rund 3,5 Millionen Mark aufgestockt.

Zur Auswertung des IJF hat das bayerische Sozialministerium eine Gruppe von Expertinnen und Experten berufen, die eine Evaluation vornahm und am Ende des IJF eine Bilanz zog. Die Kommission stellte erste Empfehlungen für eine nachhaltige Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Bayern im Rahmen einer Fachtagung im Dezember 2001 in Tutzing vor. Die bayerische Staatsregierung hat eine interministerielle Arbeitsgruppe damit beauftragt, auf der Grundlage dieser Empfehlungen konkrete Vorschläge für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen, in denen bürgerschaftliches Engagement stattfindet, zu unterbreiten.

Berlin verfügt über ein vielfältig geknüpftes, über Jahre gewachsenes Netz von engagierten Vereinen, Initiativen und Projekten für unterschiedliche Anliegen und Zielgruppen. Für viele ehrenamtlich Engagierte war das IJF eine Gelegenheit zur Selbstdarstellung, für Öffentlichkeitsarbeit und zur Neuaufnahme und Bekräftigung von Kooperationen. Die Auftaktveranstaltung „Freiwillig aktiv in Berlin – wo unterstützt uns die Politik?“ war als eine Bestandsaufnahme gedacht und sollte zugleich eine Ideensammlung für weitere Veranstaltungen im Jahr 2001 sein.

Auf Initiative des „Treffpunkt Hilfsbereitschaft“ wurden vier Veranstaltungen mit Expertinnen- und Expertenrunden organisiert, die engagierten Akteuren gute Arbeitsebenen boten. Als ein Resultat wird nach dem IJF ein Internetportal als Modellversuch gestartet, außerdem wird die Arbeit an einem Ehrenamtsnachweis fortgeführt.

Bei der Fachtagung „Freiwilligenmanagement als Beruf: Infrastruktur für die Bürgergesellschaft gestalten“ wurden – gemeinsam mit der Akademie für Ehrenamtlichkeit – Qualifizierungsfragen erörtert sowie der weitere Bedarf an solchen Angeboten diskutiert. Im Rahmen der jährlichen Seniorenwoche entstand auf dem Alexanderplatz erstmals die „Meile der Freiwilligen“, wo an mehr als 50 Ständen Vereine und Organisationen ihre Arbeit der Öffentlichkeit vorstellten, auf Angebote aufmerksam machten und um weitere Helferinnen und Helfer warben. Mitte September wurde als eine weitere Initiative der erste Berliner Freiwilligentag durchgeführt, an dem sich 26 Einrichtungen und Vereine beteiligten.

Und damit es nicht bei einmaligen Aktionen zum IJF bleibt, werden sowohl die Ehrenamtsmeile als auch der Berliner Freiwilligentag in diesem Jahr erneut veranstaltet.

Das freiwillige Engagement von Migrantinnen und Migranten soll in Berlin künftig mehr Beachtung finden, denn dieser Bereich bietet viele Ansätze für die Integration. Auch können so andere Lebensbereiche kennen gelernt und Solidarität stiftende Beziehungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen hergestellt werden. Bei der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport wurde im Jahr 2000 ein Beirat eingerichtet, dem das Landesjugendamt, der Landessportbund, die Sportjugend Berlin sowie der Landesjugendring angehören. Er beschäftigt sich mit den Fördermöglichkeiten für das Ehrenamt. Im IJF wurden mehrere Modelle entwickelt und mit finanzieller Unterstützung der Verwaltung realisiert wie beispielsweise eine Plakataktion in Berliner Schulen.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung stellte ferner den Bezirken von Berlin insgesamt eine Million Mark zur Verfügung, die für die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit von Bürgerinnen und Bürgern und zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur eingesetzt werden sollte. Mit diesen Mitteln sollten insbesondere Initiativen gefördert werden, die ihr Engagement mit der Aufwertung der öffentlichen Infrastruktur verbinden, beispielsweise für die Renovierungen von Schulen und Kindertagesstätten oder zur Grünanlagenpflege.

Im Land **Brandenburg** engagieren sich nach Datenlage des Freiwilligen surveys rund 28 Prozent der Bevölkerung freiwillig in den unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Die meisten von ihnen – knapp 25 Prozent – sind im sportlichem Gebiet tätig, 13 Prozent engagieren sich in den Bereichen Schule, Kindergarten oder Freizeit und Geselligkeit. Die Politik ist mit 12 Prozent dabei und bei der Unfallhilfe oder der Freiwilligen Feuerwehr stellen rund 11 Prozent ihre Arbeit unentgeltlich zur Verfügung. Mehr als die Hälfte investiert dafür rund fünf Stunden wöchentlich, ein Drittel sogar noch mehr Zeit. Organisiert wird diese Arbeit überwiegend von Verbänden und Vereinen. Daneben werden viele Aktivitäten von staatlichen und kommunalen Einrichtungen getragen. Vergleichsweise gering sind

die Beteiligungen von Parteien, Gewerkschaften und den Kirchen – dabei wirken offensichtlich alte DDR-Erfahrungen nach.

Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen sind die Rollen auch beim bürgerschaftlichen Engagement „klassisch“ verteilt: Das traditionelle Ehrenamt, mit dem Ehre und Anerkennung verbunden sind, wird meist von Männern bekleidet. Das unauffällige, überwiegend soziale Engagement im unmittelbaren Lebensumfeld wird vor allem von Frauen geleistet. Es sind meist Jugendliche bis 20 Jahre und Menschen über 60 Jahre, die sich ehrenamtlich betätigen. Ihre Motive sind unterschiedlich, dennoch sind bestimmte Muster erkennbar: Die Engagierten wollen Freude haben und Freunde gewinnen, mit sympathischen Menschen zusammentreffen und Anderen helfen. Aber sie wollen ebenso lernen, Erfahrungen sammeln und sich in neuen Feldern ausprobieren. Anerkennung und Würdigung sind für sie ebenso wichtig wie das Gefühl, gebraucht zu werden. Auf diese Weise bauen sie soziale Beziehungen auf und erweitern ihre Sozialkompetenz.

Anfang 2001 hatte die Landesregierung beschlossen, dass sich alle Ressorts an der Durchführung des IJF beteiligen. Dazu wurde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die alle Maßnahmen zum Thema Freiwilligenarbeit, bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe und Ehrenamt bündelte und damit einen Überblick über die Vielfalt der Aktivitäten im Land schuf. Die Ergebnisse finden sich in der Broschüre „Aktiv für uns alle – freiwilliges Engagement im Land Brandenburg“, an der sich alle Ressorts beteiligten und die landesweit verteilt wurde. Die Broschüre zeigt Beispiele für bürgerschaftliches Engagement und enthält eine Vielzahl von Kontaktadressen.

Daneben wurde in vielen Veranstaltungen die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für das Gemeinwohl deutlich. Beispiele dafür sind die Seniorenwoche, der Selbsthilfetag, die Ehrung von Ehrenamtlichen im Bereich Jugend und Sport oder der „Tag des Helfers“ mit der Freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk und dem DRK. Am Tag des Ehrenamtes im Dezember 2001 empfing der brandenburgische Ministerpräsident, Dr. Manfred Stolpe, 200 aktive Bürger, um ihnen für ihr Engagement zu danken. Diese Veranstaltung soll gemeinsam mit dem Landtagspräsidenten auch in der Zukunft einmal im Jahr stattfinden.

In **Bremen** konnte die öffentliche Wahrnehmung des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements im IJF deutlich gesteigert werden. Die Bremer Volkshochschule war daran ebenso beteiligt wie die Fortbildung für das Sozialmanagement „Vom professionellen Umgang mit Freiwilligen“ an der Universität Bremen. Insgesamt wurde eine Vielzahl von Veranstaltungen, Seminaren, Vortragsreihen, Diskussionen und Fortbildungen und – nicht zu vergessen – Festen organisiert.

Bremen verfügt über ein gewachsenes Netz, das über Jahre von engagierten Vereinen, Initiativen und Projekten geknüpft wurde. Viele Bremer Projekte und Initiativen sind beispielhaft für die Selbsthilfe- und Freiwilligenzene in der Bundesrepublik. Dazu gehören, um nur einige zu nennen, die Stadtentwicklungsprojekte mit Bürgerbeteiligung wie „Wohnen in Nachbarschaften“ (WIN) mit eigenem Bürger-Projektbudget, die „Netzwerke Selbsthilfe“, der Migrantinnenrat, das Jugendparlament und nicht zuletzt die Bremer Freiwilligen-Agentur, die als Erste in der Bundesrepublik für eine gesamte Stadt eine Internetdatenbank (www.freiwillig-in-bremen.de) eingerichtet hat. Dort können sich alle Bremer Bürgerinnen und Bürger über die Angebote im Bereich der Freiwilligenarbeit informieren.

Mitte Oktober 2001 lud die Freiwilligen-Agentur erneut zum „Markt der Möglichkeiten“ in die Bremer Rathaushalle ein, den sie im Auftrag des Referates „Bürgerschaftliches Engagement, Freiwilligenarbeit und Sponsoring“ organisiert hatte. Bereits zum dritten Mal stellten sich dort mehr als 70 Initiativen, Projekte und Vereine vor. Sie zeigten die Möglichkeiten des freiwilligen Engagements in Bremen auf und boten alle Informationen rund ums Thema.

Der Vernetzungsgedanke steht bereits seit der erfolgreichen Beteiligung (zweiter Preis gemeinsam mit Leipzig) am Wettbewerb der Bertelsmannstiftung „Civitas – bürgerorientierte Kommune“ im Mittelpunkt der bremischen Aktivitäten. Die Gründung der „Bürgerstiftung Bremen“ im April 2002 ist als ein logischer Schritt auf dem Weg zur Bürgerstadt zu sehen. Die Bürgerstiftung wird ihre konkrete Arbeit nach Beendigung des sogenannten Dialog-Prozesses aufnehmen. Dieser wird nicht ohne die Bürger und Bürgerinnen geplant, sondern mit ihnen. Die Bremerinnen und Bremer werden danach gefragt, was ihnen wichtig ist und wie Bremen noch lebendiger und lebenswerter

gemacht werden könnte. Dabei werden zunächst an drei Sonntagen die nichtorganisierten Bürger und Bürgerinnen, die organisierten Bürger und Bürgerinnen sowie die Politik und Verwaltung getrennt voneinander Ideen entwickeln und sammeln. In der Abschlussveranstaltung „Große Zukunftskonferenz Bürgerstadt Bremen“ werden im Oktober 2002 die Ergebnisse zusammen getragen und daraus die Materialien für die ersten Projekte der Bürgerstiftung erstellt.

Zum Abschluss des IJF wurde ein „Runder Tisch“ zum Thema Freiwilligenarbeit eingerichtet, um die Vernetzung und den Austausch von Informationen weiter voranzubringen.

In der Hansestadt Hamburg war im IJF das Leitbild der Förderstrategie, dass bürgerschaftliches Engagement als Garant für eine lebendige Demokratie und für eine sozial verantwortliche Gesellschaft grundsätzlich zu fördern sei. Durch eine faire und gleichberechtigte Zusammenarbeit von Politik, Verwaltungen, Verbänden, Kirchen, Einrichtungen und Bürgerschaft sollten Lösungen für die Gestaltung von Lebensraum im Gemeinwesen gefunden werden. Zudem sollten den Bürgerinnen und Bürgern mehr Anreize geboten werden, sich an einer gemeinwohlorientierten Zukunftsgestaltung zu beteiligen.

Die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS) hat mit dem Projekt „Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe“ die Möglichkeiten geschaffen, Informations-, Kooperations- und Koordinationsaufgaben wahrzunehmen und ein Netzwerk aufbauen zu können. Im Jahr 2000 hatte sich in Hamburg das AKTIVOLI-Netzwerk für die Förderung des BürgerInnen-Engagements gegründet (► **Materialband Kapitel 6**). Ihm gehören Vertreterinnen und Vertreter aus Organisationen für freiwilliges Engagement, Verbänden, Kirchen, Stiftungen, der öffentlichen Verwaltung sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger an. Im Mittelpunkt der Netzwerkarbeit stehen vier Projekte, die in Kooperation mit öffentlichen und fachlichen Institutionen und unter Nutzung vorhandener Ressourcen bereits umgesetzt sind oder sich in konkreten Planungsphasen befinden:

- eine jährlich stattfindende Freiwilligenbörse der Handelskammer,
- die Vernetzung und Ergänzung lokaler Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstellen (AKTIVOLI-Freiwilligen-Zentren),

- die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten durch den Aufbau einer internetgestützten „virtuellen Freiwilligenagentur“,
- der Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten für Freiwillige unterstützende Fachkräfte und Projekte.

Auf Initiative der BAGS veranstaltete ferner der Landesfrauenrat Hamburg gemeinsam mit der Stadt auf der Verbrauchermesse „DU und DEINE WELT“ im August 2001 die Sonderausstellung „Ehrenamt Hamburg – Verantwortung für Mensch und Gemeinwohl“. Auf einer Fläche von 1000 Quadratmetern konnten sich die Besucherinnen und Besucher einen Überblick über die Vielfalt und Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements verschaffen. Rund 100 Initiativen und Projekte der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche präsentierten ihr Engagement und warben um Mitarbeit.

Die 3. Hamburger Freiwilligenbörse „Hamburg engagiert sich“ fand im Januar 2002 in der Handelskammer statt. Neben der Präsentation von 86 Projekten des bürgerschaftlichen Engagements gab es Workshops zu den Themen „Fundraising“, „Versicherungsschutz“, „Sozial macht Schule“ und „Mitbestimmung, Mitgestaltung“. Nahezu 3000 Besucherinnen und Besucher machten sich auf den Weg zur 3. Freiwilligenbörse, um sich über Ehrenamt und Freiwilligenarbeit zu informieren. An 1700 Besucherinnen und Besucher wurden Fragebögen verteilt. 489 Fragebögen wurden ausgewertet. Auf die Frage: „Haben Sie eine Organisation gefunden, in der Sie mitarbeiten möchten?“ haben 60 Prozent der Befragten mit „ja“ geantwortet.

Seit 1999 fördert die **Hessische Landesregierung** mit der Kampagne „Gemeinsam aktiv – BürgerInnen-Engagement in Hessen“ das bürgerschaftliche Engagement. Ihr Ziel ist eine aktive Bürgergesellschaft und die Förderung innovativer Ansätze zur Stärkung des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements. Gemeinsam mit Ehrenamtsorganisationen, Initiativen und Kommunen wurden neue Impulse für eine aktive Bürgerschaft gegeben. Dazu gehören ein service- und praxisorientiertes Internetangebot ebenso wie Kongresse, Fachtagungen, Fortbildungen und ein Anschub-Finanzierungsprogramm für Freiwilligen-Zentren und kommunale Anlaufstellen. Damit wurde der Blick der Öffentlichkeit

auf die Themen Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement gelenkt.

Ein Kongress in Kassel demonstrierte im IJF die Vielfalt des Engagements in Hessen, regte neue Diskussionen an und führte zur Vernetzung unterschiedlicher Organisationen. Es wurden mehrere Wettbewerbe zur Präsentation vorbildlicher Projekte veranstaltet, es wurde ein Rechtsanspruch auf Sonderurlaub für ehrenamtliche Jugendbetreuer geschaffen und zudem ein Beiblatt für Schulzeugnisse eingeführt, das ehrenamtliches Engagement junger Menschen würdigt und dokumentiert. Bundesweit beispielhaft ist die Übernahme der Lohnkosten für ehrenamtliche Jugendbetreuer durch das Land. Gemeinsam mit den Volks- und Raiffeisenbanken wurde außerdem eine Initiative zur Gründung von Stiftungen auf den Weg gebracht.

Die Einrichtung der LandesEhrenamtsagentur Hessen (► **Materialband Kapitel 6**) als Service-Stelle für Kommunen soll die Engagement fördernde Infrastruktur auf lokaler Ebene ausbauen. Die Unterstützung erfolgt dabei durch Fachberatung vor Ort und Begleitung der jeweiligen Arbeitsprozesse. Darüber hinaus werden Fachtagungen und Fortbildungen initiiert und die Vernetzung von Modellstandorten unterstützt. Die Arbeit der LandesEhrenamtsagentur wurde durch den neu gestalteten Internetauftritt der Ehrenamtskampagne ideal begleitet. Unter „www.gemeinsamaktiv.de“ ist im IJF eine konsequent nutzerorientierte Service-Plattform entstanden, die Informationen aus allen Bereichen ehrenamtlicher Tätigkeit bietet und viele wertvolle Praxistipps bereit hält.

Das Land Hessen will eine „Kultur des Ermöglichens“ schaffen und sicherstellen, dass gute Ideen umgesetzt werden können und nicht – etwa wegen finanzieller Engpässe – scheitern müssen. Deshalb wurde im IJF ein Anschubfinanzierungsprogramm zur Förderung kommunaler Anlaufstellen für ehrenamtlich Engagierte gestartet.

In dem Bemühen, bestehendes Engagement zu unterstützen und weitere Hilfsbereitschaft zu wecken, geht das Land häufig neue Wege. So wird 2002 ein bundesweit einmaliger Rahmenvertrag des Landes Hessen mit einem Versicherungsunternehmen vorbereitet, der die derzeit noch zum Nachteil ehrenamtlich Tätiger bestehenden Lücken in der Haftpflicht- und Unfallversicherung schließen wird.

Zudem soll der olympische Gedanke in das hohe ehrenamtliche Engagement der hessischen Bürgerinnen und Bürger einfließen, um die Bewerbung des Rhein-Main-Gebietes als Austragungsort der Olympischen Spiele 2012 zu unterstützen.

Mecklenburg-Vorpommern fördert das Engagement bislang überwiegend über die Fachministerien, wobei der Jugendbereich und das Rettungswesen hervorzuheben sind. Eine interministerielle Arbeitsgruppe bei der Staatskanzlei leistet Koordinierungstätigkeit und erarbeitet Verbesserungsvorschläge, um möglichst breite Bevölkerungskreise für das freiwillige Engagement zu gewinnen. In der Staatskanzlei ist ein Referat mit der Koordinierung des Themas und der Federführung betraut.

Das Land legt bei der Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements Schwerpunkte auf die Bereiche Weiterbildung, Anerkennung, Information und Netzwerkbildung. Die Gesetze zur Bildungsfreistellung und Kinder- und Jugendförderung regeln verbindlich die Freistellung für Weiterbildungen, die zur Wahrnehmung von Ehrenämtern qualifizieren. Ehrenamtliche Richter, Übungsleiter des Rehabilitations-, Jugend- und Breitensports des DSB, Vorstandsmitglieder in Vereinen, Vormunde, Betreuer und andere Freiwillige des sozialen und kommunalen Bereichs haben nach diesen Gesetzen Anspruch auf fünf Arbeitstage innerhalb eines Kalenderjahres. Bei Inanspruchnahme wird dem Arbeitgeber nach dem Kinder- und Jugendfördergesetz bzw. dem Bildungsfreistellungsgesetz das Entgelt durch Mittel des Landes erstattet.

Kenntnisse, die im Rahmen eines Engagements erlangt wurden, können in einem sogenannten „Qualipass“ festgehalten werden, der zum einen die Erfahrungen des Engagierten gebündelt dokumentiert und der zum anderen eine Beurteilung aus Sicht der Trainer, Betreuer oder des Vorstandes enthält.

Die Landesregierung hat im IJF das Netzwerk „Freiwilliges Engagement e.V.“ beauftragt, Veranstaltungen zu koordinieren und durchzuführen. Das Netzwerk ist ein eigenständiger Verein, der aus einem Förderprogramm der Robert-Bosch-Stiftung zur Engagement-Förderung in den neuen Bundesländern Mitte der 90er Jahre hervorgegangen ist (► **Materialband Kapitel 6**). Es vernetzt und betreut zahlreiche Freiwilligen-

projekte freier Träger. In Kooperation mit mehreren Ministerien und anderen Ehrenamtsorganisationen führte das Netzwerk im IJF Veranstaltungen für Ehrenamtliche durch, so beispielsweise zu den Themen „Ehrenamt und Wirtschaft“ und „Engagement von Jugendlichen“ und Weiterbildungsveranstaltungen zum Thema „Steuern und Ehrenamt“.

Die Staatskanzlei gibt jährlich die Broschüre: „Das Ehrenamt – Zusammen aktiv in Mecklenburg-Vorpommern; Tipps und Adressen“ heraus, die künftig auch ins Internet gestellt werden soll. Ein Themen spezifisches Netzwerk hat sich aus den Präventionsräten gebildet, die auf kommunaler Ebene alle Akteure aus Politik, Verwaltung und Organisationen zusammen bringen, um Aktionen zur Kriminalprävention zu erarbeiten. Diese werden durch den Landesrat für Kriminalprävention betreut, dessen Geschäftsstelle im Bereich des Innenministeriums angesiedelt ist. Künftig sollen besonders die Bereiche Bildung für das Engagement (Landesinstitut für Schule und Ausbildung, Volkshochschulen) und die Sensibilisierung der Kommunen stärker bearbeitet werden.

Die niedersächsische Landesregierung hat im IJF die Offensive „Bürgerschaftliches Engagement für Niedersachsen“ initiiert. Die Schwerpunkte des Aktionsplanes sind: Information, Beratung und Vernetzung, die Förderung „neuer“ Formen bürgerschaftlichen Engagements, Qualifizierung und Weiterbildung sowie die Weiterentwicklung einer Kultur der Anerkennung. Die Koordinierung der Aktivitäten der Landesregierung erfolgt durch das Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, das Justizministerium sowie die Niedersächsische Staatskanzlei.

Die Offensive steht unter dem Motto „Bewährtes und traditionelles Engagement erhalten, neues Engagement verstärkt unterstützen“. Für die Umsetzung umfangreicher Maßnahmen wird vom Landeshaushalt 2002 an rund eine Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt. Zentraler Baustein ist ein Bündnis für Engagement und Ehrenamt. Der einberufene „Niedersachsen-Ring“ ist ein Landesbeirat mit dreißig Mitgliedern, der dem Informationsaustausch dient und die Landesregierung in Fragen der Zielsetzung und Strategie zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements berät.

Von Herbst 2002 an soll ein Internetportal Information und Beratung liefern sowie alle Aspekte des

bürgerschaftlichen Engagements vernetzen. Mit der Veranstaltungsreihe „10 x 100“ kam der Ministerpräsident im IJF mit niedersächsischen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch, wobei der Erfahrungsaustausch im Mittelpunkt stand. Die Veranstaltung richtete sich gezielt an Ehrenamtliche und ist als Dank für den praktizierten Gemeinsinn der Personen gedacht.

Im IJF wurden in Niedersachsen auch Netzwerke geplant. Modellprojekte zur Vernetzung auf kommunaler Ebene im ländlichen Raum, in Kleinstädten und Großstädten sollen die Bedingungen für freiwilliges Engagement überprüfen und evaluieren. Die Projekte finden über einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren in enger Abstimmung mit den Kommunalen Spitzenverbänden statt. Weitere Schwerpunkte der Offensive bestehen in der verstärkten Unterstützung und Auszeichnung des Engagements von Frauen sowie in der Förderung von Projekten, in denen sich junge und ältere Menschen begegnen. Im Rahmen des „Niedersächsischen Generationenvertrages“ richtete das Land das Koordinierungsbüro „Freiwilliges Engagement von Alt und Jung“ ein.

In den Kommunen und auf Landesebene gibt es zahlreiche Würdigungen des freiwilligen Engagements. Mit Landeswettbewerben zur Förderung des Ehrenamtes sowie Informationskampagnen sollen zukünftig die vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements und seine Förderung öffentlich gemacht werden. Die Landesregierung gewährt unter bestimmten Voraussetzungen Anschubfinanzierungen für Bürgerstiftungen, Freiwilligen-Agenturen und vergleichbare Initiativen. So soll auf lokaler Ebene privates Kapital und freiwilliges Engagement mobilisiert werden, damit sich diese Projekte künftig selbst tragen oder sogar Gewinne erwirtschaften können.

Zur Förderung des Engagements der Wirtschaft initiierte die Landesregierung das Projekt „Partner für die Gemeinschaft“, bei dem Unternehmen dafür gewonnen werden sollen, freiwilliges Engagement stärker als bisher bei Stellenbesetzungen und Auswahlverfahren zu berücksichtigen. Die niedersächsische Gemeindeordnung wurde so verändert, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verpflichtend festgeschrieben wurde. Die Aktion „Niedersachsen-Kinderland“ ist jährlicher Wettbewerb für Städte und Gemeinden. Dabei wird Kinderfreundlichkeit in den unterschiedlichen Bereichen des örtlichen Miteinanders vor-

gestellt und als positiver Standortfaktor bekannt gemacht. Zudem haben die Landesregierung und die niedersächsische Lottostiftung den Wettbewerb „Kinder tun was - für Andere!“ organisiert.

Ein bemerkenswertes Beispiel zur Aufwertung des bürgerschaftlichen Engagements hat im IJF das Land Nordrhein-Westfalen geliefert. Gemeinsam mit den Trägerorganisationen des sozialen Engagements sowie den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden des größten deutschen Bundeslandes hat das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit den Landesnachweis NRW „Engagiert im sozialen Ehrenamt“ entwickelt. Freiwillige, die ihre im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen dokumentieren wollen, etwa um sie beruflich zu nutzen, verfügen nun über einen Nachweis, der von Arbeitgebern anerkannt wird. Diese Bescheinigung ist seit Januar 2002 im Internet abrufbar (www.mfjfg.nrw.de / Zentrale Themen / Bürgerschaftliches Engagement / Landesnachweis) und erfreut sich wachsender Nachfrage.

Um die Verbindung von Arbeitsmarkt und Ehrenamt ging es auch bei dem Wettbewerb „Zukunftsbrücke. Neue Wege ins Erwerbsleben“ des Arbeits- und Sozialministeriums. Gesucht wurde nach konkreten Ideen wie Arbeitssuchende mit Hilfe von Freiwilligen wieder ins Erwerbsleben zurück finden könnten. Nach hohem Rücklauf wurden insgesamt zwölf Projekte ausgezeichnet. Die Ergebnisse wurden ausführlich dokumentiert.

Zudem gründete der Innenminister den „Innovationskreis BürgerInnen-Engagement“, zu dem sich im Regierungsbezirk Arnsberg 48 Kommunen zusammenschlossen. Zentrales Thema des Kreises war die Frage, wie günstige Rahmenbedingungen für eine aktive Bürgergesellschaft geschaffen werden können. Ziel war es dabei, Modellprojekte mit Signalwirkung zu unterstützen und „Best-Practice Wege“ zu dokumentieren. Der Innovationskreis initiierte auch den Schülerwettbewerb „SMS Schüler-Mitbürger-Solidarität“, wo Schulen und Schülergruppen gesucht wurden, die auf kreative Weise Verantwortung übernommen haben und sich für ihre Mitmenschen einsetzen.

Das IJF in Nordrhein-Westfalen war geprägt von vielfältigen Veranstaltungen und Aktivitäten und hat wichtige Impulse für die Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements für die kommenden Jahre gegeben. Das Land unterstützte zahlreiche kommunale Initiativen und dankte mit dem

Sommerfest „Engagierte Menschen – Fest der Freiwilligen – Tag der Selbsthilfe“ allen Aktiven für ihr Engagement. Darüber hinaus konnten im Rahmen des Wettbewerbs „NRW: Engagierte Menschen - Ich bin dabei!“ vier herausragende Projekte ehrenamtlicher Arbeit ausgezeichnet werden. Die Kampagne des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit (► **Materialband Kapitel 4**) wird in Kürze auch als Dokumentation erhältlich sein.

Die Stärkung und Förderung von Ehrenamt und Freiwilligen-Engagement sind für den Ministerpräsidenten und die Landesregierung in Rheinland-Pfalz von hoher politischer Bedeutung. Ende 1998 wurden Perspektiven von Ehrenamt und Freiwilligen-Engagement bei der ersten bereichsübergreifenden Fachtagung „Die Zukunft des Ehrenamtes“ diskutiert; die Ergebnisse wurden bei einem Symposium zu den gesellschaftlichen Grundlagen aktueller Erscheinungsformen und Zukunftsperspektiven des modernen Ehrenamts vertieft. Seither ist in Rheinland-Pfalz viel passiert.

„Wir tun was – die Initiative des Landes Rheinland-Pfalz für Ehrenamt und BürgerInnen-Engagement“ will die vielfältigen Formen von ehrenamtlichem und freiwilligem Engagement, die in fast allen gesellschaftlichen Bereichen einen unverzichtbaren Beitrag zur Qualität des demokratischen Zusammenlebens leisten, stärken und unterstützen. In der Initiative arbeiten bereichs- und organisationsübergreifend Verbände, Institutionen, Organisationen sowie die Landesregierung eng zusammen. Koordinierungsaufgaben übernimmt dabei die „Geschäftsstelle Ehrenamt“, die im Ministerium des Innern und Sport eingerichtet wurde. Wichtiges Ziel der Initiative ist es, dazu beizutragen, dass engagierte Menschen in ihrer Stadt oder Gemeinde ein ermutigendes und unterstützendes Klima vorfinden - sowohl in den klassischen als auch in neuen Tätigkeitsfeldern bürgerschaftlichen Engagements. Daneben werden landesweite Aktionen des Ministerpräsidenten, vor allem in den Kontexten von „Corporate Citizenship“ und der Verwirklichung zivilgesellschaftlicher Strukturen, direkt von der Staatskanzlei geplant und betreut.

Die Auftaktveranstaltung des IJF fand im November 2000 im Kurfürstlichen Schloss in Mainz statt. Auf kommunaler Ebene wurden im IJF Ehrenamt und freiwilliges Engagement mit einer

Fülle von Veranstaltungen gewürdigt. Die im lokalen Raum organisierten Projektstage, Präsentationen und Dankeschön-Veranstaltungen wurden in dieser Form oftmals zum ersten Male durchgeführt. Viele der Veranstaltungen wurden von der Landesregierung bezuschusst. Darüber hinaus stellte die Landesregierung Interessenten kostenlos zwei verschiedene Plakate für Werbezwecke zur Verfügung.

Zudem standen weitere Schritte zur Vernetzung, Qualifikation sowie Information und Beratung von Ehrenamtlichen im Vordergrund der Fördermaßnahmen. Die Internetseite „www.wir-tun-was.de“ war auch im IJF ein umfassendes Informations- und Diskussionsforum für freiwilliges Engagement. Der bereits begonnene Auf- und Ausbau eines landesweiten Netzwerkes für Ehrenamt und freiwilliges Engagement auf lokaler Ebene wurde weiter entwickelt. Landesweite Organisations- und Fortbildungsangebote konnten gebündelt werden, um mehr interessierten Ehrenamtlichen den Zugang zu Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen. Es fanden bereichsspezifische und bereichsübergreifende Fachkongresse zu wichtigen und aktuellen Themen des bürgerschaftlichen Engagements statt.

Als erstes Bundesland hat Rheinland-Pfalz 2001 eine landesspezifische Auswertung der repräsentativen, bundesweiten Erhebung (Freiwilligen survey 1999) vorgelegt. Außerdem hat der Landtag ein Gesetz verabschiedet, welches die von Jugendorganisationen gewünschten Verbesserungen für Jugendbetreuer festschreibt.

Ein Highlight zur Würdigung und Anerkennung des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz waren die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit. Auf Initiative von Ministerpräsident Kurt Beck haben sich im Oktober 2001 in Mainz beispielhafte Freiwilligenprojekte aus allen Bundesländern in einem Gemeinschaftszelt „Treffpunkt Freiwilliges Engagement“ (► **Materialband Kapitel 7**) präsentiert und die Besucherinnen und Besucher zum Mitmachen und zur Eigeninitiative ermuntert.

In der Regierungserklärung von 1999 wurde als eines von drei Leitthemen genannt, dass das Saarland eine „offene, solidarische und aktive Bürgergesellschaft“ sein solle. Die vorhandenen Strukturen sollten gestärkt und innovative Formen des BürgerInnen-Engagements gefördert werden. Das

Saarland zeichnet sich durch eine ausgeprägte Vereins- und Verbandskultur aus: 200.000 von rund einer Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern sind in den fast 12.000 Vereinen und Verbänden organisiert. Daneben existiert eine große Zahl freier Initiativen, in denen sich noch einmal fast 100.000 Menschen bürgerschaftlich engagieren. Das Saarland als kleinstes Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland mit 50 Gemeinden und sechs Landkreisen ist ein Beispiel dafür, wie eine Vernetzung bürgerschaftlicher Strukturen schnell und unbürokratisch erfolgen kann, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist. Drei Fallbeispiele sollen dies belegen:

1. Die „Landesarbeitsgemeinschaft Pro Ehrenamt“ besteht seit 1997 und vertritt nicht nur Einzelinteressen von Vereinen und Verbänden, sondern ist eine Plattform aller ehrenamtlich Tätigen im Land. Die Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft wird vom Land und mit Eigenmitteln finanziert. Als erstes Bundesland hat das Saarland flächendeckend in allen Landkreisen Ehrenamtsbörsen etabliert. In den ersten vier Jahren erhalten die Börsen über Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen eine Anschubfinanzierung für vier Jahre. Danach werden die Landkreise die Einrichtungen weiter führen.

Eine von der Arbeitsgemeinschaft 1997 in Auftrag gegebene Studie der Universität des Saarlandes zeigte die Handlungsmaximen auf: Der Gesetzgeber müsse eine über die allgemeine Würdigung hinaus gehende Anerkennung ehrenamtlicher Aktivitäten schaffen. Ehrenamtlich Tätige benötigten eine gezielte Aus- und Fortbildung, es müsse für mehr bürgerschaftliches Engagement geworben werden und es müssten flächendeckende Ehrenamtsbörsen (Freiwilligen-Agenturen) eingerichtet sowie Initiativen für grenzüberschreitende Börsen in der SaarLorLux-Region geschaffen werden.

Das Saarland wird voraussichtlich auch das erste Bundesland sein, das eine grenzüberschreitende Ehrenamtsbörse einrichten wird. Die Vorbereitungen mit dem Departement de la Moselle in Frankreich, dem Landkreis Merzig-Wadern und den beteiligten Partnerorganisationen sind bereits angelaufen. Mit der Einrichtung der Börse ist noch 2002 zu rechnen.

2. Der Runde Tisch des Ehrenamtes wird vom Ministerpräsidenten einberufen und führt die interministerielle Arbeitsgruppe, die Landkreise und Kommunen sowie die in der LAG Pro Ehrenamt vertretenen Organisationen zusammen. Die Aufgabe des Runden Tisches besteht darin, Initiativen auf den Weg zu bringen und die verschiedenen Probleme zu lösen. Auf Initiative des Runden Tisches konnte unter anderem ein Testat für ehrenamtliche Tätigkeiten (entweder als Beiblatt zum Zeugnis oder als Bestandteil der Bewerbungsunterlagen) verwirklicht werden. Es entstand ein Förderpreis „Pro Ehrenamt“ für vorbildliche und innovative Vereine und Initiativen und es konnten bürokratische Hemmnisse in der täglichen Arbeit der ehrenamtlich Tätigen beseitigt werden.
3. Das Projekt „Saarland21“ (► **Materialband Kapitel 6**) ist das zentrale Kommunikationsprojekt der Landesregierung in 2001 und 2002. Ziel ist es, die Saarländerinnen und Saarländer für mehr bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen. Umgekehrt ist eine partizipatorische Komponente enthalten, womit die Politik neue Dialog-Formen mit den Bürgern fördern will.

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie (SMS) hat das IJF genutzt, um neue Akzente für das freiwillige Engagement in Sachsen zu setzen. Seit Sommer 2001 gewährt der Freistaat Bürgerinnen und Bürgern, die im sozialen Bereich ehrenamtlich tätig sind, eine monatliche Pauschale in Höhe von 50 DM (2002 = 25 Euro). Die Anträge zur Gewährung der Aufwandsentschädigung sind an die Landkreise oder die kreisfreien Städte zu richten.

Die „Aktion 55“ belegt ebenfalls den hohen Stellenwert, den ehrenamtliche Tätigkeit für die Sächsische Staatsregierung hat. An der Aktion nehmen Menschen teil, die frühzeitig aus dem Berufsleben ausgeschieden sind und ehrenamtlich im sozialen Bereich, bei der Verkehrs- oder Umwelterziehung, der Umweltbeobachtung, der Landschaftspflege oder als Tutor tätig sind. Seit 1993 waren in jedem Jahr zwischen 9.000 und 20.000 Personen im Alter von 55 und 60 Jahren dabei. Für sie wurde ab 2001 eine monatliche Aufwandsentschädigung von 150 DM (2002 = 77 Euro) pro Teilnehmerin und Teilnehmer bereit gestellt.

Im Auftrag des SMS erstellte das Institut für Entwicklungs-, Persönlichkeitspsychologie und Psychodiagnostik zwei Gutachten zu den ehrenamtlichen Aktivitäten im mittleren Erwachsenenalter beziehungsweise in der älteren Generation als gesellschaftliche Ressource und deren Beziehung zu den gesundheitlichen Voraussetzungen und dem Wohlbefinden der Untersuchten. Über die Besonderheiten ehrenamtlichen Engagements in der älteren Generation – größeres Zeitbudget, Wegfall eigener Erziehungspflichten, große Lebens- und Berufserfahrung – wurde nach einer Pressekonferenz des SMS ausführlich in den Medien berichtet.

Auch bei einer Reihe von Veranstaltungen zum Thema Ehrenamt und Freiwilligenarbeit wirkte das Land mit. Für die Tagung „Soziale Unternehmer – Engagierte berichten von ihren Projekten“ konnten Unternehmen dafür gewonnen werden, über ihr soziales Engagement zu berichten. Deutlich wurde, dass diese Unternehmer Mitverantwortung für das soziale Ganze übernehmen und damit den scheinbaren Widerspruch zwischen Unternehmertum und Gemeinwohl-Orientierung auflösen, in dem sie ihre Fertigkeiten für gemeinnützige Zwecke einsetzen.

Die Veranstaltung „Bürgergesellschaft ist international – Begegnung und Annäherung“ mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Vertretern von Kommunalverwaltungen, der Landesvertretung und ehrenamtlich Tätigen bot Anlass zu einem Gedankenaustausch und der Entwicklung von Unterstützungsmodellen für die soziale Integration von Migrantinnen und Migranten.

Bereits im Jahr 1995 hat die Sächsische Staatsregierung die „Annen-Medaille – Soziales Sachsen“ gestiftet. Damit werden jährlich bis zu 20 Bürgerinnen und Bürger durch den Sozialminister ausgezeichnet, die sich in besonderer Weise um das Gemeinwohl verdient gemacht haben. Seit 1995 haben insgesamt 125 Bürgerinnen und Bürger diese Auszeichnung erhalten. Vorschlagsberechtigt sind alle in Sachsen tätigen Organisationen und Stellen, die kommunalen Gebietskörperschaften und die Kirchen.

Eine Reihe weiterer Veranstaltungen, die zum Teil regelmäßig in jedem Jahr stattfinden, wie beispielsweise die Sächsischen Seniorentage, der Sächsische Hospiztag sowie Ehrungen im Landtag, hatten im IJF ebenfalls die Schwer-

punkte Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgergesellschaft.

Zur Vorbereitung und Koordinierung des IJF in Sachsen-Anhalt hatte die Ministerin für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales, Dr. Gerlinde Kuppe, ein Kuratorium einberufen. Auf dessen Anregung wurde im IJF zunächst die Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis beauftragt, die Website „www.plattformehrenamt.de“ einzurichten.

Verbände, Vereine, Initiativen und Gruppen erhielten dort die Möglichkeit, ihre Aktivitäten, Fortbildungsangebote sowie einen „Steckbrief“ mit der Darstellung ihrer Ziele und Aktivitäten einzustellen. Die Internet-Plattform stand allen Bereichen der Freiwilligenarbeit offen und enthielt darüber hinaus Tipps für die Freiwilligenarbeit. Interessierte konnten sich über Veranstaltungen und Aufgabenspektren informieren und entsprechende Kontakte aufnehmen. Die Website wird im Anschluss an das IJF bestehen bleiben und zu einer Portalseite für das Freiwilligen-Engagement in Sachsen-Anhalt weiter entwickelt werden.

Unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten fand im September eine Landesveranstaltung im Landtag statt, an der Ehrenamtliche, Landtagsabgeordnete und Vertreterinnen und Vertreter der Regierung teilnahmen. Im Vordergrund stand dabei das Gespräch zwischen Ehrenamtlichen und Vertretern der Politik. In sechs Foren wurden die folgenden Themen diskutiert:

1. Der Weg zu einer aktiven Bürgergesellschaft - Was kann Politik tun? Bürgerschaftliches Engagement im lokalen Raum.
2. Engagement braucht Unterstützung - notwendige Rahmenbedingungen - Engagement braucht Anerkennung.
3. Zwischen Tradition und Innovation - Vom alten zum neuen Ehrenamt.
4. Jung bis Alt im Ehrenamt - generationsübergreifendes Engagement.
5. Ehrenamt steckt an?! Wie werden wir mehr?
6. Vorbild Ehrenamt - beispielhaftes Engagement in Schule, Familie und Gesellschaft.

Die Arbeitsergebnisse der Foren wurden der Landesregierung übergeben. Sie sind unter der Adresse „www.ms.sachsen-anhalt.de“ im Internet einzusehen.

Bereits im Vorfeld des IJF hatte Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner als besondere Wertschätzung eine Ehrennadel für herausragende ehrenamtliche Tätigkeit gestiftet, die im Jahr 2001 an 51 Perso-

nen verliehen wurde. Durch die Verleihung der Ehrennadel soll zudem deutlich werden, dass freiwilliges Engagement kein reines Privatvergnügen ist, sondern eine wichtige Bedeutung für die Gesellschaft innehat.

Viel Zuspruch erhielten auch die Ehrenamtsbörsen des DPWV und die Freiwilligen-Agentur Halle, die den Zugang für freiwilliges Engagement erleichtern sollen. Sie sollen weiter entwickelt werden, so dass mittelfristig alle Einrichtungen über mindestens eine Vollzeitkraft verfügen können, die in der Aufbauphase zu 100 Prozent durch das Land finanziert wird. Bereits Anfang 2002 konnte deshalb eine weitere Freiwilligen-Agentur im Harz gegründet werden.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung sieht die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements als einen Schwerpunkt ihrer Politik. Insbesondere vor dem Hintergrund der Debatte um die Modernisierung des Sozialstaates seien die Rollen und Aufgaben von Staat, Verwaltung und Gesellschaft im Sinne eines aktivierenden Staates neu zu definieren. Zur Verwirklichung einer Bürgergesellschaft müsse es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden, freiwillig und selbstbestimmt an der Diskussion öffentlicher Belange teilzuhaben und sich einzubringen.

Um dem bürgerschaftlichen Engagement neue Impulse zu geben, ist im November 2001 im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz die „Landesinitiative Bürgergesellschaft“ (► **Materialband Kapitel 6**) angesiedelt worden. In einem ersten Schritt sollen Netzwerke für Engagierte geknüpft oder bestehende Netzwerke in eine engagementfreundliche Infrastruktur eingebunden werden. Zum Aufbau von Partnerschaften auf lokaler Ebene hat die „Landesinitiative Bürgergesellschaft“ im Frühjahr 2002 die Reise „Schleswig-Holstein in Bewegung“ gestartet. Dabei werden Kommunen, Gemeinden und Initiativen im Lande besucht, die ihre Ideen und Projekte zum bürgerschaftlichen Engagement einbringen wollen.

Gemeinsam mit den Dachverbänden des Ehrenamtes initiierte die Landesregierung eine Internetplattform zum freiwilligen Engagement. Unter der Adresse „www.wir.schleswig-holstein.de“ steht seit Dezember 2001 eine Informations- und Serviceplattform für Vereine, Verbände und freiwillig Engagierte zur Verfügung. Eine „Mach-mit-Börse“

soll Interessierte und Anbieter vernetzen.

Viele regionale und fachspezifische Veranstaltungen sind im IJF unter das gemeinsame Motto „Ich mach mich stark! Für uns in Schleswig-Holstein“ gestellt worden. Diese Aktion wurde von der Ministerpräsidentin Heide Simonis gemeinsam mit Vereinen und Verbänden des Landes im Dezember 2000 ins Leben gerufen. Mit ihren Partnern wollte die Landesregierung das freiwillige Engagement ins öffentliche Interesse rücken und vor allem bei jungen Menschen für ehrenamtliche Arbeit werben. Zum Abschluss des IJF wurden erstmals sechs Auszeichnungen an engagierte Jugendliche vergeben. Um auch langfristig die Bereitschaft zum Engagement zu steigern, werden in Zukunft einmal jährlich Initiativen, Gruppen oder Projekte engagierter Jugendlicher mit dem „STARK-Preis“ gewürdigt.

Die Landesregierung fördert eine sozialpsychologische Studie zu „Integration und Respekt“, die untersuchen soll, wie freiwilliges Engagement zur Integration von Ausländern und anderen gesellschaftlichen Minderheiten beitragen kann. Dabei wird vom freiwilligen Engagement in Initiativen eine wichtige Mittlerfunktion erwartet.

Als Anregung und Information zu anderen Formen freiwilligen Engagements hat die Landesregierung ein Stiftungshandbuch herausgegeben. Es zeigt Kurzportraits aller Stiftungen im Land und gibt Hinweise wie eine Stiftung gegründet werden kann.

Um die Öffentlichkeitsarbeit von Vereinen und Verbänden zu verbessern, fördert das Land Seminare, in denen Vereine, Verbände und Initiativen im Land an Öffentlichkeitsarbeit heran geführt werden. Mit Fördermitteln des Landes ist außerdem das Pilotprojekt „Schwungfeder“ zur Gewinnung freiwillig ehrenamtlich tätiger Menschen gestartet worden. Es richtet sich an Langzeitarbeitslose, Früh-/Rentner, Pensionäre und Menschen am Ende der Familienphase mit dem Ziel der Standortbestimmung und Entwicklung von Eigeninitiativen.

Die Thüringer Landesregierung hat im IJF eine interministerielle Arbeitsgruppe gegründet, die unter Federführung des Sozialministeriums akzentuiert Maßnahmen und Projekte in allen Bereichen des ehrenamtlichen Engagements im Freistaat entwickeln und fördern soll.

Im Vorfeld trat bereits eine Richtlinie zur Förderung

der gemeinnützigen, ehrenamtlichen Tätigkeit von arbeitslosen Personen über 50 Jahren (Aktion Ehrenamt-50-Plus) in Kraft. Damit soll die Eingliederung von älteren Arbeitslosen in die Gesellschaft unterstützt werden, die sich im Gemeinwesen engagieren. Im Juni 2001 ist eine weitere Richtlinie zur Anerkennung und Würdigung des Ehrenamtes verabschiedet worden, die sich an Vereine, Verbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts als Zuwendungsempfänger richtet.

Die Thüringer Landesregierung hat sich – nicht nur für das IJF – zum Ziel gesetzt, noch mehr Menschen für das Ehrenamt zu begeistern und die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement in Thüringen zu verbessern. Eine wichtige Rolle spielen hierbei der Erfahrungsaustausch sowie der konstruktive Dialog zwischen ehrenamtlich Tätigen und Entscheidungsträgern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Die neue Veranstaltungsform der „Landesehrenamtskonferenzen“ leistet dabei einen wichtigen, Impuls gebenden Beitrag. Bisher haben drei Landesehrenamtskonferenzen stattgefunden. Die erste stand im August 2001 in Weimar unter dem Motto „Innovation und Ehrenamt“. Am Tag des Ehrenamtes im Dezember 2001 wurde die zweite Landesehrenamtskonferenz in Bad Blankenburg zum Thema „Steuern, Versicherung, Aufwandsentschädigung – Sponsoring für das Ehrenamt“ durchgeführt.

Anlässlich der dritten Landesehrenamtskonferenz „Können, Kennen, Anerkennen“ in Nordhausen im März 2002 haben Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel und Sozialminister Dr. Frank-Michael Pietzsch erstmals die „Förderpreise Ehrenamt der Thüringer Landesregierung“ (► **Materialband Kapitel 6**) vergeben. Den „Sonderpreis Ehrenamt“ für ein Thüringer Wirtschaftsunternehmen, welches sich in besonderer Weise um das Ehrenamt verdient gemacht hat, erhielt eine Firma, die sich maßgeblich für die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit im Sport einsetzte. Die Resonanz auf diese neue Veranstaltungsart war beachtlich. Jeweils mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Thüringen und allen Bereichen ehrenamtlicher Tätigkeit nahmen an den Konferenzen teil. Die Veranstaltungsreihe wird fortgesetzt.

Darüber hinaus wurde zum Ende des IJF von der Thüringer Landesregierung die Errichtung einer Thüringer Ehrenamtsstiftung beschlossen, die im Januar 2002 als rechtsfähige Stiftung

bürgerlichen Rechts errichtet wurde. Die Stiftung soll in Thüringen einen nachhaltigen Beitrag zur Entwicklung einer aktiven Bürgergesellschaft leisten. Im Zusammenhang mit der Stiftung soll ein Kuratorium mit wichtigen Akteuren, Repräsentanten aus allen Bereichen der gesellschaftlichen Lebens etabliert werden. Der Freistaat Thüringen beabsichtigt darüber hinaus, das Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz um eine Freistellungsregelung für Inhaber der Jugendleitercard zu ergänzen.

Bis zum Ende des Jahres 2002 soll eine aus zwei Teilen bestehende Studie zur Situation ehrenamtlich Tätiger in Thüringen vorgelegt werden. Der erste Teil der Studie besteht aus einer Repräsentativ-Erhebung für die Gesamtbevölkerung Thüringens. Auf der Basis der schriftlichen Befragung von mindestens 5000 Bürgerinnen und Bürgern soll eine Bestandsaufnahme vorgelegt werden, die es ermöglicht, Formen und Motive ehrenamtlichen Engagements in allen Bevölkerungsgruppen zu erfassen. Darüber hinaus sollen Hintergründe und Potenziale im gegenwärtig nicht engagierten Bevölkerungsteil ermittelt werden. Der zweite Teil besteht aus einer Feldstudie, in der ehrenamtlich Tätige und gesellschaftliche Entscheidungsträger befragt werden. Die Ergebnisse der Studie sollen in die weitere Arbeit der Landesstiftung zur Förderung des Ehrenamtes in Thüringen einfließen.

3.2 AKTIVITÄTEN IN DEN KOMMUNEN

Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement sind für ein funktionierendes Gemeinwesen notwendig. Auf lokaler Ebene zeigen und überschneiden sich alle Formen des Engagements. Dies gilt sowohl für das traditionelle Ehrenamt als auch für neue Formen des Engagements. Die Aktivitäten zeigen sich in Ehrenamt und Selbsthilfe, in der Übernahme gemeinwohlorientierter Aufgaben und in der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger an der Weiterentwicklung ihrer Gemeinde.

In der Debatte zum bürgerschaftlichen Engagement kristallisierte sich im IJF heraus, dass die Kommunen die wichtigste staatliche Ebene für ergänzende Fördermaßnahmen sind. Es hat sich gezeigt, dass zahlreiche Förderstrukturen bestehen, die im IJF weiter entwickelt wurden. Die kommunalen Spitzenverbände unterstützten die Bestrebungen zur Engagement-Förderung auf kommunaler

Ebene. Allerdings gab es bei den Kommunen Zurückhaltung gegenüber Wünschen zur systematischen und verpflichtenden Förderung von vernetzenden Einrichtungen.

Viele Kommunen und Kreise haben sich im IJF durch Auszeichnungen oder Plaketten bei ihren freiwillig engagierten Bürgern bedankt. Die Kommunen nahmen das IJF zum Anlass, ihre Engagement unterstützende Infrastruktur konzeptionell weiter zu entwickeln und auszubauen. Dies förderte auch der Bundeswettbewerb „Engagement unterstützende Infrastruktur in Kommunen“ (► **Materialband Kapitel 8**), der Teil eines Projektes des BMFSFJ war. Der Wettbewerb belebte die Diskussion zur Entwicklung einer Engagement unterstützenden Infrastruktur in Kommunen. Er zeigte auch, dass eine Reihe von Kommunen bereits erfolgreiche Organisationslösungen und zukunftsorientierte, innovative Schritte für den Ausbau entwickelt haben. Die kommunalen Gestaltungsbemühungen sind vielfach fortgeschrittener als öffentlich wahrgenommen wird. Die sieben beispielhaften Projekte der Städte und Kreise, die ausgezeichnet wurden, geben gute Informationen über die in Kommunen realisierbare infrastrukturelle Unterstützung des freiwilligen Engagements.

Mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände wurde im Sommer 2000 in 730 Städten und Kreisen eine kommunale Umfrage zur aktuellen Praxis der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und den Vorstellungen über die künftige Engagement-Förderpolitik durchgeführt. Parallel zur Umfrage wurde eine Befragung der 580 Anlaufstellen für freiwilliges Engagement und Selbsthilfe in Deutschland durchgeführt. Dies sind vor allem Selbsthilfe-Kontaktstellen, Freiwilligen-Agenturen und Seniorenbüros. Ermittelt wurde, von wem sie in Anspruch genommen werden und wie sich ihre Aufgabenprofile unterscheiden. Darüber hinaus wurde untersucht, welcher Ausstattungs- und Finanzierungsbedarf für eine Anlaufstelle besteht, die alle Bürgerinnen und Bürger über alle Bereiche des freiwilligen Engagements in einer Kommune informieren und beraten kann. Erste Ergebnisse wurden in den „Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe“ aufgenommen. Die Untersuchungen wurden Anfang 2002 veröffentlicht. Demnach müsste das Hauptziel der Engagement-Förderung von Kommunen sein, zusätzliche Freiräume für freiwilliges Engage-

gement zu schaffen. Hierzu müsste die kommunale Handlungsfähigkeit erhalten und größere Freiräume auf kommunaler Ebene geschaffen werden – auch durch den Abbau der Überregulierung durch Bundes- und Ländergesetze.

Der Deutsche Städtetag stellte im Mai 2001 fest, dass die Aktivierung und Gewinnung von Freiwilligen ein wichtiges Ziel von Rat und Verwaltung sein müsse. Die Kommunalpolitik solle ihre Aufgabe darin sehen, Hindernisse zu beseitigen und günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Ressortbezogene Engagement-Förderung sollte besser vernetzt und durch eigenständige Formen der Engagement-Förderung ergänzt werden. Dabei wurde dem Ausbau der Anerkennungskultur große Bedeutung beigemessen. Die Städte hätten nur eine Zukunft, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihnen identifizierten. Mit dem Projekt „Zukunft der Stadt? – Stadt der Zukunft!“ gab der Deutsche Städtetag dem Thema Stadt und Bürger im IJF eine besondere Bedeutung.

Neue Kooperationsformen in den Städten müssten auf Freiwilligkeit sowie dialogische und kooperative Problemlösungen setzen. Die moderne Kommune sei dem Ausbau der partizipativen Demokratie verpflichtet. Als mögliche Kooperationsformen wurden Stadtteilforen, Bürgerhaushalte, lokale Agenda-Prozesse, Diskussionen städtischer Leitbilder, runde Tische, Planungszellen und kriminalpräventive Gremien genannt. So könnten Bürgerinnen und Bürger freiwillig an der Gestaltung örtlicher Politik teilhaben, um Einzelprobleme zu lösen oder auch an der Diskussion über die Gesamtentwicklung ihrer Kommune mitzuwirken. Eine Stadt sollte Bürgerinnen und Bürger nicht nur an örtlichen Entscheidungen beteiligen oder ihre Projekte fördern, sondern ihnen auch neue Angebote zur Mitgestaltung eröffnen.

Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützte seine Mitglieder darin, neue Leitbilder zu formulieren. Nicht mehr die immer zuständige oder die reine Dienstleistungs- oder Ordnungskommune sei gefragt, sondern eine aktivierende Bürgerkommune. Die von hessischen Bürgermeistern verabschiedete „Charta zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“ sollte Leitlinien für Städte und Gemeinden geben. Sie beschreibt bürgerschaftliches Engagement als für die Zukunft notwendig und wünschenswert.

Neben der bisherigen Förderung sollten auch neue Formen bürgerschaftlichen Engagements durch entsprechende Anlauf-, Beratungs- und Koordinierungsstellen unterstützt werden, nicht zuletzt auch deren regionale und landesweite Vernetzung.

Der Deutsche Städtebund ermunterte seine Mitglieder, ein engagementfreundliches Klima zu schaffen. Es sei sowohl das befristete als auch das dauerhafte freiwillige Engagement zu unterstützen.

Die Arbeitsgruppe „Bürgerinnen und Bürger – lokaler Raum“ machte deutlich, dass die Kommunen einen Spagat zwischen der Förderung traditioneller Strukturen und der Ermöglichung neuer Formen des Engagements, das oft projekthaft ist, zu leisten hätten. Ihr Eckpunktepapier „Ehrenamtliches bzw. bürgerschaftliches Engagement im lokalen Raum“ (► Materialband Kapitel 6) wurde auf dem Symposium „Bürgerschaftliches Engagement im lokalen Raum – Perspektiven für Bund, Länder, Gemeinden“ im April 2001 vorgestellt.

3.3 ZUSAMMENFASSUNG

ERFOLGE

Das IJF hat auf allen staatlichen Ebenen eine Vielzahl von Aktivitäten hervorgerufen. Auf Bundesebene wurden regelmäßige Bund-Länder-Besprechungen durchgeführt und Informationen und Erfahrungen über die Planung und Durchführung des IJF ausgetauscht. Der ausführliche Bericht über die Aktivitäten der Bundesländer im IJF macht diese enorme Bandbreite deutlich.

Im IJF wurden auf Landesebene und im kommunalen Bereich viele Möglichkeiten der Anerkennung entwickelt (► Materialband Kapitel 4 und 5). Darüber hinaus gaben die Akteure der Kommunen und Länder Anstöße für die Qualifizierung und Fortbildung der freiwillig Engagierten.

Das Internet wurde von vielen Ländern und Kommunen als Medium für freiwilliges Engagement entdeckt, es wurden zahlreiche Internet-Plattformen zum freiwilligen Engagement eingerichtet.

Zudem wurden kommunale und landesweite Stiftungen gegründet. Die evangelisch-lutherische Landeskirchenstelle Ansbach verzeichnete beispielsweise im Zusammenhang mit ihrer Stiftungsinitiative einen regelrechten Boom. Dabei

konnten häufig auch kirchenferne Sponsoren und kompetente Ehrenamtliche gewonnen werden.

Es wurden Ressort übergreifende Arbeitskreise und Arbeitsgruppen initiiert. Das IJF beeinflusste die Aktivitäten im Sinne neuer Kundenorientierung und der Vernetzung bürgerschaftlichen Engagements auf den verschiedenen Ebenen sehr positiv. Viele Kommunen nahmen das IJF zum Anlass, sich dem Thema BürgerInnen-orientierte Kommune zu nähern. In größeren Städten wurden Ansprechpartner für bürgerschaftliches Engagement in der Verwaltung geschaffen und Schritte zur Vernetzung eingeleitet. So ist beispielsweise im Rahmen einer Großveranstaltung in Köln eine Info-Börse eingerichtet worden, auf der sich über 30 Institutionen vorstellen konnten. Bei der Stadt ist zudem während des IJF eine Stelle für die Koordination der auf ehrenamtlich Tätige angewiesenen Institutionen und den Freiwilligen eingerichtet worden.

Obwohl einzelne Bundesländer sich seit vielen Jahren mit der Vernetzung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements beschäftigen, gründeten sie im IJF Netzwerke und förderten aktiv die Vernetzungsbestrebungen (► **Materialband Kapitel 6**).

Die Länder und Kommunen nutzten das IJF, um Strukturen für Informations- und Kontaktstellen auszubauen. Seither definieren sich mehr Bundesländer und Kommunen als Moderatoren eines Klärungsprozesses, der zwischen „altem Ehrenamt“ (Vereinsförderung), „neuem Ehrenamt“ (z.B. Freiwilligen-Agenturen), Fachbereichen (z.B. Selbsthilfe) und kommunalen Entwicklungen (z.B. Lokale Agenda/Soziale Stadt/Prävention) in Gang gesetzt wurde.

SCHWIERIGKEITEN

Das Projekt „Förderung des freiwilligen Engagements und Selbsthilfe in Kommunen“ kommt zu dem Ergebnis, dass eine bereichsübergreifende Sichtweise der Engagement-Förderung und die Entwicklung einer eigenständigen Politik dafür in den Kommunen noch am Anfang stehen. Trotz der Anschubkräfte des IJF erkenne manches Kommunal-Parlament die Chancen des bürgerschaftlichen Engagements noch zu wenig. Zwar werde die Einbeziehung des Bürgers in das Sozi-

al- und Gesundheitswesen verstärkt diskutiert, eine systematische Engagement-Förderung und deren Absicherung in den Kommunen sei jedoch nur in Ansätzen vorhanden.

Im kommunalen Raum ist ausführlich über freiwilliges Engagement berichtet worden. In den überregionalen Medien haben sich die Akteure aus dem lokalen Raum und auch landesweit jedoch deutlich mehr Resonanz erhofft.

Vertreter der Kommunen wiesen auch darauf hin, dass die Kommunen über einen zu begrenzten Handlungsspielraum verfügten, der eine Förderung überhaupt erst möglich mache. Für die effektive Förderung des freiwilligen Engagements benötigten die Kommunen eine deutlich geringere Reglementierung durch die Länder, den Bund und die Europäische Union.

ZUKÜNFTIGE AKTIVITÄTEN

Auf der zweiten bundesweiten Veranstaltung des Nationalen Beirates im April 2001 (Symposium: „Bürgerschaftliches Engagement im lokalen Raum – Perspektiven für Bund, Länder und Gemeinden“) in Frankfurt wurden eine „Netzwerk fördernde Politik“ und eine „Re-Politisierung“ des lokalen Raums gefordert. Es wurde darauf hingewiesen, wie wichtig aktive Koordination und Netzwerkarbeit für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Kommune sei (► **Materialband Kapitel 3**).

Die Bundesländer haben in den vergangenen Jahren und im IJF große Anstrengungen übernommen, Ansprechpartner in der Landesverwaltung zu installieren und die Zuständigkeit für die Förderung freiwilligen Engagements, beispielsweise zwischen Staatskanzlei, Innen- und Sozialressort sinnvoll zu ordnen.

Die Zukunftsaktivitäten der staatlichen Seite zeigen, dass hier die systematische Förderung des freiwilligen Engagements ernst genommen wird. Der Bericht zu den Aktivitäten der Länder weist eine Reihe zukunftsorientierter Maßnahmen aus. Kontaktpersonen und Anlaufstellen sind in fast allen Ländern benannt.

Kommunale Akteure wiesen im IJF häufig auf die Wichtigkeit des effektiven Zusammenwirkens von Bund, Land und Kommunen hin. Der Bund solle die Kommunen durch günstige Rahmenbedingungen unterstützen und die Länder sollten sich vor

allein an der infrastrukturellen Unterstützung beteiligen.

4. AKTIVITÄTEN VON ARBEIT UND WIRTSCHAFT

4.1 AKTIVITÄTEN IM FELD „CORPORATE CITIZENSHIP“

„Corporate Citizenship“ – seit einiger Zeit ein Thema in Deutschland – ist eine Form des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen, die in den USA und den europäischen Ländern, wie etwa Großbritannien, den Niederlanden oder Dänemark, seit etwa zwei Jahrzehnten praktiziert wird. Unternehmen in Deutschland unterstützen zwar durch Sponsoring und Stiftungen Sport, Kultur und soziale Aktivitäten, selten waren sie jedoch selbst aktiv an bürgerschaftlichem Engagement beteiligt. In der vergangenen Zeit begannen die Unternehmen allerdings den Wert des sozialen Engagements ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch für sich selbst zu entdecken und zu fördern. Teamfähigkeit und soziale Kompetenz können nicht nur durch Trainingskurse und Abenteuerurlaube entwickelt werden, sondern auch durch zeitlich begrenzte soziale Einsätze von Firmenangehörigen.

Zahlreiche Veranstaltungen thematisierten im IJF das Thema „Corporate Citizenship“, von denen hier nur einige genannt werden können:

Die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ richtete im Oktober 2000 in Berlin einen internationalen Workshop mit Gastreferenten aus den USA, aus Großbritannien und den Niederlanden sowie deutschen Vertreterinnen und Vertretern aus. Ebenfalls im Oktober veranstaltete die SPD-Bundestagsfraktion in Berlin die Tagung „Unternehmen und bürgerschaftliches Engagement: Aufbruch zu neuer Verantwortung“ mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, dem Chairman von Ford-Europe, Nick Scheele, und dem Geschäftsführer der Robert-Bosch-Stiftung, Dr. Ulrich Bopp sowie dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Dr. Michael Bürsch.

Im April 2001 betonte Bundeskanzler Schröder im Siemens-Forum in München die Fähigkeiten, die durch freiwilliges Engagement gefördert werden und deren Bedeutung für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Gesellschaft. Das

BMFSFJ (BMFSFJ) hatte vor einigen Jahren das Modellprogramm „Unternehmen – Partner der Jugend“ (UPJ) gestartet, wo kleine Service-Büros Kooperationsprojekte zwischen Unternehmen und Jugendeinrichtungen entwickeln. Im Oktober 2001 wurde ausgehend von diesem Programm gemeinsam mit der Hamburg-Mannheimer Versicherung eine Tagung in Hamburg initiiert, die sich mit dem betriebswirtschaftlichen Nutzen von bürgerschaftlichem Engagement in und von Unternehmen beschäftigte.

Auf der Expertentagung der Geschäftsstelle IJF „Corporate Citizenship in Deutschland – Zwischenbilanz und Perspektiven“ wurde im Oktober 2001 ein Resümee zum Thema gezogen (► **Materialband Kapitel 3 und Band 3 „Corporate Citizenship in Deutschland“**). Die Facetten möglicher Unternehmensprojekte sind vielseitig. In Deutschland häufig anzutreffen sind Projekte des „Corporate Giving“, bei denen Geld und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden. Bei den eher seltenen Ansätzen des „Corporate Volunteering“ stellen die Unternehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frei, um sie in ihrem bürgerschaftlichen Engagement zu unterstützen.

Einige Veröffentlichungen haben funktionierende Partnerschaften aufgelistet wie beispielsweise die Dokumentation im Auftrag des BMFSFJ mit dem Titel: „Praxisbeispiele vom unternehmerischen BürgerInnen-Engagement mittels Personaleinsatz bis zum Projekteinsatz in sozialen Aufgabenfeldern als Teil der Personalentwicklung“. Die Dokumentation der Tagung der SPD-Bundestagsfraktion „Unternehmen und bürgerschaftliches Engagement: Aufbruch zu neuer Verantwortung“, die im November 2000 stattfand, zeigte 15 „best-practice-Beispiele“. Bei der Expertentagung „Corporate Citizenship in Deutschland – Zwischenbilanz und Perspektiven“ im Oktober 2001 wurden sieben ausgewählte Projekte vorgestellt und die Projektlandschaft in Deutschland reflektiert. Eine Veröffentlichung von UPJ stellt eine Vielzahl von Partnerschaften zwischen Unternehmen und sozialen Projekten aus dem Kinder- und Jugendbereich vor.

Die Reflexion des „Corporate Citizenship“ zeigt, dass es nicht darum gehen kann, Programme einfach aus anderen Ländern zu übernehmen, vielmehr müssen interessierte Unternehmen eigene passende Programme entwickeln, die dem jeweilig intendierten Nutzen zuträglich sind. Einen

guten Überblick zur aktuellen Diskussion bietet der Band 3 der Geschäftsstelle IJF „Corporate Citizenship in Deutschland“.

4.2 AKTIVITÄTEN DER ARBEITGEBER- VERBÄNDE

Die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände wiesen im IJF auf die lange Tradition und zahlreichen Aktivitäten der Unternehmen, vor allem im Bereich des Sponsorings hin. Auch bei der Unterstützung des freiwilligen Engagements von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gäbe es viele Initiativen, nicht nur bei großen Unternehmen, sondern auch bei kleinen und im Handwerk, die jedoch selten öffentlich kommuniziert würden.

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) hat von Anfang an aktiv im Nationalen Beirat zum IJF mitgewirkt.

Ein Kreis von Großunternehmen, darunter Mc Kinsey, Daimler Chrysler und Pro Sieben Sat1 hatte im IJF den Wettbewerb „startsocial“ (► **Materialband Kapitel 5**) initiiert. Die Schirmherrschaft hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder übernommen. Der Wettbewerb sollte engagierte Menschen, Projekte und Initiativen durch professionelle Beratung und Hilfestellung bei der Lösung sozialer und gesellschaftlicher Probleme unterstützen.

Die vier Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft haben gemeinsam mit der „Wirtschaftswoche“ die Initiative „Freiheit und Verantwortung“ gegründet, die einmal im Jahr einen gleich lautenden Preis vergibt, der herausragendes, nachahmenswertes gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in unterschiedlichen Bereichen würdigen soll. Die Initiative steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten.

Sehr deutlich wurde die Position der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände: Jeder Versuch, „Corporate Citizenship“ gesetzlich zu regeln und zu reglementieren, sei abzulehnen. Dies sei kontraproduktiv und gute Ansätze würden dadurch zur Pflichtübung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen seien so zu gestalten, dass sie Engagement förderten und nicht behinderten.

4.3 AKTIVITÄTEN DER GEWERK- SCHAFTEN

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat auch im IJF das ehrenamtliche Engagement seiner Mitglieder gefördert. Die traditionsreiche Arbeit in den Ortsgruppen, die Aktivitäten in der Jugend-, Senioren- und Arbeitslosenarbeit waren und sind permanente Bestandteile gewerkschaftlichen Engagements. Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben sich mit einer Reihe von Aktivitäten am IJF beteiligt. Die Bereitschaft, dieses Engagement noch zu verstärken, war im IJF auf allen Ebenen vorhanden.

Die Gewerkschaften wiesen darauf hin, dass sie bereits seit geraumer Zeit versuchten, in ihrer täglichen Arbeit in den Betrieben ein Mehr an Anerkennung und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement – gerade von Seiten der Arbeitgeber – zu erreichen. Dies sollte sich auch in der Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses widerspiegeln (z.B. Freistellung des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber bei bürgerschaftlichem Engagement).

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat die Debatte zum bürgerschaftlichen Engagement in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages konstruktiv begleitet. Er hat sich im Nationalen Beirat zum IJF engagiert und in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung wissenschaftliche Expertisen erstellen lassen und Diskussionen angestoßen. Der DGB sah sich auch hier als Multiplikator für die verschiedenen Akteure innerhalb der Gewerkschaften.

Neben der Interessenvertretung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstehen in den Gewerkschaften zusätzlich neue Initiativen im Bereich des freiwilligen Engagements. Neu ist in diesem Zusammenhang die Diskussion um das Konzept des „Corporate Citizenship“. Hierbei unterscheiden die Gewerkschaften zwischen dem „Corporate Giving“ und dem „Corporate Volunteering“. In der Umsetzung werden noch erhebliche Unterschiede in den Betriebsstrukturen gesehen. Aus Sicht der Gewerkschaften sei es vor allen Dingen notwendig, sich mit dem Corporate Volunteering zu beschäftigen. Dieses Konzept involviere die Arbeitnehmer in einem stärkeren Maße als das Konzept des Corporate Giving. Es richte sich hauptsächlich an die gesellschaftliche Verantwortung der Arbeitgeber und sollte von diesen auch verstärkt wahrgenommen werden.

Aufgrund gesellschaftlicher, geschichtlicher, arbeitsrechtlicher und sozialer Unterschiede zwischen den USA und Deutschland sollte das Konzept des „Corporate Citizenship“ offen und konstruktiv bewertet werden. Die Gewerkschaften glauben nicht, dass es „eins zu eins“ übertragbar sei; eine differenzierte Analyse sei notwendig. So könnte es künftig die Aufgabe der betrieblichen Interessensvertretungen sein, bei der Konzeptionierung derartiger Programme ihre Kompetenzen einzubringen.

4.4 ZUSAMMENFASSUNG

ERFOLGE

Die öffentliche Resonanz zum Thema „Corporate Citizenship“ war im IJF beachtlich. So gab es viele Berichte in den Medien und politische Unterstützung, beispielsweise von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Es fanden eine Vielzahl von Veranstaltungen statt, in denen Informationen ausgetauscht, Projekte vorgestellt und heftige Debatten zur Frage der Übertragbarkeit von „Corporate Citizenship-Programmen“ geführt wurden.

In den Arbeitsgruppen „Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit“ der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und der Arbeitsgruppe „Arbeit und Wirtschaft“ des Nationalen Beirates ist es im IJF gelungen, die wichtigsten Akteure des Feldes „Corporate Citizenship“ an einen Tisch zu bekommen.

Als Erfolg dieser Aktivitäten ist zu werten, dass „Corporate Citizenship“ in der deutschen Diskussion um das Unternehmensengagement nicht mehr wegzudenken ist. Im IJF wurden in diesem Bereich Prozesse in Gang gesetzt, deren Verlauf und dynamische Entwicklung in Deutschland gerade erst begonnen haben.

Unternehmen beginnen zunehmend, den Wert des sozialen Engagements ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch für sich selbst zu entdecken und zu fördern und die Gewerkschaften verstärkten ihre Auseinandersetzung mit Konzepten des „Corporate Citizenship“.

SCHWIERIGKEITEN UND DEFIZITE

Das Interesse der Medien zum Thema ließ leider im letzten Drittel des Jahres 2001 nach, was mit der

weltweit schlechten, ökonomischen Situation, den Ereignissen des 11. September in den USA und der instabilen, militärischen Situation begründet wurde. Die Unternehmer und ihre Interessenvertretungen sind der Ansicht, dass gesellschaftliches Engagement der Betriebe oder ihrer Beschäftigten in Krisenzeiten zurück stehen müsse, da eine wirtschaftliche Stabilisierung vorrangig zu bewerten sei.

Das Interesse und die Aufmerksamkeit der Unternehmer war groß, was ihre zahlreiche Teilnahme an den Veranstaltungen im IJF belegt. Gleichwohl zeigte sich, dass konkrete Unternehmensprogramme und -projekte selten sind. Es wurden immer wieder dieselben Projekte vorgestellt, meist jene der großen Unternehmen. So muss bezweifelt werden, dass der großen Resonanz in der Öffentlichkeit zum „Corporate Citizenship“ auch eine dem entsprechend verbreitete positive Einstellung der deutschen Unternehmen gegenüber stand. Bislang ist es auch nicht gelungen, die Gewerkschaften einzubeziehen und deren Potenzial für die Aktivierung des Engagements von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu nutzen.

Leider fanden die Diskussionen zu „Corporate Citizenship“ häufig in getrennten Zirkeln statt, das heißt innerhalb der Interessensgruppen von Unternehmen, Wohlfahrtsverbänden, Non-Profit-Organisationen oder Kommunen, so dass ein Austausch zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen kaum zustande kam. Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern fehlt in Deutschland eine von interessierten Unternehmen getragene Plattform zur strategischen und qualitativen Weiterentwicklung und Partnerschaft im europäischen Kontext.

ZUKÜNFTIGE AKTIVITÄTEN

Die erste Phase der Diskussion in Deutschland über „Corporate Citizenship“ war gekennzeichnet durch die Bemühungen, auf dieses Thema aufmerksam zu machen. Nun geht es um die Konkretisierung und Transformation von erfolgreichen Konzepten. Dabei muss die deutsche Situation mit Strukturen, wie beispielsweise die der großen Verbände oder des kommunalen Verwaltungssystems, berücksichtigt werden.

Die Akteure erachten es als wichtig, über das Jahr 2001 hinaus eine Plattform für die wich-

tigste Akteure im Feld zu installieren, um so die Impulse des IJF nutzen und weiter verfolgen zu können (► Band 3 „Corporate Citizenship in Deutschland“). Vor allem geht es darum, die Debatte zu „Corporate Citizenship“ weiterhin zu fördern und die Ergebnisse der Enquete-Kommission praxisorientiert umzusetzen.

5. AKTIVITÄTEN DER ENQUETE-KOMMISSION „ZUKUNFT DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS“

Bereits im Dezember 1999, ein Jahr vor Beginn des IJF, hat der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ eingesetzt. Sie erhielt den Auftrag, die Situation des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland zu analysieren und basierend auf dieser Grundlage, Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Das IJF und die damit verbundene Aufmerksamkeit für bürgerschaftliches Engagement in Politik und Gesellschaft bedeutete auch für die Kommission eine Chance. Sie beteiligte sich am IJF durch die Mitarbeit im Nationalen Beirat, die Teilnahme an Bund-Länder-Gesprächen sowie durch gegenseitige komplementäre Kooperation. Auch gab es öffentliche Veranstaltungen der Enquete-Kommission im Jahr 2001.

Von Anfang an wurde die Arbeit unter den Leitbegriff der Bürgergesellschaft gestellt, in der bürgerschaftliches Engagement als Mitbestimmung, Mitgestaltung und Mitverantwortung in der Zugehörigkeit von Bürgerinnen und Bürgern zum politischen Gemeinwesen seinen Platz hat. Vor diesem Hintergrund richteten sich die Empfehlungen der Kommission an alle Akteure der Bürgergesellschaft: Bund, Länder und Kommunen, Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine und Verbände. Sie alle sind angesprochen, wenn es um die Förderung bürgerschaftlichen Engagements geht.

Diesem Verständnis entsprach auch die Arbeitsweise der Enquete-Kommission. Neben der Vergabe von Gutachten an wissenschaftliche Sachverständige wurde auch das Gespräch mit den Engagierten als Expertinnen und Experten in eigener Sache gesucht - ausgehend von der Idee einer Bürgergesellschaft, wo der Dialog gleichberechtigter Partner die Willensbildung und Entscheidungsfindung fördert. Der Abschlussbericht ist somit nicht allein das Ergebnis von Diskussionen zwischen Politik

und Wissenschaft, sondern spiegelt auch die Anliegen wider, die von engagierten Bürgerinnen und Bürgern an die Enquete-Kommission herangetragen wurden.

Die öffentlichen Anhörungen der Kommission waren Teil dieser Arbeitsweise, die auf dem Dialog basiert. Sie zeigten die Bandbreite und Schwerpunkte, der von der Enquete-Kommission durchgeführten Bestandsaufnahme. Die Veranstaltung „Neue Formen bürgerschaftlichen Engagements“ brachte die Kommission mit neun Projekten aus verschiedenen Bereichen ins Gespräch. Deren Gemeinsamkeit besteht darin, dass der klassische Begriff „Ehrenamt“ ihre Arbeit nur unzureichend beschreibt. Wie beispielsweise ein Entwicklungsprojekt junger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich für bürgerschaftliches Engagement an einer Schule einsetzen oder eine Bürgerbeteiligung an der Entwicklung ihres Dorfes.

Mit der Anhörung „Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements“ wandte sich die Enquete-Kommission einer Organisationsform zu, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird: Netzwerke unterschiedlicher Akteure zeigen die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements und deren Zusammenspiel. Diese Vernetzung „von unten“ kann ebenso sinnvoll und erfolgreich sein wie ein bundes- oder landesweites Netzwerk, das auf Initiative der Politik oder einer lokalen Freiwilligen-Agentur entstand.

Die Kommission trug aber auch den traditionellen Organisationsformen der ehrenamtlichen Arbeit Rechnung. Verbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften machten deutlich, dass die Veränderung der Motive und Erwartungen der Engagierten nicht dazu führt, dass bürgerschaftliches Engagement in der alt bekannten Struktur zurück geht. Im Gegenteil: Je mehr Menschen sich befristet und projektorientiert engagieren, desto wichtiger werden Organisationen, die ihnen die Möglichkeiten für die Verwirklichung der eigenen Vorstellungen bieten. Mit dieser Herausforderung setzen sich die klassischen Organisationen wie Kirchen, Wohlfahrtsverbände oder Sportvereine seit langem auseinander und entwickelten neue Ideen und Angebote. Stichworte wie „Anerkennungskultur“ oder die zunehmende Bedeutung von Qualifizierung zeigen, in welche Richtung die Entwicklung geht: Anerkennung und Qualifizierung müssen eingebettet sein in staatliche Förderpolitik. Zudem bemisst sich besonders die Anerken-

nung am Stellenwert, den bürgerschaftliches Engagement in der Gesellschaft allgemein genießt.

Weitere öffentliche Veranstaltungen ergaben sich aus den drei Arbeitsschwerpunkten der Enquete-Kommission. So beschäftigten sich Arbeitsgruppen mit dem Leitbild und der Wirklichkeit der Bürgergesellschaft, mit dem Zusammenhang zwischen bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit sowie mit der Rolle, die bürgerschaftliches Engagement im Rahmen einer Reform des Sozialstaats spielen kann.

Wie die entsprechende Arbeitsgruppe des Nationalen Beirates zum IJF hat sich auch die Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit“ der Enquete-Kommission mit einer Tagung in die Diskussion um unternehmerisches, bürgerschaftliches Engagement in Deutschland eingeschaltet. Eine weitere internationale Tagung beschäftigte sich mit einem Schlüsselbegriff im Zusammenhang von Wirtschaft und bürgerschaftlichem Engagement: „Soziales Kapital“. Dieser Begriff steht für Vertrauen, Beziehungen der Zusammenarbeit sowie geteilten Werten einer Region und trägt zu einer funktionierenden Demokratie ebenso bei wie zu einer florierenden Wirtschaft. Unternehmen, die sich bürgerschaftlich engagieren, bilden soziales Kapital und sichern damit auch den eigenen wirtschaftlichen Erfolg.

Dass bürgerschaftliches Engagement vom Staat als preisgünstiger Ersatz für sozialstaatliche Verantwortung ausgenutzt wird, ist eine verbreitete Einschätzung, die auch die Arbeit der Enquete-Kommission kritisch begleitet hat. Diesem – mitunter nicht unberechtigtem – Verdacht kann begegnet werden, indem die eigenständige Produktivität des bürgerschaftlichen Engagements betont wird. Diese Produktivität bereichert die soziale Absicherung und steigert deren Qualität, in dem sie die sozialstaatlichen Leistungen ergänzt. Aber sie kann sie nicht ersetzen. Bürgerschaftliches Engagement ist – so der Titel einer Tagung der Enquete-Kommission – die „lebendige Seite“ des Sozialstaats: Die Aufwertung bürgerschaftlicher Solidarität durch Eigeninitiative und Mitgestaltung in sozialen Einrichtungen, wie beispielsweise im Gesundheitswesen, im Bereich von Bildung und Erziehung oder in der Altenpflege.

Die Betonung der institutionellen Seite des Sozialstaats oder der Organisationsstrukturen von Ver-

einen und Verbänden ist für die Enquete-Arbeitsgruppe charakteristisch. Engagement-Förderung kann sich nicht allein auf die Motivierung und Gewinnung einzelner Engagierter beschränken. Meist stehen nicht individuelle Trägheit oder Egoismus einem Engagement im Wege, sondern die fehlende Gelegenheit. Institutionen und Einrichtungen drängen häufig individuelles Engagement an den Rand oder lassen es gar nicht erst zu. Die eigenen Arbeitsabläufe und Strukturen Engagement freundlicher zu gestalten, ist demnach eine der zentralen Botschaften der Enquete-Kommission an staatlichen Organisationen und Einrichtungen freier Träger.

Zu den Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements gehören auch rechtliche Regelungen. In diesem Bereich richteten sich besondere Erwartungen an die Enquete-Kommission, da die Bundesgesetzgebung hier häufig unmittelbar verantwortlich ist. Die Kommission hat sich, unterstützt durch ein Rechtsgutachten, mit vielen Rechtsgebieten auseinandergesetzt und einige Vorschläge gemacht, die den Schutz für bürgerschaftlich Engagierte und die Arbeitsbedingungen für gemeinnützige Vereine verbessern sollen.

Wie das IJF hat auch die Enquete-Kommission dazu beigetragen, die Förderung bürgerschaftlichen Engagements als Politikfeld in Bund, Ländern und Kommunen zu etablieren. Angesichts der Vielfalt der Formen bürgerschaftlichen Engagements und seiner Bedeutung für den Zusammenhalt und die Vitalität einer Bürgergesellschaft ist eine wichtige Erkenntnis, dass sich Förderpolitik nicht länger auf die Unterstützung einzelner Bereiche beschränken darf. Die Zukunftsaufgabe besteht darin, sowohl das Besondere des bürgerschaftlichen Engagements zu sehen als auch die gemeinsamen Anliegen engagierter Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört auch, dass die Zugehörigkeit zur Bürgergesellschaft Horizont und Maßstab einzelner Fördermaßnahmen sein muss.

Vernetzung und Wachstum gewinnen für die Engagement-Förderung als Querschnittsaufgabe zunehmende Bedeutung. Dabei kommt es darauf an, die Impulse nicht ungenutzt zu lassen, die das IJF und die Arbeit der Enquete-Kommission in die Politik gebracht haben. Es sollte auch in Zukunft Ansprechpartner und Gremien geben, die bürgerschaftliches Engagement und die Bürgergesellschaft weiterhin zum Thema der politischen Tagesordnung machen, damit die beste-

henden Ansätze der Förderung bürgerschaftlichen Engagements gebündelt und neue Ideen entwickelt werden können.

6. RESÜMEE AUS DEN BUNDESWEITEN VERANSTALTUNGEN ZUM IJF

Die bundesweiten Veranstaltungen im IJF trugen wesentlich zur Debatte über die Zukunft des freiwilligen Engagements bei. Im Folgenden wird ein Resümee aus diesen Veranstaltungen gezogen.

FREIWILLIGES ENGAGEMENT BRAUCHT NEUE FORMEN DER ANERKENNUNG

Die Tätigkeit der Freiwilligen muss in der Gesellschaft allgemein stärker sichtbar gemacht werden. Die Gesellschaft entwickelt sich weiter, weil sich die Menschen weiter entwickeln - entsprechend müssen sich auch die Formen der Anerkennung verändern. Wer Verantwortung übernimmt, möchte sich mit seiner freiwilligen Tätigkeit identifizieren können. Die Würdigung und Anerkennung freiwillig geleisteter Arbeit hat nicht unbedingt nur mit Aufwandspauschalen, Entschädigungen oder finanziellen Flankierungen zu tun, sondern vor allem mit Kreativität, aufrichtigem Dank und einer professionellen Strategie für Anerkennung und Qualifizierung.

FREIWILLIGES ENGAGEMENT BRAUCHT DIE AKTIVITÄTEN DER JUGEND

Wer sich in der Jugend erstmals engagiert, wird sich wahrscheinlich auch im Erwachsenenalter freiwillig betätigen. So gibt die Hälfte aller Freiwilligen im Freiwilligensurvey an, dass sie bereits im Alter von unter 20 Jahren eine freiwillige Tätigkeit übernommen haben. Freiwilliges, ehrenamtliches Engagement stellt einen wesentlichen Sozialisationsfaktor für Jugendliche und jüngere Erwachsene und inzwischen auch für ältere Kinder dar (► Band 4 „Freiwilliges Engagement – ein Bildungsfaktor“).

Entgegen den Meinungen, die in der Öffentlichkeit transportiert werden, sind Jugendliche heute sozial sehr engagiert. Zur Stärkung und Weiterentwicklung dieser Engagementbereitschaft der

Jugend sollten sich Träger von Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Hochschule und Berufsausbildung in der Zukunft vermehrt der Förderung des freiwilligen Engagements von Jugendlichen widmen.

FREIWILLIGES ENGAGEMENT BRAUCHT INTERNATIONALEN AUSTAUSCH

Deutschland sollte die im IJF begonnene, aktive Mitgestaltung auf internationaler Ebene fortführen. Auch künftig sollte es von Interesse sein, wie im internationalen Kontext Freiwilligen-Zentren gefördert oder Freiwillige gewonnen und geschult werden, wie sich Firmen engagieren, wie Freiwilligengesetze ausgestaltet sind oder sich Europäische Freiwilligendienste formieren.

Konsequent müssen im internationalen Austausch sowohl hinderliche als auch förderliche Praktiken zur Freiwilligentätigkeit diskutiert werden, um den Prozess der Angleichung in Europa und weltweit zu stärken.

FREIWILLIGES ENGAGEMENT BRAUCHT GEEIGNETE ANSPRECHPARTNER UND ANLAUFSTELLEN

Es erscheint inzwischen wichtig, auf allen gesellschaftlichen Ebenen neue und mehr Anreize für das freiwillige, bürgerschaftliche Engagement zu schaffen. Die Förderung der Freiwilligentätigkeit sollte eine gemeinsame Aufgabe von Verwaltungen und Ressorts sein. Deutschland benötigt geeignete Anlaufstellen sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in Verwaltungen und Organisationsorten der Freiwilligenarbeit und deren Institutionalisierung. In den Verbänden oder Verwaltungen sollten Gruppen oder Personen benannt und mit Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet werden, damit sich freiwilliges Engagement systematisch entfalten kann.

FREIWILLIGES ENGAGEMENT BRAUCHT EIN PARTNERSCHAFTLICHES MITEINANDER VON FREIWILLIGEN UND HAUPTAMTLICHEN

Die großen Verbände haben das IJF dazu genutzt, Kampagnen und Debatten zu freiwilligem Engage-

gement anzustoßen. Ihre Zukunft wird aber auch davon abhängen, dass sich vor allem traditionelle Organisationen einem inneren Reformprozess stellen. In den kommenden Jahren muss die gezielte Aktivierung und Ansprache von Freiwilligen weiter verfolgt werden. Ein Vertreter der Wohlfahrtsorganisationen in einer der IJF-Arbeitsgruppen des Nationalen Beirates im Deutschen Verein brachte es auf den Punkt: „Wir müssen Hauptamtliche gewinnen, die mit Freiwilligen zusammenarbeiten.“

FREIWILLIGES ENGAGEMENT BRAUCHT DIE UNTERSTÜTZUNG DER WIRTSCHAFT

Das IJF hat Möglichkeiten und Beispiele von neuen Partnerschaften von Unternehmen und der Zivilgesellschaft aufgezeigt. Beide sollten weiter ermuntert werden, in einen sinnvollen Dialog zu treten. Dies kann jedoch nur dann gelingen, wenn beide Seiten dabei gewinnen können.

Eine neue Kultur von „Corporate Citizenship“ in Deutschland sollte durch innovative soziale Kooperationen, insbesondere in der Form von „public-private-partnership“ etabliert werden. Unternehmen benötigen für Initiativen zu „Corporate Citizenships“ lokale und überregionale Anlaufstellen, bei denen sie unterschiedliche Kompetenzen, Interessen, Erfahrungen, „best-Practice-Beispiele“ und innovative Ideen finden. (► Band 3 „Corporate Citizenship in Deutschland“).

FREIWILLIGES ENGAGEMENT BRAUCHT ÖFFENTLICHKEIT

Öffentlichkeitsarbeit sollte Bürgerinnen und Bürgern sowie Institutionen auch nach dem IJF aktivieren und ermutigen, sich dem freiwilligen Engagement stärker zu öffnen. Die Arbeit an einem attraktiven Image und Profil, die im IJF begonnen hat, muss weitergehen, damit freiwilliges Engagement als selbstbestimmte, zusätzliche Leistung – neben der Erwerbsarbeit – heraus gestellt wird. Es muss deutlich werden, dass Ehrenamt nicht „Arbeitsplatzvernichtung“ bedeutet oder mit einem „Verzicht-Image“ behaftet ist.

Auch in Zukunft sollte es im Internet ein Portal für freiwilliges Engagement in Deutschland geben,

das mit bundesweiten Organisationen der Freiwilligenarbeit, Mittleragenturen, den Ländern und Kommunen sowie internationalen Websites vernetzt ist. Auch ein regelmäßig erscheinendes Print-Magazin könnte als Forum für Aktivitäten und Innovationen im freiwilligen Engagement genutzt werden. Daneben sollte bei Multiplikatoren für eine soziale Bürgergesellschaft geworben werden, in der das Ehrenamt einen festen Platz hat. Dieser Diskurs sollte weiterhin öffentlich geführt werden.

FREIWILLIGES ENGAGEMENT BRAUCHT NETZWERKE

Reformansätze zur Förderung freiwilligen Engagements setzen auf Brückenschläge zwischen den kleinen Netzen auf lokaler Ebene. Die Zukunftsthemen zum freiwilligen Engagement benötigen für ihre nachhaltige Entwicklung aber auch Netzwerke auf anderen Ebenen. Modellhaft existieren bereits kommunale und landesweite Netzwerke. Auch die großen Verbände haben während des IJF begonnen, eigene Netzwerke einzurichten. Dem Nationalen Beirat ist es gelungen, die verschiedenen Ebenen und Vertreter bundesweit zu vernetzen.

Die Bildung solcher Netzwerke kann staatliche und nicht-staatliche Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürger aktivieren und ermutigen, sich stärker für freiwilliges Engagement zu öffnen. Darüber hinaus können sie Verbände bei einem Paradigmenwechsel unterstützen, der zu breiteren bürgerschaftlichen Perspektiven führt sowie Ämter, Verwaltungen und Ressorts aktivieren, die Förderung von freiwilligem Engagement als gemeinsames Thema und Aufgabe zu erfassen.

7. VORSCHLÄGE DES NATIONALEN BEIRATES ZUR NACHHALTIGKEIT DES FREIWILLIGEN ENGAGEMENTS IN DEUTSCHLAND

Der Nationale Beirat hat die Gründung eines bundesweiten Netzwerkes zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements beschlossen. Die Gründungsveranstaltung findet im Juni 2002 in Berlin am Tag nach der Auswertungstagung zum IJF statt.

Im Folgenden wird der Konzept-Entwurf des

Nationalen Beirates für das bundesweite Netzwerk dokumentiert. Der Nationale Beirat zum IJF will mit diesem Konzept-Entwurf die Grundlage für den Start eines bundesweiten Netzwerkes zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements schaffen. Es wurde dabei bewusst auf eine Ausformulierung inhaltlicher und organisatorischer Details verzichtet, um durch eine zu frühzeitige Festlegung von Zielen, Inhalten und Strukturen nicht den Entwicklungs- und Willensbildungsprozess im Netzwerk zu behindern. Dennoch wurde ein notwendiges Minimum an Ideen und Strukturen für die Gründungsphase angeboten.

Es soll Aufgabe der Gründungsversammlung sein, zentrale Fragen, Probleme und Aufgaben heraus zu arbeiten und hierfür eine arbeitsfähige Struktur zu entwickeln. Die Konzeption ist daher spätestens zum Ablauf einer zweijährigen Erprobungsphase zu überarbeiten.

7.1 KONZEPT-ENTWURF: „BUNDESWEITES NETZWERK ZUR FÖRDERUNG DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS“

Im folgendem wird der Konzept-Entwurf für ein bundesweites Netzwerk zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements dokumentiert.

1. LEITBILDER

Im IJF wurde aus unterschiedlichen Perspektiven eine nachhaltige Strukturförderung für bürgerschaftliches Engagement in Deutschland durch aktive Koordination und Netzwerkarbeit gefordert. Der Nationale Beirat zum IJF empfiehlt daher die Gründung eines „Bundesweiten Netzwerkes zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“. Leitbild des Netzwerkes ist eine aktive Bürgergesellschaft. Der Nationale Beirat sieht folgende Argumentationslinien, welche die Konstituierung eines bundesweiten Netzwerkes zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements erforderlich und sinnvoll machen:

DIE AKTIVE BÜRGERGESELLSCHAFT IST
NÄHRBODEN DER DEMOKRATIE

Die aktive Bürgergesellschaft steht für eine Gesellschaft, die durch demokratische Teilhabe und Eigenverantwortung für das Gemeinwesen geprägt

ist. Visionen zu einer aktiven Bürgergesellschaft beschreiben ein Gemeinwesen, in dem Individuen ermutigt werden, aktiv und selbstbestimmt zu agieren. Bürgerschaftliches Engagement ist dabei immer auch gemeinschaftliches Handeln. Es bietet die Möglichkeit der sozialen Teilhabe und Identifikation mit den Werten der demokratischen Gesellschaft. Ziel ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten, sich im Rahmen ihres Lebensstiles bürgerschaftlich zu engagieren. Ein Netzwerk zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements muss die Vision einer aktiven Bürgergesellschaft als Ausgangspunkt haben.

DIE VIELFALT VON BÜRGERSCHAFTLICHEM
ENGAGEMENT BENÖTIGT VERNETZUNG

In Deutschland existiert eine Vielfalt unterschiedlicher Organisationen, Zusammenschlüsse, Initiativen und Projekte bürgerschaftlichen Engagements. Große und kleine, lokale und bundesweite Nicht-Regierungsorganisationen gestalten bürgerschaftliches Engagement in vielen Tätigkeitsfeldern sehr differenziert. Jeder Verband oder jede Kommune muss für seine Gegebenheiten die passende Form finden, wie bürgerschaftliches Engagement gefördert werden kann; gleichzeitig können alle Akteure von anderen „Kulturen der Freiwilligen“ lernen.

Die Zukunftsthemen zum bürgerschaftlichen Engagement benötigen für ihre nachhaltige Entwicklung Netzwerke auf unterschiedlichen Ebenen. Die Sektoren Staat, Arbeit und Wirtschaft sowie Non-Profit-Organisationen und nicht staatliche Organisationen werden ermutigt, neue Kooperationsformen zu finden.

Im IJF wurden auf verschiedenen Ebenen neue Netzwerke gegründet, die in ihren jeweiligen Regionen und Bereichen von nachhaltiger Wirkung sind. Ein bundesweit tätiges Netzwerk soll diese Erfahrungen aus dem IJF ebenso bündeln wie es die vorhandenen, vielfältigen Aktivitäten, Personen und Organisationen zusammen führen könnte.

FÜR DIE AKTIVIERUNG DES ENGAGEMENT-
POTENZIALS SIND STRUKTURELLE NEUERUNGEN
NOTWENDIG

Die Handlungsfelder sind außerordentlich vielfältig. Die Zahl der freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürger und der an freiwilligen Tätigkeiten

Interessierten ist deutlich größer als noch vor einigen Jahren erwartet.

Der Werte- und Strukturwandel des Ehrenamtes weist auf die Wichtigkeit von strukturellen Neuerungen hin, die bürgerschaftlichem Engagement einen höheren Stellenwert in Staat und Gesellschaft einräumen. Das bundesweite Netzwerk sollte die Debatte zu strukturellen Neuerungen (wie z.B. einer systematischen Engagement-Förderung) weiter führen.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT SCHAFFT IDENTITÄT UND WIRD HEUTE UM SO MEHR BENÖTIGT

Bürgerschaftliches Engagement schafft soziales Kapital und trägt zur Verbesserung des gesellschaftlichen Gemeinwohles bei. Es bietet Identitäts- und Heimatstiftung und wirkt präventiv gegen die Singularisierung immer größerer Teile der Bevölkerung. Damit kann bürgerschaftliches Engagement und seine Förderung auch den Folgen der Globalisierung, Migration und Veränderungen der Altersstrukturen und Familie entgegenwirken. Das bundesweite Netzwerk sollte dazu beitragen, dass die identitätsstiftende Wirkung des bürgerschaftlichen Engagements erhalten bleibt und nachhaltig gefördert wird.

2. ZIEL UND AUFGABEN DES NETZWERKES

Ausgangspunkt des Netzwerkes sind die Bürgerinnen und Bürger im lokalen Raum. Ziel des Netzwerkes ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch Vernetzung der relevanten Akteure auf Bundesebene.

Vorrangige Aufgaben könnten sein:

- *der Informations- und Erfahrungsaustausch und die Beratung gemeinsamer Angelegenheiten,*
- *die Erarbeitung und Verdeutlichung gemeinsamer Belange,*
- *als Ansprechpartner für Parlamente, Regierungen und Öffentlichkeit zu fungieren,*
- *die Öffentlichkeitsarbeit, soweit dies trägerübergreifend und in Ergänzung vorhandener Materialien sinnvoll ist, unter anderem durch einen gemeinsamen Internetauftritt (bisher „www.freiwillig.de“) oder ein Print-Medium (bisher Magazin Freiwillig!) zu unterstützen,*

- *die Anregung von Projekten zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements,*
- *die Koordination der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des bürgerschaftlichen Engagements,*
- *sowie die Förderung der Zusammenarbeit von Medien, Staat, Wirtschaft und des Sektors bürgerschaftliches Engagement.*

Das Netzwerk sollte subsidiär arbeiten, das heißt es werden keine Aufgaben übernommen, die von Mitgliedsorganisationen oder anderen Netzwerken bereits wahrgenommen werden oder sinnvoller wahrgenommen werden könnten. Das Netzwerk entscheidet über seine Aufgaben selbst.

3. ORGANISATION

Das Netzwerk organisiert sich bereichsübergreifend und bundesweit. Mitglieder des Netzwerkes sind vorrangig bundesweite Organisationen. Neben Vertretern von Institutionen und Verbänden können auch ausgewiesene Einzelpersonen von bundesweiter Bedeutung Mitglieder des Netzwerkes werden.

Es werden Strukturen geschaffen, die den partizipativen und integrativen Charakter des Netzwerkes verdeutlichen. Eine diesem Anspruch angemessene Rechtsform ist anzustreben.

Das Netzwerk setzt auf eine breite Beteiligung aller Aktionsfelder des bürgerschaftlichen Engagements. Alle Beteiligten stehen gleichberechtigt miteinander in Kontakt.

MITGLIEDER

Mitglieder des Netzwerkes sind die für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements relevanten Akteure wie:

- *bundesweite Trägerorganisationen bzw. deren Zusammenschlüsse auf Bundesebene,*
- *andere zivilgesellschaftliche Akteure der Freiwilligenarbeit und Selbsthilfe auf Bundesebene,*
- *Stiftungen, Medien, Wirtschaft und Kirchen,*
- *Vertretungen von Bund, Ländern und Kommunen.*

Im Übergang vom Nationalen Beirat zum bundesweiten Netzwerk wird den Mitgliedern des Nationalen Beirates zum IJF die Gründungsmitgliedschaft angeboten. Zudem können Zusammenschlüsse und Netzwerke, die sich dem Leitbild des bundesweiten Netzwerkes zur Förderung des bür-

gerschaftlichen Engagements verpflichtet fühlen, eine Mitgliedschaft beantragen. Über die Aufnahme weiterer Mitglieder wird in der Vollversammlung entschieden. Die Vollversammlung erarbeitet dazu entsprechende Aufnahmekriterien. Die Mitglieder verpflichten sich – im Sinne einer Selbstbindung – zur verbindlichen Mitarbeit. Bei der Auswahl sollte beachtet werden, dass die Vollversammlung in erster Linie ein aktives Arbeitsgremium ist, das die Ideen der sozialen Bürgergesellschaft voran bringen will und sich nicht vorrangig als Lobbygremium versteht.

VOLLVERSAMMLUNG

Die Vollversammlung soll ein breites Forum bieten, in dem alle relevanten Gruppen der drei Sektoren (Staat, Wirtschaft und Non-Profit-Organisationen) vertreten sind.

Die Vollversammlung kommt mindestens zweimal im Jahr zusammen.

Mindestens eine der beiden Versammlungen soll in Verbindung mit einer Fachkonferenz, einem Hearing oder ähnlichem über ein im Vorfeld beschlossenes Thema stehen, die der inhaltlichen Akzentuierung des Netzwerkes auch nach außen dienen soll. Dabei sind möglichst partizipative Arbeitsformen einzusetzen, wie sie in vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen seit langem angewandt werden.

Aufgaben der Vollversammlung könnten sein:

- Wahlen,
- der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern,
- die Festlegung inhaltlicher Schwerpunkte der Netzwerkarbeit.

STEUERUNGSGRUPPE

Mit einfacher Mehrheit werden bis zu zehn Personen von der Vollversammlung in eine Steuerungsgruppe gewählt. Die Steuerungsgruppe hat folgende Aufgaben:

- die Koordination der Arbeit zwischen Vollversammlung und Arbeitsgruppen,
- die Einladung zur Vollversammlung,
- die Durchführung der Vollversammlung,
- und sie ist die Vertretung des Netzwerkes nach außen.

ARBEITSGRUPPEN

Die Vollversammlung kann Arbeitsgruppen einrichten, die in ihrem Auftrag Fragestellungen projektorientiert bearbeiten. Aktuelle Themen werden in Form von Ad-hoc-Arbeitsgruppen aufgegriffen und weiter bearbeitet. In den Arbeitsgruppen können auch Personen und Organisationen mitarbeiten, die formal nicht Mitglieder des Netzwerkes sind, sofern sie sich den Zielen und Leitbildern verpflichten. Die Arbeitsgruppen können weitere Personen für die Mitarbeit vorschlagen. Über die Form der Beteiligung der Arbeitsgruppen in der Steuerungsgruppe ist zu entscheiden.

KOORDINIERUNGSBÜRO

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird das Netzwerk von einem Koordinierungsbüro unterstützt. Dieses Büro soll den Aufbau und die Arbeit des Netzwerkes begleiten. Das Koordinierungsbüro organisiert, moderiert und koordiniert die Impulse und Aufträge der Gremien nach innen und außen. Dies erfordert die Fähigkeit, das operative Geschäft initiativ und zügig im Sinne einer Geschäftsstelle zu bearbeiten sowie eine Netzwerk- und Verknüpfungsbüro zu leisten und Transparenz über die Prozesse im Netzwerk herzustellen.

Das Koordinierungsbüro sollte Serviceleistungen zur Verfügung stellen.

Es ist sinnvoll, die Koordinations- und Steuerungsaufgaben von den Aufgaben Forschung, Evaluation und Monitoring zu trennen, um eine wissenschaftliche Unabhängigkeit der Forschung gegenüber dem Netzwerk zu gewährleisten und das Koordinations- und Servicegeschäft von diesen Aufgaben zu entlasten.

4. FINANZIERUNG UND FÖRDERUNG

Das BMFSFJ ist innerhalb der Bundesregierung federführend für Angelegenheiten des bürgerschaftlichen oder freiwilligen Engagements. Das BMFSFJ wird die Arbeit des Netzwerkes und des Koordinierungsbüros fördern. Es ist angestrebt, die Finanzen durch private Mittel sowie eine Vernetzung der Ressourcen der Mitglieder des Netzwerkes zu ergänzen. ■

VERÖFFENTLICHUNGEN DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND:

- **Freiwilliges Engagement in Deutschland –**
Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement – Freiwilligensurvey 1999 ,
Schriftenreihe BMFSFJ, Bd. 193.1 – 3, Stuttgart 2000/2001
- **Volunteering in Germany – Results of the 1999 Representative Survey on Volunteering and Civic Engagement** (englische Übersetzung des
Gesamtberichtes des Freiwilligensurvey 1999, Schriftenreihe BMFSFJ, Bd. 193.1), Berlin 2001
- **Modellverbund Freiwilligen-Zentren – Bürgerengagement für eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft. Ergebnisse und Reflexio-
nen, Schriftenreihe BMFSFJ, Bd. 203**
- **Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe,**
Schriftenreihe ISAB – Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 68, ISAB-Verlag, Köln/Leipzig 2000
- **Fachtagung „Die Freiwilligen: das Sozialkapital des neuen Jahrtausends – Förderpolitische Konsequenzen aus dem Freiwilligensurvey
1999“, Schriftenreihe ISAB - Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 71, ISAB-Verlag, Köln/Leipzig 2001**
- **Fachtagung “Zur Zukunft der Freiwilligendienste“**
Dokumentation der Fachtagung des BMFSFJ am 26. und 27. Juni in Berlin, Bonn 2001
- **Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen – Abschlußbericht der kommunalen Umfrage und Befragung
von Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros, Bundeswettbewerb, Schriftenreihe ISAB – aus Forschung und
Praxis Nr. 72, ISAB-Verlag, Köln/Leipzig 2001**
- **Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft – Broschüre zur Wanderausstellung „Freiwillig – für mich –
für uns – für andere – Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft“, Köln 2000**
- **Unternehmen und Gesellschaft. Praxisbeispiele vom unternehmerischen Bürgerengagement mittels Personaleinsatz bis zu Projektein-
sätzen in sozialen Aufgabenfeldern als Teil der Personalentwicklung, Dokumentation BMFSFJ, Köln 2001**

Bestelladresse:

Broschürenstelle des BMFSFJ

Rochusstr. 8 – 10

53123 Bonn

Telefon: 0228 / 930-2152, Telefax: 0228 / 930-4913

E-Mail: poststelle@bmfsfj.bund.de

VERÖFFENTLICHUNGEN DER GESCHÄFTSSTELLE INTERNATIONALES JAHR DER FREIWILLIGEN

- **Magazin „Freiwillig!“ (Ausgabe 1 –3)**

Abschlusspublikationen der Geschäftsstelle IJF:

- **Band 1: Bericht zum IJF**
- **Band 2: Materialband zum IJF**
- **Band 3: Corporate Citizenship in Deutschland**
- **Band 4: Freiwilliges Engagement – ein Bildungsfaktor**

Bestelladresse:

Broschürenstelle des BMFSFJ oder Geschäftsstelle IJF im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge

Am Stockborn 1 – 3

60439 Frankfurt a.M.

Tel.: 069 / 95807 – 403, Telefax: 069 / 95807-164

E-Mail: kontakt@freiwillig.de

*Die Ergebnisse der bundesweiten Tagungen zum IJF wurden in der Website www.freiwillig.de unter ‚Reden und Statements‘ veröffentlicht.
Außerdem wurden in geringer Auflage Zusammenstellungen zu folgenden bundesweiten Veranstaltungen zur Verfügung gestellt:*

- **Bürgerschaftliches Engagement im lokalen Raum – Perspektiven für Bund, Länder und Gemeinden**
- **Beteiligung von freiwillig Engagierten in Organisationen – Herausforderung an ein partnerschaftliches Miteinander**
- **Modelle von freiwilligem Engagement älterer Menschen aus anderen Ländern**
- **Die Zukunft der Zivilgesellschaft (Hrsg: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.)**